

Nr. 1 März 2005
16. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Grundeinkommen
und soziale Dreigliederung -
Alternativen zu Hartz IV

Betrachtungen, Berichte,
Ankündigungen, Initiativen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Grundeinkommen und soziale Dreigliederung - Alternativen zu Hartz IV

- Dreigliederung und Grundeinkommen
(Michael Opielka) S. 5
- Arbeitsfähigkeit, Arbeitswille, Einkommen
- Hartz IV und seine Alternativen
(Sylvain Coiplet) S. 11
- Das Grundeinkommen - eine
Chance für die Dreigliederung?
(Bernhard Steiner) S. 13
- Grundeinkommen und soziale
Dreigliederung
(Christoph Strawe) S. 15

Betrachtungen und Berichte

- Wem gehört die Erde,
wem Grund und Boden?
(Bettina Kalambokis, Michael Rist) S. 19
- Das 5. Weltsozialforum in Porto Alegre
(C. Strawe) S. 20
- EU - global-fatal?! (C. Strawe) S. 21
- Was verbirgt sich hinter der Lissabon-
Strategie der EU? (Annette Groth u.a.) S. 24
- Europäischer Aktionstag - Blick auf
die geistige Verfassung Europas
(Wilhelm Neurohr) S. 27
- Die Wahl und die Bildung
(Henning Kullak-Ublick) S. 39
- Schutz kultureller Vielfalt S. 30
- Auszeichnung für Gerald Häfner S. 31
- Demokratiebewegung S. 31
- Ägyptischer Wettbewerbsbericht S. 31
- Karangalan-Konferenz, Philippinen
(Nicanor Perlas) S. 32
- Konferenz alternativer Nobelpreisträger ... S. 33

Literaturhinweis

M. Opielka: Sozialpolitik S. 7

Ankündigungen und Initiativen

- Veranstaltung mit Chico Whitaker S. 34
3. Kongress Regiogeld S. 35
- Schiller und die soziale Frage S. 35
- Jugendtagung zu Europa,
Glockensinfonie S. 35
- Jugendtagung Kiew S. 36
- Veranstaltungsreihe Landwirtschaft
und Gentechnik Philippinen S. 36
- Ökologischer Marshallplan S.35
- Waldorfpädagogik und Selbstverwaltung .. S. 37
- Aktionen gegen Hartz IV, für ein Grund-
einkommen (Peter Grottian) S. 37
- Fortbildungsseminare „Individualität und
soziale Verantwortung“ S. 39

Editorial

Im Mittelpunkt dieses Heftes steht ein Thema, das viele unmittelbar betrifft. Hartz IV ist zum Inbegriff einer Entwicklung geworden, von der sich immer mehr Menschen nicht nur finanziell gebeutelt, sondern in ihrer Menschenwürde verletzt sehen. In zahllosen Interviews, Talkshows und Bundestagsdebatten will man uns glauben machen, es gebe zu dieser Entwicklung keine Alternative. Doch ist dem wirklich so? Was wäre mit einem Grundeinkommen, ja einer umfassenden Grundeinkommensversicherung? Würde das nicht auch neue Arbeit für viele ermöglichen?

In vier Artikeln von Michael Opielka, Sylvain Coiplet, Bernhard Steiner und mir werden diese Fragen behandelt. Dabei wird auch der Versuch gemacht, das Verhältnis von Grundeinkommensansatz und sozialer Dreigliederung tiefer auszuleuchten, - teilweise durchaus auch kontrovers.

Hier eine weitere Klärung herbeizuführen, könnte vor allem auch helfen, Hemmnisse beiseite zu räumen, die der praktischen Arbeit auf diesem Feld im Wege stehen. Der Impuls, das Thema im Rundbrief zu behandeln, ist bei mir im Zusammenhang mit einem öffentlichen Gespräch mit Michael Opielka im Forum 3 in Stuttgart entstanden.

Weitere Themen, um nur einige zu nennen, sind das Bodenrecht und das Ringen um die Verfassung Europas. Es gibt Berichte über das Weltsozialforum und eine bemerkenswerte Konferenz auf den Philippinen. Aber lesen Sie selbst!

Zuletzt möchte ich die Gelegenheit ergreifen, Prof. Hellmut Fischmeister für seine Beratung beim Lektorat der Zeitschrift zu danken. Diese wertvolle Hilfe ist jetzt auch im Impressum sichtbar gemacht.

Ihr



Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Die EU beschließt, im Oktober Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen +++ Die große Föderalismus-Reform ist an der Ablehnung jeder Bundeszuständigkeit durch die Länder in der Hochschulpolitik gescheitert +++ Laurenz Meyer tritt von seinem Amt als CDU-Generalsekretär wegen seiner RWE-Affäre zurück, sein Nachfolger wird Volker Kauder. Meyer hatte 250.000 EUR von seinem ehemaligen Arbeitgeber, dem Energie-Konzern RWE, weiterbezogen. +++ Deutschland-Besuch des russischen Präsidenten Putin +++ Die Tochtergesellschaft des russischen Yukos-Konzerns wird versteigert, wobei eine „Baikal-Finanzgruppe“ den Zuschlag erhält. Diese wiederum gehört zu 100 Prozent dem staatlichen Ölkonzern Rosneft +++ Das Landgericht Frankfurt spricht ein mildes Urteil im sogenannten Folter-Prozess gegen den Polizeichef Daschner. Er war angeklagt, einem Kindesentführer Schmerzen angedroht zu haben, um ihn dazu zu bringen, den Aufenthaltsort seines Opfers zu offenbaren +++ Ein Seebeben (Tsunami) und die dadurch ausgelösten Flutwellen in Südostasien reißen am zweiten Weihnachtstag 280.000 Menschen in den Tod, darunter auch viele Touristen, die an den Traumstränden der Region Pauschalurlaub verbringen. Am schwersten betroffen sind Sri Lanka, Indonesien, Indien, Thailand, Malaysia und die Malediven. Das Epizentrum des Bebens liegt vor Sumatra, die Flutwellen breiten sich bis Ostafrika aus. Eine große internationale Hilfsaktion für die Flutopfer rollt an. Die Bundesregierung will 500 Millionen EUR bereitstellen. Auch die private Spendenbereitschaft ist enorm +++ Der Oppositionsführer Juschtschenko gewinnt erwartungsgemäß die Wahlen in der Ukraine und setzt seine Anerkennung durch +++ Mit Verspätung von eineinhalb Jahren wurden die Terminals für die LKW-Maut in Deutschland in Betrieb genommen. Die Maut beträgt für schwere LKWs 12,4 Cent pro km Autobahn +++ Die bedeutendste sunnitisch orientierte Partei im Irak zieht sich von der Beteiligung an den Wahlen zurück und empfiehlt, die Wahl zu boykottieren +++ Tod der amerikanischen Schriftstellerin Susan Sontag +++ Der europäische Flugzeugbauer Airbus stellt das größte zivile Verkehrsflugzeug der Welt, die „A380“ vor +++ Der Gouverneur von Bagdad, Ali al-Haidari wird ermordet, fast täglich werden neue Terroranschläge gemeldet +++ Ein Computerprogrammfehler führt zur Verzögerung bei der Auszahlung des zu Jahresbeginn neu eingeführten Arbeitslosengeldes II +++ Auseinandersetzung um eine Initiative von Bundesjustizministerin Zypries. Die SPD-Politikerin möchte heimliche Vaterschaftstests unter Strafe stellen. Der Bundesgerichtshof urteilt, dass solche Tests als Beweismittel vor Gericht nicht zulässig sind +++ PLO-Chef Machmud Abbas wird mit über 60 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten der Palästinenser gewählt +++ Die US-Waffenexperten im Iran beenden die Suche nach Massenvernichtungswaffen ergebnislos +++ Das EU-Parlament billigt mit 500 gegen 137 Stim-

men die EU-Verfassung +++ Nach 21 Jahren Bürgerkrieg im Sudan wird in Nairobi ein Friedensabkommen zwischen Regierung und Rebellen unterzeichnet +++ Der VW-Konzern will nicht mehr länger Beschäftigte nach dem Wechsel in die Politik weiter bezahlen +++ US-Präsident Bush wird für die zweite Amtszeit vereidigt. In seiner Rede bei diesem Anlass kündigte er an, weltweit „die Freiheit“ durchsetzen zu wollen +++ Die Verhaltensregeln bei Nebeneinkünften von Bundestagsabgeordneten sollen verschärft werden. Dem Vorhaben stimmt schließlich auch die Opposition zu +++ Das deutsche Verfassungsgericht bestätigt, dass die allgemeine Wehrpflicht rechtens ist, obwohl nur noch ein Drittel der Wehrpflichtigen jedes Jahrgangs eingezogen wird +++ Es tauchen Bilder über Folterpraktiken britischer Soldaten im Irak auf +++ Auseinandersetzung über die Ausweitung der DNS-Tests auch auf Kleinkriminelle. Die Debatte entbrennt, nachdem der mutmaßliche Mörder des Modeschöpfers Rudolph Mooshammer aufgrund von DNS-Spuren rasch gefasst werden kann +++ Nach sieben Jahren im All ist die Sonde „Huygens“ auf dem Saturnmond Titan gelandet +++ Gedenken an die Befreiung von Auschwitz vor 60 Jahren +++ Die NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag boykottieren eine Schweigeminute für die Opfer des Holocaust. Nicht zuletzt dieser Vorfall löst eine neue Debatte über ein Verbot der neonazistischen Partei aus +++ Der Fußball-Schiedsrichter Hoyzer gesteht, Spiele manipuliert zu haben, auf die gewettet worden war. Dabei ist von Verbindungen zu einer kroatischen Wettmafia die Rede +++ In Davos findet wie in jedem Jahr das Weltwirtschaftsforum statt. Zeitlich parallel versammeln sich im brasilianischen Porto Alegre gut 150.000 Menschen zum Weltsozialforum der Zivilgesellschaft +++ Das Bundesverfassungsgericht macht den Weg für die Einführung von Studiengebühren frei, da ein bundesweites Gebührenverbot die Kulturhoheit der Länder verletze. Es kommt vermehrt zu Protesten von Studierenden gegen die Einführung von Studiengebühren +++ In Bonn und Mainz werden zwei mutmaßliche Mitglieder der Al-Kaida verhaftet +++ Trotz Terrordrohungen und Anschlägen auf Wahllokale geben bei den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung 60 Prozent Wählerinnen und Wähler ihre Stimme ab +++ Der Bau-Riese Walter Bau-AG muss Insolvenz anmelden. Dadurch dürften ca. 20.000 Arbeitsplätze gefährdet sein +++ Anlässlich des vierzigjährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen besucht der deutsche Bundespräsident Horst Köhler Israel +++ Das israelische Kabinett beschließt die Freilassung von 900 palästinensischen Gefangenen. Die Pa-

IN EIGENER SACHE

Stand des Kostenausgleichs

Bis 18. März waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) gut 27.000 von geplanten 36.000 EUR eingegangen. 9.000 EUR bleiben also noch zu finanzieren. Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank!

* Bis 18. März 2005

lästinensische Autonomiebehörde soll die Sicherheits-Hoheit über fünf Städte im Westjordanland zurückerhalten + + + Ein Treffen der reichsten Staaten, der sogenannten G7, verständigt sich über die Handhabung von Schuldenerlassen für arme Länder + + + Die Gewerkschaft ver.di, Bund und Kommunen verständigen sich über eine Tarifreform im öffentlichen Dienst. Elemente sind stärkere Leistungsabhängigkeit der Bezahlung und Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit. Die Bundesländer tragen den Kompromiss nicht mit und nehmen an den Verhandlungen nicht teil + + + Im ägyptischen Scharm El-Sheikh vereinbaren der neue Palästinenserpräsident Abbas und Israels Premier Scharon einen Waffenstillstand + + + Europa-Besuch von US-Außenministerin Condoleezza Rice + + + Wahlsieg für die dänische Mitte-Rechts-Regierung + + + Tod des amerikanischen Schriftstellers Arthur Miller + + + Nordkorea erklärt, im Besitz von Atomwaffen zu sein + + + 60.000 Menschen gedenken der Bombardierung Dresdens vor 60 Jahren und protestieren zugleich gegen neonazistische Provokationen + + + Bei der Sicherheitskonferenz in München wird über die weitere Entwicklung der NATO diskutiert + + + Bundesaußenminister Fischer übernimmt die politische Verantwortung für eventuelle Fehler des Auswärtigen Amtes in der sogenannten Visa-Affäre. Kriminelle Schleuser sollen Einreiseerleichterungen ausgenutzt haben. Fischer wirft zugleich der CDU und FDP vor, die Affäre politisch zu instrumentalisieren. Zu Einzelheiten will er sich in dem zu dieser Frage eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss äußern + + + Das Kyoto-Protokoll zur Reduktion von Treibhausgasen tritt in Kraft. 141 Staaten haben sich darin verpflichtet, ihren Ausstoß bis 2012 um fünf Prozent gegenüber 1990 zu senken + + + Bei den Parlamentswahlen im Irak hat das Wahlbündnis der Schiiten 140, das der Kurden 75 von insgesamt 275 Sitzen gewonnen + + + Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri. Es kommt daraufhin zu Massendemonstrationen, bei denen der Rückzug Syriens aus dem Libanon gefordert wird + + + Europa-Besuch von US-Präsident Bush, der u.a. Gespräche in Brüssel mit Jaques Chirac, in Mainz mit Gerhard Schröder und in der Slowakei mit dem russischen Präsidenten Putin führt. Ein breites Bündnis der Zivilgesellschaft und der Friedensbewegung organisiert Massenproteste gegen den Besuch + + + CDU und SPD verfehlen bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein nur knapp die absolute Mehrheit. Es wird angenommen, dass es zu einer vom Südschleswigschen Wählerverband tolerierten rot-grünen Minderheitenregierung unter der bisherigen Ministerpräsidentin Heide Simonis kommen wird + + + Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeswirtschaftsminister Clement und Finanzminister Eichel über weitere Steuererleichterungen für Unternehmen + + + Papst Johannes Paul II, der an einer Kehlkopfentzündung erkrankt ist, muss sich einer Notoperation unterziehen + + + Referendum über die EU-Verfassung in Spanien. Bei 42,3 Prozent Wahlbeteiligung stimmen 76,7 Prozent für, 17,3 Prozent gegen die Verfassung + + + Sieg der Sozialisten bei den Wahlen in Portugal + + + Ein Erdbeben im Iran fordert zahlreiche Todesopfer + + + Mit 5,2 Millionen Arbeitslosen in Deutschland Nachkriegshöchststand. Wie weit dies allein auf die statistischen Effekte von Hartz IV zurück-

geht, ist strittig. Regierung und Opposition einigen sich darauf, einen gemeinsamen „Jobgipfel“ gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen + + + Zwischen Unternehmensleitung und ArbeitnehmerInnen der Firma Opel wird eine Vereinbarung getroffen, die die westdeutschen Standorte bis zum Jahr 2010 sichern soll. Dabei müssen die ArbeitnehmerInnen große Zugeständnisse machen + + + Der Oberste Gerichtshof der USA verbietet die Hinrichtung Minderjähriger + + + Der sogenannte Armutsbericht der deutschen Bundesregierung muss eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich konstatieren. Mehr als zehn Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze + + + US-Soldaten im Irak erschießen an einer Straßensperre den italienischen Geheimdienstagenten Nicola Calipari, der die freigelassene Journalistin Giuliana Sgrena zum Flughafen begleitet. Der Vorgang führt zu einer Protestwelle in Italien + + + Die Volksrepublik China droht Taiwan für den Fall seiner Unabhängigkeitserklärung mit Krieg + + + Der tschetschenische Expräsident Aslan Maschadow wird von einer russischen Spezialeinheit umgebracht + + + Der deutsche Bundestag verschärft das Versammlungsrecht. Die Begründung lautet, damit sollten Aufmärsche von Neonazis an Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes verhindert werden + + + Syrien verlegt Teile seiner Truppen im Libanon in grenznahe Gebiete + + + Große Teile des öffentlichen Lebens in Frankreich werden durch einen landesweiten Streik lahmgelegt + + + Die USA bieten dem Iran bei Wohlverhalten die Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO an + + + US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz, ein wichtiger Verfechter des Konzepts eines US-Empire, soll nach dem Willen von Präsident Bush als Nachfolger von James Wolfensohn Chef der Weltbank werden. Die Nominierung stößt in vielen Ländern auf harsche Kritik. Traditionellerweise stellen die USA den Präsidenten der Weltbank, die Europäer den Chef des Internationalen Währungsfonds + + + Der EU-Ministerrat hat Beitrittsverhandlungen mit Kroatien solange ausgesetzt, wie das Land nicht vorbehaltlos mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammenarbeitet + + + Der deutsche Kanzler Schröder kündigt in einer Regierungserklärung weitere Reformen an, darunter eine Senkung der Körperschaftssteuer für Unternehmen von 25 auf 19 Prozent. Am gleichen Tag findet der „Jobgipfel“ mit der Opposition statt. Dabei wird punktuell Verständigung erzielt, die aber durch anschließende Auseinandersetzungen um die „Gegenfinanzierung“ der Maßnahmen wieder in Frage gestellt wird. Der ehemalige SPD-Vorsitzende und Finanzminister Oskar Lafon Oskar Lafontaine bezeichnet gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ die Ergebnisse des Gipfels als „lächerlich“ und sagt, er erwäge den Austritt aus der SPD + + + Die bisherige Ministerpräsidentin Heide Simonis erklärt, dass sie nicht mehr für das Amt zur Verfügung steht, nachdem in vier Wahlgängen im Kieler Landtag eine rot-grüne, vom Südschleswigschen Wählerverband tolerierte Regierung keine Mehrheit findet. Es wird erwartet, dass es jetzt in Schleswig Holstein zu einer großen Koalition kommt + + + Tod des Ex-Diplomaten George F. Kennan, der das für den Kalten Krieg wesentliche Konzept der „Eindämmung des Kommunismus“ (Containment) entwickelt hatte + + +

Grundeinkommen und soziale Dreigliederung

Alternativen zu Hartz IV

DREIGLIEDERUNG UND GRUNDEINKOMMEN

Michael Opielka

Gibt es aus Sicht einer anthroposophisch begründeten Sozialwissenschaft Argumente für oder gegen ein Grundeinkommen, ein Recht auf Einkommen für jeden Bürger unabhängig von seinem Leistungsbeitrag? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Schon ihre Voraussetzung ist zumindest problematisch: die Behauptung einer anthroposophisch begründeten Sozialwissenschaft als erkennbarer Ansatz innerhalb der allgemeinen Sozialwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie usw.). Dazu genügt es wohl nicht, wenn Sozialwissenschaftler selbst auch Anthroposophen sind. Manche werden diese Vorüberlegungen überflüssig finden. Ihnen erscheint bereits die Idee einer Dreigliederung der Gesellschaft als ein solcher Ansatz. Doch damit kommt man nicht nur im allgemeinen Wissenschaftsbetrieb nicht weit, es genügt auch nicht Rudolf Steiners Wissenschaftsverständnis. Denn ob die Dreigliederung eher ein analytisches oder ein sozial-visionäres Konzept ist, kann durchaus als umstritten gelten.¹ Wir können das aber offen halten und uns auf die gebräuchliche Unterscheidung von grundlagenorientierter und angewandter Wissenschaft stützen. Die Frage nach einem Grundeinkommen sollte man vielleicht ohnehin zunächst als angewandte, als Praxis-Frage diskutieren. Das soll nun auch geschehen. Am Ende kommen wir auf das Grundsätzliche nochmals zurück.

Die anthroposophische Diskussion um ein Grundeinkommen

Im Jahr 1986 erschien ein Buch, das unter dem Titel „Das soziale Hauptgesetz“ ein seitdem unerreichtes Niveau der anthroposophisch-sozialwissenschaftlichen Reflexion zum Thema Grundeinkommen vorlegte.² Darin wurde ein Gedankengang Rudolf Steiners diskutiert, dessen Entdeckung in der zeitgenössischen Soziologie bis heute aussteht. In einem in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Lucifer-Gnosis“ 1906 veröffentlichten Aufsatz unter dem Titel „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ formulierte er das „Soziale Hauptgesetz, welches durch den Okkultismus aufgewiesen wird“ - und damit ein moralisches Naturgesetz, das sich der geisteswissenschaftlichen Beobachtung übersinnlicher Wirk-

lichkeit enthüllt. Freilich müssen sich diese Beobachtungen, darauf hatte Steiner stets hingewiesen, auch aus sich selbst heraus, in der sinnlichen Welt erschließen. Das „Soziale Hauptgesetz“ lautet: *„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“* Das ist eine wuchtige Erkenntnis. Zwei Erläuterungen aus dem weiteren Fortgang des Aufsatzes seien noch zitiert, weil sie Missverständnisse vermeiden helfen: *„Worauf es ankommt, das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge sind.“* Und: *„Nur dem einzelnen kann man helfen, wenn man ihm bloß Brot verschafft; einer Gesamtheit kann man nur dadurch Brot verschaffen, dass man ihr zu einer Weltauffassung verhilft. Es würde nämlich auch das gar nichts nützen, wenn man von einer Gesamtheit jedem einzelnen Brot verschaffen wollte. Nach einiger Zeit müsste sich dann doch die Sache so gestalten, dass viele wieder kein Brot haben.“*³ Wie aber kann die „Weltauffassung“ von Arbeit und Einkommen aussehen, wenn eine rein technische Lösung eben nicht genügt?

In seinem Einleitungsbeitrag zum erwähnten Sammelband machte Stefan Leber deutlich, dass Steiners Gedanken in zwei ganz unterschiedlichen Weisen interpretiert wurden. Die eine Interpretation leitet daraus die Notwendigkeit eines Grundeinkommens ab. Die andere Position baut auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit der Leistungen auf, „die Trennung von Arbeit und Einkommen geschieht durch die Vertragsgestaltung“. Leber selbst meint, man könne sich beide Positionen auch als Pole Desselben vorstellen, die „sich keineswegs auszuschließen brauchen, d.h. das Mindesteinkommen kann Gültigkeit haben (für Beschäftigungslose), aber ebenso auch die freie Vertragsgestaltung (für Beschäftigte bzw. in noch weiter zu differenzierender Weise)“⁴. Auch seitdem wurden, wenngleich vereinzelt und kaum aufeinander bezogen, im anthroposophischen Bereich beide Positionen vertreten. Jüngst hat beispielsweise Stephan Eisenhut in der Zeitschrift „die Drei“ behauptet, die Anhänger eines Grundeinkommens - unter ihnen der Autor dieses Beitrags - hätten Steiner „missverstanden“, wenn sie ihn als Vertreter jener Idee anführen: „Steiner geht es aber gerade darum, die für alles Menschliche auf-

merksamkeitslähmende Wirkung des Arbeits- und Kapitalmarktes aufzudecken und Möglichkeiten eines vom menschlichen Bewusstsein her getragenen Einsatzes der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aufzuzeigen.“ Ja, er habe gut ein Jahrzehnt später, in den „Kernpunkten der sozialen Frage“ doch „mit größter Selbstverständlichkeit das Leistungsprinzip für die Bewertung der Arbeit betont“.⁵

Nun, das letzte Argument vermag nicht ganz zu überzeugen, weil die Idee des Grundeinkommens das Leistungsprinzip *oberhalb* des Grund-Einkommens logisch einschließt. Doch schon die Frage, was Steiner wirklich meinte, ist - wenn es sich um okkulte Gesetzmäßigkeiten handelt - von großer Bedeutung. Im besagten Sammelband nimmt der damalige Vorsitzende der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft, Manfred Schmidt-Brabant, qua Geleitwort Partei für die zweite, auch von Eisenhut vertretene Position. Steiner habe die Formulierungen des „Sozialen Hauptgesetzes“ nach 1906 praktisch nicht mehr benutzt, sie seien in der Dreigliederungs-idee aufgegangen. Ganz so einfach ist es freilich nicht. Walter Kugler hat das im selben Band an einem Vortrag Steiners vom 9. April 1919 diskutiert, wo er das Soziale Hauptgesetz als „nationalökonomisches Prinzip“ einer hoch arbeitsteiligen Wirtschaft dechiffriert, in der der Einzelne offensichtlich kaum mehr für sich arbeitet. Im Jahr 1922 sagt Steiner in Oxford: „Und so wird man sehen, wenn das juristisch-staatliche Leben in der richtigen Weise sich auswirken kann, dass dieses juristisch-staatliche Leben vor allen Dingen dann die Arbeit des Menschen einbezieht.“⁶ Mit Kugler: „Die Herstellung und Verteilung eines Produktes gehören dem Wirtschaftsleben an. Ein Einkommen zu beziehen, fällt in den Bereich des Rechtslebens.“⁷ Praktisch gemeint ist mit dem „juristisch-staatlichen“ bzw. dem „Rechtsleben“ heute und hierfür der Sozialstaat. Das ist wahrlich etwas anderes als die Eisenhutsche Interpretation „freier Vertragsgestaltung“ in dreigliedrigen Musterbetrieben. Das „Soziale Hauptgesetz“ markiert vielmehr ein sozial-geistiges Bewusstseinsprinzip, dem man sich stellen muss, indem die geeigneten, eben staatlichen Rechtsformen gesucht und möglichst gefunden werden.

Die politische Diskussion um ein Grundeinkommen

Gleichfalls vor zwanzig Jahren begann in (West-)Deutschland die politische Diskussion um ein Grundeinkommen. Zwei der markanten Sammelbände jener Zeit deuteten schon in ihren Titeln die beiden Motive an, die die Diskussion seitdem leiten: „Befreiung von falscher Arbeit“ hieß der von Thomas Schmid, heute einer der Chefredakteure der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, herausgegebene Band; „Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung“, herausgeben vom Verfasser dieser Überlegungen gemeinsam mit Georg Vobruba, der andere.⁸ Das erste Motiv war damals wie heute, den Arbeitsmarkt nicht mehr als Zentralorgan der Einkommensverteilung zu verstehen. Durch ein Grundeinkommen soll das

Beschäftigungsargument für gesellschaftlich schädliche Produktion gelockert und das Problem der Arbeitslosigkeit an der Wurzel angegangen werden. Das zweite Motiv war eher gesellschaftspolitisch: das Grundeinkommen soll die „soziale Demokratie“ des Wohlfahrtsstaats auf stabile Füße, nämlich auf soziale Grundrechte, stellen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen wäre dann eine politische Forderung auf demselben Niveau wie die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht am Anfang des 20. Jahrhunderts.

In den vergangenen zwanzig Jahren erschienen zahlreiche Veröffentlichungen, die die Idee des Grundeinkommens diskutieren. Es wurde eine Reihe von Kostenrechnungen angestellt, in praktisch allen politischen Lagern diskutierte man über ein Grundeinkommen oder „Bürgergeld“ und es wurden ein internationales (www.basicincome.org) wie ein deutsches (www.grundeinkommen.de) Grundeinkommensnetzwerk gegründet. Schließlich fand in dieser Zeit auch die deutsche Vereinigung statt, die zunächst den Blick von weiter reichenden Sozialreformen ablenkte. Mit der „Agenda 2010“ und den so genannten „Hartz“-Reformen hat die rot-grüne Bundesregierung seit 2003 den Sozialstaat einer heftigen Remedur unterzogen. Wenn heute über ein Grundeinkommen nachgedacht wird, dann können und müssen die historischen Bedingungen und intellektuellen Vorleistungen einbezogen werden. Das soll nun in drei Schritten geschehen: erstens wird gefragt, ob die als „Hartz IV“ seit dem 1.1.2005 geltende Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe einen Schritt in Richtung Grundeinkommen darstellt; zweitens wird diskutiert, ob ein arbeitsloses Auskommen für alle Bürger realistisch und wünschenswert ist; und drittens wird ein pragmatisches Modell einer „Grundeinkommensversicherung“ skizziert.

Hoffnung Hartz IV?

Ob die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu einem „Arbeitslosengeld II“ und einem „Sozialgeld“ (für Nichterwerbsfähige) als ein Schritt in Richtung Grundeinkommen gelten kann, ist nicht einfach zu beurteilen. Zuerst das Positive: „Hartz IV“ macht unmissverständlich deutlich, dass jedem Bürger ein Einkommenssockel zusteht, und zwar unabhängig davon, warum sie oder er ihn braucht. Mehr noch, auch die gesellschaftliche Unterstützung dazu, eine Erwerbsarbeit zu finden, soll jeder und jedem garantiert werden, egal ob sie oder er vorher in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. In gewisser Weise werden zumindest die Leistungen der Arbeitslosenversicherung damit zu einer Bürgerversicherung. Doch die negativen Aspekte sind nicht zu übersehen: so ist das Niveau des „Arbeitslosengeld II“ zu niedrig. Wohlfahrtsverbände argumentieren, dass der Regelsatz um etwa 70 Euro höher liegen muss, um Armut zu verhindern. Kritisiert wird auch, dass Einkommen des Ehe- oder Lebenspartners voll angerechnet werden, was dazu führt, dass vor allem Frauen oft keine eigenen Ansprüche erwerben. Um das zu ändern, müsste allerdings das gesamte Sozialversicherungs-

Steuer- und Unterhaltsrecht konsequent individualisiert werden, etwa nach dem Vorbild der meisten skandinavischen Länder. Der stärkste Einwand aus Sicht der Grundeinkommensbefürworter ist jedoch, dass die mit „Hartz IV“ vertretene Kombination aus „Fördern und Fordern“, die Politik der „Aktivierung“, die Grundversicherung nach wie vor - und vielleicht noch fester als bisher - an den Arbeitsmarkt koppelt.

Arbeitsloses Auskommen

Die kulturevolutionäre Pointe eines Grundeinkommens liegt genau darin: der Anspruch auf ökonomische Teilhabe soll davon unabhängig sein. Arbeit und Einkommen sollen partiell entkoppelt werden. Zwei Fragen müssen beantwortet werden, um den Realitätsgehalt eines Auskommens ohne Arbeiten zu beurteilen: geht das überhaupt? Und wer will das politisch und warum?

Intuitiv scheint der Kapitalismus nicht gerade grundeinkommensfreundlich, basiert er doch nicht nur auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln sondern auch auf dem Verkauf der „Ware“ Arbeitskraft durch die Besitzlosen. Grundeinkommensskeptiker behaupten, nur die („subsidiäre“) Sorge für das eigene Einkommen sorge für Sozialintegration und Moralität. Es lohnt deshalb zwei Befunde zumindest zur Kenntnis zu nehmen.

Zwischen 1968 und 1980 wurden in den USA im Rahmen des „War on Poverty“, des Kampfs gegen die Armut, mehrere Großexperimente mit einer „Negativen Einkommenssteuer“ durchgeführt. Die Ergebnisse überraschten: es war nämlich keineswegs der Fall, dass sich die Grundeinkommensberechtigten auf die faule Haut legten. Mit Ausnahme vor allem allein erziehender Mütter mit mehreren kleinen Kindern erhöhte sich sogar die Arbeitsmarktteilnahme, zumindest sank sie nicht. Der Grund war einfach einzusehen: anders als bei der Sozialhilfe lohnte sich jedes zuverdiente Einkommen, die so genannte „Armutsfalle“ wurde ausgehebelt. Dass in den USA diese Ergebnisse dennoch nicht zur Einführung eines Grundeinkommens führten, hat einen kulturellen, letztlich patriarchalischen Hintergrund. Dies zeigte sich bei der großen Sozialhilfereform von 1996, von den Republikanern gewollt und vom damaligen Präsidenten Clinton aus wahltaktischen Gründen exekutiert („to end welfare as we know it“). Sie richtete sich vor allem gegen die „welfare mothers“, die allein erziehenden Mütter der Unterschicht, die ideologisch-konservativ als Ursache der grassierenden Kriminalität behauptet wurden.

Doch nicht nur die empirischen Erfahrungen sprechen eher für ein Grundeinkommen. Auch die Motivationspsychologie und die ökonomisch-psychologische Glücksforschung bieten starke Argumente dafür. Die Menschen wollen arbeiten und zwar aus zwei Gründen. Zum einen wollen die meisten Menschen mehr Geld als nur das Grundeinkommen. Man muss sie dazu gar nicht „fordern“, es genügt, ihnen realistische Anreize zu bieten. Zum anderen wollen die Menschen ihre Fähigkeiten einsetzen, weil nur das Glück bringt. Doch diese Fähigkeiten werden nicht nur auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht. Das Spektrum nützlicher Tätigkeiten ist viel

MICHAEL OPIELKA: SOZIALPOLITIK - GRUNDLAGEN UND VERGLEICHENDE PERSPEKTIVEN

Christoph Strawe

Neben einem Überblick über den gegenwärtigen Stand der Theorien des Wohlfahrtsstaates und einem Abriss zu seiner Geschichte gibt das Buch detaillierte Auskünfte über die zentralen Politikfelder: Arbeitsmarkt und Zukunft der Arbeit, Familie und Geschlechtergleichheit, Soziale Sicherungssysteme, Alter und Demographie, Gesundheitssystem und Pflege, Selbsthilfe und freiwilliges Engagement, Migration und Globalisierung. Dabei wird die deutsche Sozialpolitik stets in den internationalen Kontext gestellt.

Damit liegt eine Einführung in die Soziologie der Sozialpolitik vor, die nicht nur für Soziologen relevant ist. Dieses Buch sollte jeder im Regal stehen haben, der sich mit sozialer Sicherung beschäftigt. Es besticht durch profunde Kenntnis der Materie, reiches vergleichendes Material über die Sozialsysteme in verschiedenen Ländern und die Fähigkeit, diese Fülle zu ordnen und jeweils Typisches herauszuarbeiten. Vor allem aber hat der Autor den Mut, eine umfassende Grundeinkommensversicherung vorzuschlagen, die einen Umbau des Sozialstaats anvisiert, der diesen Namen verdient, also kein Abbau unter dem Deckmantel des Umbaus ist. Opielka plädiert für einen radikalen Paradigmenwechsel in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Zugleich geht er mit der Einbettung in das Konzept einer Grundeinkommensversicherung über die bisherigen Vorschläge zu einem Grundeinkommen weit hinaus - wie auch sein Artikel in diesem Heft zeigt. Da es sich um durchgerechnete Vorschläge handelt, wäre der Einstieg in die Umsetzung vor allem eine Frage des politischen Willens.

Opielka macht auch nicht den Fehler vieler Sozialpolitisch Engagierter, Solidarität auf Kosten der Freiheit anzustreben. Vielmehr hat er die notwendige Balance von Freiheit und Solidarität immer im Blick.

Eher unterbelichtet erscheint mir das Problem, dass Sozialsysteme unter Globalisierungsbedingungen nur wetterfest gemacht werden können, wenn man ihre Finanzierung so weit als möglich wettbewerbsneutral gestaltet. Entsprechende Vorschläge gibt es von verschiedenen Seiten, sie kommen im Buch - im Gegensatz zu Opielkas Artikel in diesem Heft - aber nicht zu Wort. Das sollte in einer hoffentlich bald nötigen zweiten Ausgabe geändert werden.

Michael Opielka: Sozialpolitik - Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg

breiter: die Erziehung von Kindern, das freiwillige Engagement, Studium und Weiterbildung. Aber auch dafür braucht man ein in einer Konsumgesellschaft ein Einkommen, um zu leben. Der Sozialstaat kann für alle diese Tätigkeiten bürokratische Sonderregelungen schaffen. Er kann aber genauso gut jedem Bürger zutrauen, seine Fähigkeiten nützlich einzusetzen.

Das führt zur zweiten Frage: wer will politisch ein Grundeinkommen? Interessanterweise finden sich in allen politischen Lagern Grundeinkommensbefürworter. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums war es beispielsweise der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman, der für eine Negative Einkommenssteuer eintrat. Wenn Konservative und Liberale für ein Grundeinkommen sind, wollen sie es eher niedrig ansetzen und möglichst viele Sozialleistungen dadurch ersetzen. Sozialisten, Sozialdemokraten und Grüne wollen ein Grundeinkommen eher als Erweiterung des Sozialstaats nach unten. Je nach Modell wirkt ein Grundeinkommen deshalb unterschiedlich und kostet mehr oder weniger. Etwas vereinfacht kann man die Modelle folgendermaßen den Sozialstaatskonzeptionen, den „Wohlfahrtsregimes“ zuordnen: Liberal-Konservative wollen eine „Negative Einkommenssteuer“, das so genannte „Bürgergeld“. Sozialliberale wollen eine „Grundsicherung“ wie das „Arbeitslosengeld II“, die noch eng am Arbeitsmarkt klebt. Eher „grün-konservativ“ - aber vielleicht darin schon leicht sozialistisch - wäre ein „reines“ Grundeinkommen des Typs „Sozialdividende“, das jedem bedingungslos ausgezahlt wird - etwa wie heute

das Kindergeld oder eine Grundrente. Schließlich wurde jüngst das Modell einer „Grundeinkommensversicherung“ entwickelt⁹, eine Art „rot-grüne“ Bürgerversicherung, die sich am Schweizer Modell der Rentenversicherung AHV orientiert - und insoweit auch liberale und konservative Elemente enthält.

Die Idee des Grundeinkommens schillert also. Das spricht eher für sie. Denn so wird sichtbar, dass das Grundeinkommen ein politisches Projekt ist. Das Armutsniveau, die Anrechnung sonstiger Einkommen und von Vermögen oder die familiären Unterhaltspflichten, kurz, die Einbettung in das Gesamt der Sozialpolitik sind unvermeidlich politisch umkämpft.

Pragmatische Grundeinkommensversicherung

Nun könnte man weitere zwanzig Jahre über ein Grundeinkommen diskutieren. Das wird man hoffentlich auch tun. Doch wollen wir nicht nur für unsere Enkel sorgen, sondern auch für uns. Deshalb erscheint es ratsam, pragmatische Schritte über „Hartz IV“ hinaus zu erwägen. Dabei könnte sich die Idee einer „Grundeinkommensversicherung“ besonders eignen. Sie ist nicht schwer zu verstehen. Jeder Bürger zahlt eine Art pauschale, nicht-progressive „Sozialsteuer“, eine so genannte flat tax, auf sein steuerliches Einkommen, ohne Beitragsbemessungsgrenze und ohne Möglichkeit, diese „Sozialsteuer“ gegen Negativeinkünfte zu verrechnen. Eine erste Kalkulation ergab, dass ein Beitrag von 17,5% ausreicht, um sämtliche Geldleistungen des Sozialstaats zu finanzieren, wenn sich - wie im Schweizer Grundren-

Leistungsbereich	Leistung	Beitrag in Prozent (auf alle Einkommen)
Renten	768 - 1.536 EUR	10
Übergangszuschlag Renten		2
Arbeitslosengeld	640 - 1.280 EUR	1,5
Erziehungsgeld	640 - 1.280 EUR	0,5
Kindergeld	je Kind 160 EUR (zusätzl. bis 160 EUR Zuschlag)	2
Krankengeld	640 - 1.280 EUR	0,2
Ausbildungsgeld	640 EUR (davon 50% Darlehen)	0,3
Grundsicherung	640 EUR (davon 50% Darlehen)	1
Beitrag Grundeinkommensversicherung (GEV) insgesamt (auf Einkommen lt. ESt, ohne Beitragsbemessungsgrenze/„Sozialsteuer“)		17,5

Abbildung: Modell Grundeinkommensversicherung GEV - Leistungen und Beiträge (Stand 2004)

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt, (Rowohlts enzyklopädie) 2004, S. 258

tensystem - das Leistungsniveau zwischen dem Grundeinkommen und maximal seinem Doppeltem bewegt. Wenn dann auch noch die Krankenversicherung, als Bürgerversicherung, genauso finanziert wird - ein Beitrag von etwa 7,5% würde (wie in Österreich) ausreichen -, könnte die Einkommenssteuer auf maximal 25% gesenkt werden.

Ein solches Modell hat einen großen Vorzug und einen kleinen Nachteil. Der Vorzug liegt darin, dass die deutsche Tradition der Sozialversicherung nicht über Bord geworfen würde, wie das bei einem rein steuerfinanzierten Grundeinkommen des Typs „Bürgergeld“, „Negative Einkommenssteuer“ oder „Sozialdividende“ der Fall ist. Sie würde aber gründlich modernisiert. Denn nun müssen sich alle Bürger beteiligen. Der kleine Nachteil liegt darin, dass eine Grundeinkommensversicherung zwar jedem ein Grundeinkommen garantiert, doch im ersten Schritt würden diejenigen, die sich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellen wollen - und auch keine kleinen Kinder erziehen oder studieren -, nur ein teilweises Grundeinkommen erhalten, ein „Bafög für alle“, bei dem wie im heutigen Bafög für Studierende die Hälfte des Betrags als Darlehen gezahlt wird. Doch auch dieser Nachteil ist - langfristig betrachtet - kein großer.

Denn anstatt die Bürger bürokratisch zu „fordern“, werden sie nun als freie ökonomische Entscheider betrachtet, die sich für eine von ihnen gewählte Zeitspanne für oder gegen die Teilnahme am Arbeitsmarkt entscheiden. Statt der durchaus diskriminierend klingenden „Ein-Euro-Jobs“ könnte der Darlehensanteil bei gemeinnützigem Engagement entfallen. Angesichts der absehbaren Streichung des Wehrdienstes und vor dem Hintergrund immer flexiblerer Erwerbsarbeit wäre damit ein Instrument geschaffen, mit dem sich die Bürger auch neben und statt der Erwerbsarbeit phasenweise anderen Aufgaben zuwenden können. Auf den möglichen Einwand, damit würde ein Niedriglohnsektor entstehen, lässt sich zweierlei entgegenbringen: Wer sich erwerbslos meldet, erhält bei einer Grundeinkommensversicherung ohne Zeitbegrenzung einen Betrag zwischen Grundeinkommen und maximal dessen Doppeltem, ohne Einkommensanrechnung und ohne Darlehensanteil. Die Gesellschaft bleibt in der Verantwortung für den Zugang zur Erwerbsarbeit. Doch ein Mix von Grundeinkommen und Erwerbseinkommen wird nicht als Problem, sondern als Chance gesehen. Die traditionskapitalistische Ideologie, dass nur Erwerbsarbeit gutes, weil „primäres“ Einkommen ist, wird überwunden.

Es gibt also einen Einstieg in ein Grundeinkommen. Wie aber kommt die Gesellschaft dahin? Natürlich vor allem, indem darüber diskutiert wird, indem die Ängste vor einer allgemeinen Grundeinkommensfaulheit durch nüchterne Betrachtung verschwinden und die Chancen in den Blick geraten. Vorhin war die Rede davon, dass ein Grundeinkommen soziale Grundrechte garantiert und somit die Demokratie einen neuen und wirksamen Grund erhält. Das aber erfordert auch neue demokratische Methoden. Auch hier kann Deutschland von der Schweiz lernen. Damit ein Grundeinkommen auch von allen akzeptiert wird, muss von allen darüber entschieden

werden. Anstelle die politische Elite, wie bei „Hartz IV“, mit der Entscheidung allein zu lassen, wäre ein bundesweites - und irgendwann vielleicht auch ein europa-weites - Referendum der richtige Weg, der Einstieg in eine direkte Demokratie. Die politischen Eliten sind damit nicht aus der Verantwortung. Aber sie müssen um die Bürger werben.

Sozialpolitische Anthroposophie?

Was nun kann die Anthroposophie (und die noch kleine, aber smarte Dreigliederungsbewegung) dazu beitragen? Zunächst natürlich müsste der fundamentale Irrtum ausgeräumt werden, das „Soziale Hauptgesetz“ habe mit der Sozialstaatlichkeit der Gegenwart praktisch nichts zu tun. Dann müsste man sich konkrete Gedanken über die Ausgestaltung des Sozialstaats machen und diese Ideen auch als Ideen, als Bewusstseinsfrüchte vertreten. Dort, wo sich anthroposophische Sozialwissenschaftler einschlägig äußern, geschieht dies bislang merkwürdig eingeschränkt. Ein Beispiel dafür ist der von Udo Hermannstorfer, Harald Spehl und Christoph Strawe zuerst 1999 veröffentlichte Vorschlag für eine „Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich“. Zurecht wird analysiert, dass „die Formel ‚Erwerbsarbeit = Einkommen‘ für immer weniger Menschen gilt: Sozialeinkommen erhalten einen immer größeren Stellenwert. Werden nicht neue Wege beschritten, so werden die Gesellschaftsstrukturen unserer Staaten innerlich zerfallen.“¹⁰ Am Beispiel der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung über eine modifizierte, eventuell gestaffelte Mehrwertsteuer statt über lohnbezogene Beiträge wird nachgewiesen, dass diese die nationale Sozialpolitik weitgehend unabhängig macht vom globalisierten Konkurrenzkampf um Arbeitskosten und damit das Rechtsleben wieder für demokratische Entscheidungen zugänglich hält.¹¹

Doch das Konzept von Hermannstorfer u. a. belässt die Leistungsseite der Sozialversicherungen wie bisher lohnarbeitszentriert, ganz im Sinne der eingangs (von Leber) skizzierten zweiten Interpretation des „Sozialen Hauptgesetzes“, die eben kein Grundeinkommen will. Dabei wäre der Gedanke der Konsumbesteuerung sinnvoll genau damit zu verknüpfen, wie dies Benediktus Hardorp in pointierter Weise skizziert: „Aus meiner Sicht ist tatsächlich die Konsumbesteuerung aus dem gleichen Punkt wie die Trennung von Arbeit und Einkommen systematisch zu denken, weil sie ähnliche Wirkung auf die menschliche Lebensorientierung - im Hinblick auf die Entwicklungsbedingungen des höheren Ich - hat. Die Nominaleinkommensteuer lenkt das menschliche Interesse und den Blick auf die nominalen, *geldlichen Einnahmen*, die nicht immer mit den eigenen Intentionen und Realitäten in Übereinstimmung stehen. Die *Ausgabensteuer lenkt den Blick* darauf, was man mit seiner Verfügungsmacht, die im Geld besteht, im Leben unternehmen kann, d. h. *auf die eigenen Taten* und die *Tatenfolgen*. In der Praxis erleben wir wohl den Umbau des Steuersystems von der Einkommens- bzw. Ertragsbesteuerung auf die Ausgabenbesteuerung - es wird aber nicht ausreichend verstanden.“¹² Hardorp,

der sich seit mehr als 20 Jahren für die Idee des Grundeinkommens ausspricht¹³, betont damit nicht nur - wie Eisenhut und die klassischen „Dreigliederer“ - die „soziale Aufmerksamkeit“ in kleineren gemeinschaftlichen Zusammenhängen. Vielmehr sieht er eine anthroposophische Perspektive erst dann wirken, wenn der Blick auf die geistigen Prozesse im Sozialen der Gesellschaft insgesamt gelenkt wird, einschließlich des Staates.¹⁴

Im praktischen Leben sind die richtigen Dinge gemischt, dem Zeitgeist folgend. Hardorps Argument für die Ausgabenbesteuerung ist eher didaktischer Art. Als ein praktisches Problem tritt aber auf, dass vor allem bei den Wohlhabenderen ein beachtlicher Teil des Einkommens für Ausgaben verwendet wird, die mit den bisherigen und vorgeschlagenen Konsumbesteuerungen gar nicht erfasst werden, beispielsweise Immobilien und überhaupt Geldanlagen. Doch Immobilien kann man selbst nutzen, also einen konsumgleichen Nutzwert aus ihnen ziehen. Geldanlagen wiederum erhöhen künftige Konsummöglichkeiten, nicht selten in Ländern, die keine hohen Konsumsteuern erheben. Das spricht für Mischmodelle, also eine Kombination von Einkommens- und Ausgabenbesteuerung. Die weiter oben skizzierte Idee der Grundeinkommensversicherung erhöht die Gerechtigkeit auf der Seite der Einkommensbesteuerung, weil die Kosten des Grundeinkommens von allen nach Leistungsfähigkeit getragen werden - und belässt die Beiträge gleichwohl auf einem Niveau, das den Wohlhabenderen nicht gleich als Enteignung vorkommt. Wogegen sie sich in der Regel erfolgreich wehren.

Was aber ist mit der Arbeit in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen? Trotz Rationalisierungshoffnungen und -befürchtungen wird es weiterhin Arbeit geben. Eine vollständige Entkopplung von Arbeit und Einkommen mag nicht einmal ein Ziel sein, wie Steiner im „Sozialen Hauptgesetz“ beobachtete: das Heil, die Wohlfahrt einer Gesellschaft ist „um so“ größer, je weiter die Entkopplung geht. „Es kann überhaupt kein einzelner heute irgend etwas theoretisch ausdenken oder in die Wirklichkeit umsetzen, was als solches die soziale Frage lösen könnte.“ Und doch: „Es muss die Möglichkeit herbeigeführt werden, dass ein jeder freiwillig tut, wozu er berufen ist nach dem Maß seiner Fähigkeiten und Kräfte.“¹⁵ Dazu würde ein Grundeinkommen gewiss beitragen.

Anmerkungen

1 Dazu genauer: Opielka, Michael, 2004, *Der Ort der Werte in der Gesellschaft. Zu einer anthroposophischen Erweiterung der Soziologie*, in: Ravagli, Lorenzo (Hrsg.), *Jahrbuch für anthroposophische Kritik 2004*, München: Novalis, S. 7-32 sowie ders., 2004, *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207ff.

2 Leber, Stefan (Hrsg.), 1986, *Das Soziale Hauptgesetz. Beiträge zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen*, Stuttgart: Freies Geistesleben

3 Steiner, Rudolf 1987 (1906), *Lucifer-Gnosis 1903-1908*. GA 34, 2. Aufl., Dornach: Rudolf Steiner Verlag, S. 213, 217

4 In a.a.O. (Fn. 2), S. 15ff. Lebers vermittelnde Position erscheint gleichwohl unbefriedigend, weil der Kerngedanke der ersten Position, einer Entkopplung von Arbeit und Einkommen, systematisch nicht auf verschiedene Personengruppen aufgeteilt werden kann, sondern im Grunde eine Tendenz meint: ein immer

größerer Teil des Einkommens sollte nach diesem Prinzip verteilt werden und zwar an jeden.

5 Eisenhut, Stephan, 2004, *Das soziale Aufmerksamkeits-syndrom. Hartz IV, Grundeinkommen und Bewertung menschlicher Arbeit*, in: *die Drei*, 11, S. 50

6 Steiner, Rudolf, 1979 (1922), *Die geistig-seelischen Grundkräfte der Erziehungskunst*. GA 305, Dornach: Rudolf Steiner Verlag, S. 236

7 Kugler, Walter, 1986, *Das Soziale Hauptgesetz, ein national-ökonomisches Prinzip*, in: Leber, a.a.O. (Fn. 2), S. 69

8 Schmid, Thomas (Hrsg.), 1984, *Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen*, Berlin: Wagenbach; Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.), 1986, *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt: Fischer

9 Dazu genauer: Opielka, Michael, 2004, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, Reinbek: Rowohlt 2004.

10 Herrmannstorfer, Udo/Spohl, Harald/Strawe, Christoph, 2003 (zuerst 1999), *Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung*, Ms., Stuttgart u.a.: Institut für soziale Gegenwartsfragen u.a. (<http://www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm>), S. 4

11 Ganz Ähnliches schlug jüngst die Landesregierung Schleswig-Holstein, konkret deren Finanzminister Ralf Stegner, belehrt durch die guten Erfahrungen der unmittelbaren skandinavischen Nachbarn vor: Landesregierung Schleswig-Holstein, 2004, *Anders steuern: Gemeinwesen stärken. Der schleswig-holsteinische 10-Punkte-Plan für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem*, Kiel, S. 24ff.

12 Dr. Benediktus Hardorp (Mannheim) in einem Brief an den Autor dieses Beitrags vom 7. Januar 2005.

13 Hardorp, Benediktus, 1984, *Trennung von Arbeit und Einkommen? Anthroposophische Perspektiven zu einer zentralen Gegenwartsfrage*, in: Leber, Stefan u.a., *Arbeitslosigkeit. Ursachen und Auswege*, Stuttgart: Freies Geistesleben, S. 65-98

14 Noch konsequenter wird dies in seinem Aufsatz *Soziale Leiblichkeit menschlicher Gruppen. Innere Funktionsweise sozialer Gebilde und soziale Erneuerung*, in: *Das Goetheanum*, 47/2004, wo er - im Grunde über die Dreigliederung hinausweisend - das „Allerheiligste“ der sozialen Gebilde“ eben „letztlich nicht in einzelnen Menschen“ sieht, sondern in ihrem „Gemeinschaftsgeist“. Demokratische Verfahren rühren daran allenfalls; das „menschliche Sinnenweltbewußtsein“, das in ihnen als „letzte Rechtsquelle der sozialen Welt und ihrer Vereinigungen“ gilt, bedarf auch „anderer Autonomiequellen in Vereinigungen“, sozusagen „als das ‚oberste Organ‘ des gewöhnlichen Bürgerbewußtseins“. In der Anthroposophischen Gesellschaft sieht er dies „mit der Einstiftung der Hochschule als einer Art geistigen ‚Wächterrats‘“ realisiert. „Wissenschaft spricht überall durch sich selbst. (...) Sachgerechtes Wissenschaftsverhalten - unter Einbezug der anthroposophischen Geisteswissenschaft - erzeugt heute *Hochschule als neuen Mysterienort*“ (S. 13f.). Dies entspricht dem analytischen Konzept der Viergliederung, wie es in Opielka, a.a.O. (Fn. 1) vorgestellt wird.

15 Steiner, a.a.O. (Fn. 3), S. 216

Autorennotiz: Prof. Dr. Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und derzeit (2004-5) Visiting Scholar an der University of California at Berkeley, School of Social Welfare. Er ist zudem Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie in Königswinter und Lehrbeauftragter am Seminar für Soziologie der Universität Bonn. Aktuelle Veröffentlichungen: *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, Reinbek (Rowohlt) 2004; *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2004. Kontakt: michael.opielka@isoe.org

HARTZ IN KÜRZE

Hartz I-IV sind benannt nach dem VW-Personalvorstand Peter Hartz. Er leitete im Auftrag der Bundesregierung eine Kommission, die Konzepte für Reformen am Arbeitsmarkt entwickeln sollte.

Hartz I. Kern sind die Personal-Service-Agenturen (PSA), die Arbeitslose gegen Honorar einstellen und als Leiharbeiter an Firmen vermitteln.

Hartz II. Seit 1. April 2003 gelten die neuen Minijobs und ICh-AGs.

Hartz III. Die Arbeitsverwaltung soll „schlanker“ organisiert, Arbeitslose „effizienter“ vermittelt werden. Aus der Bundesanstalt wurde im Januar 2004 die Bundesagentur für Arbeit.

Hartz IV: Erwerbsfähige Langzeitarbeitslose bekommen statt Arbeitslosen- oder Sozialhilfe nur noch eine Leistung, das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II). Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger werden gemeinsam in Jobcentern bei Agenturen oder Kommunen betreut.

Das Arbeitslosengeld I in Höhe von 67 Prozent/60 Prozent (mit/ohne Kinder) des bisherigen Nettoentgelts wird nur noch maximal zwölf Monate bezahlt, für über 55-Jährige 18 Monate.

Arbeitslosengeld II: Wer danach keine neue Arbeit hat und „bedürftig“ ist erhält nun ALG II: Die neue Leistung liegt auf Sozialhilfeniveau, während die bisher gezahlte „Arbeitslosenhilfe“ für Arbeitslose mit Kindern 57 Prozent, für Arbeitslose ohne Kinder 53 Prozent des zuletzt bezogenen Arbeitsnettoentgeltes betrug. Im Westen beträgt das ALG II 345 Euro, im Osten 331 Euro im Monat. Dazu gibt es Zuschüsse für Kinder, Wohngeld und Heizung. Das Arbeitslosengeld II ist keine Versicherungsleistung mehr. Ob und wie viel gezahlt wird, richtet sich nicht nach dem letzten Einkommen, sondern nach der „Bedürftigkeit“. Rund 500.000 Personen, die bisher Geld bekommen haben, gehen künftig leer aus. Das hängt damit zusammen, dass beim Arbeitslosengeld II das Einkommen von Angehörigen und das Vermögen mit einbezogen werden (wie bisher schon bei der Sozialhilfe). Viele, die noch etwas bekommen, haben weniger als bisher.

Zumutbarkeit: Arbeitslose müssen (fast) jede Arbeit annehmen. Welche Qualifikation ein Arbeitsloser hat, wie weit die angebotene Stelle weg ist, wie bezahlt wird - all das spielt keine Rolle mehr. Arbeitslose haben auch keinen Anspruch darauf, dass mindestens Tariflohn oder das ortsübliche Entgelt gezahlt wird. Abgelehnt werden kann Arbeit nur noch, wenn sie „sittenwidrig“ ist.

Das verschlechtert nicht nur die Position der Erwerbslosen: Auch für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, wächst der Druck, Verschlechterungen bei Arbeitszeit, Entgelt und sonstigen Arbeitsbedingungen hinnehmen zu müssen.

Anrechnung: Bis auf ein sogenanntes „Schonvermögen“ muss das Angesparte aufgebraucht werden, bevor ein Anspruch auf „Arbeitslosengeld II“ besteht. Nicht angerechnet werden ein angemessenes Auto und eine angemessene Eigentumswohnung sowie ein Freibetrag von 200 EUR pro Lebensjahr (maximal 13.000 EUR) plus der gleiche Betrag für die Altersvorsorge - also etwa für Lebensversicherungen. Das bedeutet, dass viele Arbeitslose ihre Lebensversicherung unter erheblichen Einbußen auflösen müssen.

Quellen: www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_inland/wie_viel_staats_braucht_der_mensch/hartz_kommission // www.igmetall.de/themen/arbeitslosengeld_ii/bewertung.html //

ARBEITSWILLE, ARBEITSFÄHIGKEIT, EINKOMMEN

Hartz IV und seine Alternativen¹

Sylvain Coiplet

Wieso versprechen sich die etablierten Parteien von Hartz IV eine Senkung der Arbeitslosenquote? Es gibt doch kaum offene Stellen. Die Aussicht, als Arbeitsloser noch schneller als bisher zu verarmen, wird wohl nichts daran ändern, dass es einfach zu wenig Arbeitsplätze gibt, so sollte man meinen. Viktor Steiner, Arbeitsmarkt-Experte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, also jemand, der auf der Höhe der Wissenschaft steht, hält das aber für einen Irrglauben und verteidigt Hartz IV: „Jobs gibt es, sie können nur aufgrund ungünstiger Bezahlung und ungünstiger Arbeitsbedingungen nicht besetzt werden. Außerdem könnte es noch mehr von diesen Jobs geben, falls die Löhne sinken.“ Seine Prognose: 200.000 neue Arbeitsplätze mit Löhnen in der Größenordnung von 5 Euro die Stunde.

Wie weit die Löhne bei den bisherigen Arbeitsplätzen in Mitleidenschaft gezogen werden, vermag Viktor Steiner nicht zu sagen, - er spricht von einem „gewissen Verdrängungseffekt“. Fest steht aber: Je größer der Verdrängungseffekt, je mehr Arbeitsplätze, weil sich die Arbeitgeber mehr Arbeitnehmer leisten können. Viktor Steiner ist nicht umsonst Arbeitsmarkt-Experte. Selbst auf dem Biomarkt werden Zucchini verschertelt, wenn es gegen den Herbst hin plötzlich zu viel davon gibt. Auch Arbeitnehmer müssen in unseren schweren Zeiten mit ihrem Stundenlohn herunter, wenn sie gekauft werden wollen. Sonst vergammeln sie in den Vitrinen der Marktwirtschaft. In dieser Art der Wissenschaft steckt so viel Menschenverachtung, dass man sich fragt, wieso die Proteste gegen Hartz IV nicht noch stärker ausfallen. Dies liegt wohl an dieser allgemeinen Resignation, die bis in die Montagsdemonstrationen hinein zu spüren ist. Obwohl Initiatoren wie Attac und die lokalen Sozialforen klar gemacht haben, dass sie nicht zurück zum alten Sozialstaat wollen, fehlt es ihnen - genauso wie den Arbeitsmarkt-Experten - an einer umfassenden Strategie gegen die Arbeitslosigkeit. Und dies gilt leider auch von manchen anthroposophischen Autoren, die versuchen, Alternativen zum Arbeitsmarkt und zur damit einhergehenden Arbeitslosigkeit aufzuzeigen.

Grundeinkommen statt Arbeitsmarkt?

Mit seinem Ansatz einer sozialen Dreigliederung geht Rudolf Steiner davon aus, dass nur Leistungen auf den Markt gehören. Nicht nur das Kapital und der Grund und Boden, sondern auch die Arbeit müssen demnach aus dem Kreislauf des Wirtschaftslebens herausgenommen und nach den Prinzipien des Geisteslebens bzw. Rechtslebens gehandhabt werden. Das heißt erst einmal, dass es keinen

Arbeitsmarkt mehr geben kann. Es wird vielmehr das Arbeitsrecht so ausgebaut, dass nicht mehr der auf dem Markt erzielte Stundenlohn darüber entscheidet, wie viele Stunden gearbeitet werden muss, sondern genau das Gegenteil. Es soll demokratisch festgelegt werden, welche Stundenzahl bei den jeweiligen Berufen zumutbar ist. Der Stundenlohn muss dann entsprechend so gemessen werden, dass jeder, auch der Ungeschickteste, davon leben kann. Erst wenn dies gewährleistet ist, ist es möglich, nicht mehr für sich, sondern für die anderen zu arbeiten. Die Tatsache, dass alle an einer solchen Arbeitsteilung gewinnen, bezeichnet Rudolf Steiner 1905 als soziales Hauptgesetz und ab 1918 als die Brüderlichkeit als Prinzip des Wirtschaftslebens. Dem demokratischen Staat steht es dagegen zu, Kindern, Eltern, Altgewordenen und Kranken auch dann ein Einkommen bzw. Teileinkommen zu sichern, wenn sie gar nicht - oder nur beschränkt - für andere arbeiten. Hier gilt nicht das Prinzip der Brüderlichkeit, sondern das der Gerechtigkeit.

Das ist noch lange nicht alles, was Rudolf Steiner zum Thema Arbeitsmarkt beizutragen hat. Es reicht aber bereits, um klarzustellen, dass es bei einer sozialen Dreigliederung *nicht* darum gehen kann, einfach allen ein bedingungsloses Grundeinkommen vom Staat ausbezahlen zu lassen. Dies wäre eine Fehleinschätzung des Staates und seiner Aufgaben. Die Idee eines solchen Grundeinkommens ist leider unter Dreigliederungsinteressierten weit verbreitet. So zuletzt in *Das Goetheanum* 35/2004, Seite 9, wo es als Alternative zu Hartz IV angesehen wird.

Was der Staat wirklich gut kann, ist eine Kürzung der Arbeitszeit zu beschließen und - zum Entsetzen unserer Arbeitsmarkt-Ideologen - mit den Vertretern der Wirtschaft über Mindestlöhne zu verhandeln. Zu einer Überwindung der Arbeitslosigkeit würde es aber erst beitragen, wenn der Staat parallel dazu dafür sorgt, dass die *Wirtschaft kein bedingungsloses Einkommen mehr auszahlen kann*. Dass es heute, wie von Hartz richtig gesehen, nur noch neue Jobs geben kann, wenn das Lohnniveau sinkt, liegt nämlich daran, dass auf der anderen Seite die Einnahmen aus dem Besitz von Unternehmen bzw. Aktien und Zinseszins-Geschäften unkontrolliert weiter steigen. Diese Einkommen koppeln sich von der eigenen Leistung ab. Um den Anspruch der Geldgeber zu bedienen, werden Mitarbeiter auch dann massenhaft entlassen, wenn die Unternehmen bereits Gewinne machen. Statt 5 Prozent sollen es 10 oder besser 15 Prozent werden und das natürlich unbefristet. Wer es nicht

ganz so eilig hat, setzt lieber auf das sichere exponentielle Wachstum des Zinseszinses. Auch diejenigen, die damit nur ihre Rente, das heißt ihr zukünftiges Grundeinkommen finanzieren müssen, erhalten ein System am Leben, das nur noch die Wahl zwischen hoher Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen zulässt, weil es nicht mehr genug zu verteilen gibt. Dass dies durch die Riester-Rente noch dazu staatlich subventioniert wird, ist besonders perfide, wenn man bedenkt, dass gerade die Altgewordenen eigentlich zu denjenigen gehören, die Anspruch auf ein staatlich ausbezahltes Grundeinkommen hätten. Stattdessen schaufeln sie mit am Massengrab.

Dreigliederung der Reform

Die soziale Dreigliederung wäre aber keine, wenn alle Reformen - so weitgehend sie auch sein mögen - allein vom Staat auszugehen hätten. Was ich an Maßnahmen bisher

aufgelistet habe, kann der Staat jederzeit im Angriff nehmen, wenn sich eine Mehrheit solche Reformen zutraut. Anders als bei der Arbeitszeit und den Mindestlöhnen lässt sich beim Zinseszins- und Aktienproblem sogar auf freiwilliger Basis Abhilfe schaffen, indem man möglichst auf noch zu gründende alternative befristete Währungen umsteigt. Zu einer umfassenden Alternative zu Hartz IV gehört aber mehr. - Auf Seiten des Wirt-

VERFASSUNGSWIDRIG

Der Verfassungsrechtler Rüdiger Zuck hält Hartz IV in Teilen für unvereinbar mit dem Grundgesetz

Hartz IV sei mit dem Verfassungsgebot der Vertragsfreiheit nicht vereinbar, so der Rechtsprofessor gegenüber der Stuttgarter Zeitung. Hartz IV zwingt Arbeitslose zum Abschluss einer sogenannten Eingliederungsvereinbarung, die sie verpflichte, jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Falls ein Betroffener die Vereinbarung mit seinem Fallmanager nicht unterschreiben will, wird - so Zuck - die fehlende Unterschrift durch einen staatlichen Zwangsakt ersetzt. Da praktische jede Arbeit als zumutbar gelte, laufe das auf Zwangsarbeit hinaus. Zuck hält dagegen, der Begriff der Zumutbarkeit müsse ein humaner sein. Zitat: „Weil Hartz IV Freiheitsrechte der sozial Schwachen nicht achtet, halte ich das Gesetzespaket in Teilen für verfassungswidrig“. Es gehe nicht an, dass der Staat nur noch nehme, aber nichts mehr gebe.

Wolfgang Schulz-Braunschmidt: „Zwangsarbeit mit Hartz IV“, Stuttgarter Zeitung vom 2.2. 2005

schaftslebens stellt sich die Frage, wie die Mindestlöhne nicht nur versprochen, sondern auch gehalten werden können. Es gehört zur hohen „Weisheit“ der Arbeitsmarkt-Experten, zu behaupten, dass die Marktgesetze von selbst die Unternehmen dazu bringen, dort zu investieren, wo die Löhne niedrig sind und die Arbeitssuchenden dazu, dorthin zu wandern, wo sie bessere Löhne kriegen. Die Marktgesetze hätten aber bis Hartz IV nicht greifen können, weil die Arbeitslosenhilfe zu hoch war und die Leute, statt nach Bayern, lieber in den Sozialstaat hinein gewandert sind. Die Marktwirtschaft gleicht aber dem Fahrer eines Rettungswagens, der auf den Einsatz der Sirene verzichtet, mit der Begründung, er würde schon in die richtige Richtung fahren und möchte die anderen Fahrer lieber nicht stören. Nur dass derjenige, der umgefahren wurde, dann schon längst tot ist, wenn der Rettungswagen ankommt. Der wirtschaftliche Strukturwandel ist nichts für Politiker, aber auch nichts für Marktideologen. Er ist nur dann schnell genug, wenn alle Marktakteure, die es noch können, gemeinsam am selben Strang ziehen, um den Betroffenen zu helfen. Dass die Arbeitslosigkeit heute gerade in den neuen Bundes-

HARTZ IV ENTWÜRDIGT, ENTEIGNET UND SCHAFFT UNSICHERHEIT

Eine Rutsche in die Armut

Der übelste Auswuchs von Agenda 2010 ist Hartz IV. Mit der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe werden Hunderttausende in die Armut getrieben. Diese Politik verbaut Kindern und Jugendlichen aus den betroffenen Familien ihre Zukunftschancen und raubt Älteren ihre Ersparnisse. Millionen Erwerbslose können gegängelt und bestraft werden. Besonders hart betroffen sind Migrantinnen und Migranten, denen Abschiebung droht wenn sie mit Alg II zu SozialhilfeempfängerInnen werden. Hartz IV ist durch und durch unsozial und menschenverachtend.

Nicht nur Erwerbslose betroffen

Hartz IV fordert Arbeit um jeden Preis - auch ohne Bezahlung. Die neuen Zumutbarkeitsregeln zwingen Arbeitslose, Jobs mit einer Bezahlung bis zu 30% unter Tarif anzunehmen. Dadurch entsteht neuer Druck auf die Löhne. Lohnsenkungen, vor allem im unteren Tarifbereich, werden zwangsläufige Folge sein. Bis in die Mittelschichten hinein schürt Hartz IV Angst vor Erwerbslosigkeit und sozialem Abstieg. Es entsteht ein gesellschaftliches Klima der Unsicherheit. Zukunftsangst greift um sich.

Millionen Menschen geraten in prekäre Verhältnisse oder an deren Rand. Sie werden auf diese Weise erpressbar gemacht für Arbeitszeitverlängerungen und die weitere Privatisierung sozialer Sicherung. Die ganze Gesellschaft soll für die kapitalistische Verwertungsmaschinerie zugerichtet werden.

Hartz IV gibt Rechtsextremen Auftrieb

Eine besonders fatale Wirkung der unsozialen Politik von Agenda 2010 besteht darin, dass sie rechten Rattenfängern in die Hände spielt. Angst, Unsicherheit und Verarmung waren schon in der deutschen Vergangenheit der Nährboden, auf dem nationalistische und rassistische Ideologie besonders gut gedieh. Auch jetzt versuchen Rechtsradikale wieder, die Unzufriedenheit für sich zu nutzen. Politisch ist Hartz IV daher ein brandgefährliches Spiel mit dem Feuer.

Es gibt Alternativen. Wir wehren uns gegen jeden weiteren Schritt der Zerstörung und Privatisierung sozialer Sicherung, aber wir wollen nicht einfach zurück zum alten Sozialstaat.

Unsere Ziele sind:

- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am gesellschaftlichen Reichtum für alle - ob sie Arbeit haben oder nicht, d.h. Grundeinkommen und Mindestlöhne, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen
- Steuergerechtigkeit und Umverteilung der gigantischen Vermögen und Gewinne
- deutliche Arbeitszeitverkürzung
- Reform der sozialen Sicherungssysteme auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Solidarität

Erfolg ist möglich. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren Empörung und Ablehnung gegenüber einer unsozialen Politik so groß wie heute. Von Gewerkschaften über Sozialverbände, Erwerbsloseninitiativen bis zum Kinderschutzbund und kirchlichen Kreisen geht die Ablehnung von Hartz IV. Wenn wir dem ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegenstellen, kann Hartz IV gestoppt werden. [...]

Aus einem Aufruf von Attac Deutschland, www.attac.de/hartz

ländern so hoch ist, liegt auch daran, dass Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung so naiv war zu glauben, dass seine real existierenden Kapitalisten sein einzig Vaterland über ihre eigenen Interessen stellen und in Ostdeutschland investieren würden.

Und das Geistesleben? Der spätere Rudolf Steiner unterscheidet nicht nur wie 1905 zwischen Arbeit und Einkommen, sondern zwischen Arbeitswille, Arbeitsfähigkeit und Einkommen. Den Arbeitswillen verspricht er sich von der oben genannten demokratischen Bestimmung der Arbeitszeit und vom Wissen, dass bei einer sozialen Dreigliederung keiner mehr Einkommen beziehen wird, ohne im Gegenzug sein Mögliches geleistet zu haben. Er sieht aber darin keinen vollwertigen Ersatz für die bisherigen finanziellen Anreize. Es bedarf darüber hinaus eines Geisteslebens, der einen nicht nur arbeitsfähig, sondern auch bis ins hohe Alter lernbegierig macht. Sonst wird der Mensch durch den Strukturwandel überfordert, weil er einen neuen Beruf lernen soll, aber nichts mehr hasst, als die Schulbank zu drücken. Die Fähigkeiten sollen so weit entwickelt werden, dass sie Antrieb zum Handeln werden. Also - statt Arbeitsmarkt - ein von den Wirtschaftsakteuren koordinierter Strukturwandel, ein demokratisches Arbeitsrecht und eine „Arbeitswut“, wie man sie bisher nur von freien Künstlern kennt.

Erst wenn man alle diese Elemente zusammennimmt, ergibt sich eine gangbare Alternative, oder besser, ergeben sich einander ergänzende und stützende Alternativen zu Hartz IV.

¹ Eine andere Fassung dieses Artikels ist erschienen in der Zeitschrift Die Drei 10/2004.

DAS GRUNDEINKOMMEN - EINE CHANCE FÜR DIE DREIGLIEDERUNG?

Bernhard Steiner

Unter einigen Sozialwissenschaftlern ist das bedingungslos ausbezahlte Grundeinkommen ein aktuelles Thema.¹ Das Grundeinkommen bietet viele Vorteile: die von Unternehmern als zu hoch betrachteten Arbeitskosten könnten gesenkt werden, mehr Menschen würden wieder den Weg zur Erwerbsarbeit finden. Anthropologisch betrachtet ist die Arbeit ein Gut, das der Mensch für seine seelisch-geistige Entwicklung braucht. Wichtig und entscheidend wäre allerdings die Finanzierung eines solchen Vorhabens über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Inwiefern ist der Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens mit der Idee der Dreigliederung zu vereinbaren?

Die drei Missverständnisse der Dreigliederungsbewegung

Im Gespräch bemerke ich immer wieder, das dieser, - im Grunde genommen - einleuchtenden Idee, jedem Menschen ein Grundeinkommen zu gewähren, viele

skeptisch gegenüber stehen, auch Anthroposophen und Menschen, die sich mit der Dreigliederung beschäftigen. Wo liegt eigentlich das Problem? Ich glaube es liegt an drei Missverständnissen welchen die Dreigliederungsbewegung ausgesetzt ist.

Das Erste - und vielleicht Wichtigste - ist die Verwechslung der Dreigliederung mit der alten platonischen Gliederung des Staates in Nährstand, Wehrstand und Lehrstand. Dieses Standesdenken beruht - worauf schon Steiner hinwies² - darauf, dass man die Begriffe Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben im Sinne der platonischen Stände denkt, ganz nach dem Schema: *Geistesleben* = Lehrer, Künstler, etc; *Rechtsleben* = Politiker, Beamter, Verwaltungsfachmann, etc; *Wirtschaftsleben* = Unternehmer, Fabrikarbeiter, etc. Die Gliederung in Stände hat die Dreigliederung als „langweilig“ und „uninteressant“ erscheinen lassen.³ Ja, sie führt in ihrer Konsequenz zu einer *elitären* Dreigliederung, die wiederum - zu Recht - bei den meisten Menschen auf Ablehnung stoßen muss.

Um dieses Missverständnis zu überwinden, gilt es jegliche aus dem Individuum entspringende Tätigkeit, sei sie „körperlich“ oder „geistig“ als „Geistesleben“ zu verstehen. Auch das, was z.B. der Fließbandarbeiter verrichtet, entspringt seinem „Geistesleben“. Diesem recht weit gefassten Begriff des Geistesleben folgt als Konsequenz, dass sich die Finanzierung des geistigen Lebens mit Schenkungsgeld nicht ohne weiteres auf einen bestimmten Menschenkreis beschränken lässt, sondern eigentlich alle Menschen einschließt.⁴ So gedacht läge die Dreigliederung auf einer Linie mit dem Konzept des Grundeinkommens.

Ein zweites, weiteres Missverständnis der Dreigliederung besteht darin, sie als eine Utopie zu verstehen, die wohl gut gemeint ist, sich „in den heutigen Verhältnissen aber nicht realisieren lässt“. Dagegen wandte Steiner sich vehement: *„Dreigliederung: die Menschen finden sie heute schwer verständlich, weil sie eben nicht haben sehen wollen auf das, was wirklich geschehen ist. Die Entwicklung der Menschheit hat eigentlich in den Tatsachen, die sich nur den Blicken der Menschen entziehen, ein großes Stück der Dreigliederung schon verwirklicht, nur passen sich die Menschen der Verwirklichung nicht an.“*⁵ Es folgt an dieser Textstelle dann eine Beschreibung der Entwicklung der Eisenindustrie um die Jahrhundertwende, in der immer weniger Beschäftigte mit Hilfe einer verbesserten Technik immer mehr produzieren. Wenn wir bedenken, dass in den letzten 100 Jahren die Produktivität - gerade in der Eisenverarbeitung - nochmals um ein vielfaches gesteigert werden konnte, wird deutlich: die menschliche Arbeit die nötig ist, um ein gewisses Produkt herzustellen, wird immer unbedeutender, die angewandte Technik und das Kapital hingegen ausschlaggebend. Dieser „Emanzipationsprozess der Wirtschaft“, wie ihn an der erwähnten Stelle Steiner nennt, ist insofern als eine Verwirklichung der Dreigliederung zu verstehen, als er auf eine Trennung von Leistung und Einkommen hinaus läuft. Allerdings ist es eine chaotische Trennung, wenn z. B. die Aktionäre ein Einkom-

men bekommen ohne eine Leistung zu erbringen, oder - wie im Fall der „working poor“, die Tagesarbeit nicht reicht um zu leben. Entscheidend für die Zukunft wird sein, dass diese Entkoppelung nicht chaotisch und ungerecht verläuft - wie in dem soeben erwähnten Beispiel -, sondern aus dem *Recht* gestaltet wird.⁶ Der technische Fortschritt und die Verselbständigung der Geldprozesse, die ihn begleiten, sind schon viel weiter gekommen, als sich dessen die Menschen bewusst sind. Daher gilt: nicht eine Utopie ist die Trennung von Leistung und Einkommen, sondern eine Konkretisierung; nicht die Verwirklichung irgendwelcher anthroposophischen Ideologie, sondern schlicht und einfach die Etablierung einer sozialen Ordnung welche der realen Entwicklung Rechnung trägt.

Auch über das dritte Missverständnis hatte sich Steiner schon zu Lebzeiten beklagt: er sei mit seiner Schrift zur Dreigliederung *„Die Kernpunkte der sozialen Frage“* „...im Grunde missverstanden worden auf allen Seiten...So hat man namentlich vielfach dasjenige, was ich eigentlich nur zur Illustration der Hauptsache gegeben habe, für die Hauptsache selbst genommen“.⁷

Auch hier gilt: das Kulturleben (z. B. die Schule) ist nur eine mögliche Form des Geisteslebens und auch der Begriff „Rechtsleben“ ist nicht deckungsgleich mit „Staat“ und mit diesem einfach gleichzusetzen. Letzteres können wir uns so verdeutlichen: nicht der Staat soll die Bürger versorgen, sondern er muss eine Rechtssphäre schaffen, in welcher die Versorgung aller Bürger garantiert wird. Konkret heißt dies, der Staat müsste nur durch die Rahmenbedingungen eine Besteuerung der Ausgaben gewährleisten, so dass jedem das zukommt was ihm - wie vereinbart - zusteht. Seine Aufgabe würde er dann am besten erfüllen, wenn er sich inhaltlich nicht einmischte, sondern es ganz der persönlichen Initiative überlässt, was im Sozialen passiert oder nicht. Wir täten gut daran, Steiners Ausführungen zur Dreigliederung als einen immer wieder neu angesetzten Versuch zu verstehen, jene Einrichtungen zu beschreiben, die sich ergeben, wenn alles was mit den individuellen Fähigkeiten zusammenhängt, funktionell getrennt wird von dem Wirtschaftlichen. Die Trennung von Arbeit und Einkommen wäre die Hauptsache, die Schilderungen der möglichen Formen wie das geschehen kann (Institutionen) wären die Illustration.

Sich der Wirklichkeit anpassen

Werden die erwähnten Missverständnisse einmal erkannt, so könnten sich für das Wirken der Dreigliederung neue Türen auftun. Wenn Steiner davon spricht, dass sich die Dreigliederung in den Tatsachen schon verwirklicht hat, so ist das ein Hinweis darauf, dass die emanzipierten Geldsummen die wir heute auf der Welt haben und die sich zu oft in Grund und Boden stauen, eigentlich ein Geld sind, das sich schon zu Schenkungsgeld metamorphosiert hat, bloß dass es den Menschen vorenthalten wurde.⁸ Angesichts dieser Tatsache wäre es ein Gebot der Stunde, jeden Menschen an dem Produktivitätsfortschritt teilhaben zu lassen. Diese Teilhabe könnte über das Grundeinkommen geschehen.

Gegenwärtig weist alles darauf hin, dass sich weltweit die soziale Schere weiter auseinanderbewegen wird. Reiche Länder werden reicher, Arme ärmer. In Mitteleuropa nimmt die Zahl der Sozialhilfeempfänger und der „working poor“ seit Jahren zu. Nur zu oft sind hier gerade die alleinerziehenden Frauen die Leidtragenden. Gäbe es ein Grundeinkommen statt der umständlichen Sozialhilfe, so könnte ihnen schnell und unbürokratisch geholfen werden. Die Haus- und Familienarbeit könnte aufgewertet werden. Doch nicht nur für die Frauen würde es ein Mehr an Freiheit bedeuten. Vieles würde einfacher: die ehrenamtliche Arbeit könnte einen Aufschwung bekommen, die Betriebe würden flexibler was Entlassungen und Neueinstellungen betrifft, auch „Normalverdienende“ hätten die Möglichkeit einer Auszeit, in der sie eigene Projekte verwirklichen können.

Politisch wäre das Grundeinkommen so etwas wie ein goldener Weg der Mitte, denn es zielt auf die Verbindung von liberalem mit sozialem Gedankengut. „Liberal“ weil das Grundeinkommen der Vormundschaft des Staates die Grundlage entzieht, indem die Entscheidungen über die Verteilung der Güter dorthin verlagert werden, wo sie hingehören: zu den Individuen. Erst das bedingungslose Grundeinkommen führt zu jenem schlanken Staat, von dem die Liberalen immer träumen, zu dem es aber nie kommen wird, solange wir die Versorgungsfrage der Willkür des freien Marktes überlassen. „Sozial“ hingegen wäre das Grundeinkommen in dem Sinne, das es jedem Menschen, unabhängig von seinen Begabungen und momentanen Lebensumständen einen Zugang zu den produzierten Gütern ermöglicht.

So weit ich es übersehe, gibt es von Seiten der Dreigliederung kein überzeugendes Gegenargument gegen das Grundeinkommen, ganz im Gegenteil, in ihm passen sich die Menschen der Wirklichkeit an.

Anmerkungen

1 Das Thema wurde jüngst in dem Artikel von Ernst Ullrich Schulz „Grundeinkommen- das Element einer freien Gesellschaft“ in „Das Goetheanum“ Nr.47/2004 aufgegriffen. An dieser Stelle sei auch auf zwei junge Initiativen hingewiesen die sich für das Bürgergeld einsetzen. Das „Netzwerk Grundeinkommen“ (Prof. Michael Opielka) (www.grundeinkommen.de) und die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung.“ (Prof. Sascha Liebermann) (www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de).

2 GA 305 „Die geistig-seelischen Grundkräfte in der Erziehungskunst“ Vortrag aus Oxford vom 29. August 1922. Steiner in seiner Schrift „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ (GA 23) im letzten Abschnitt des Kapitels „Kapitalismus und soziale Ideen“

3 Siehe den Artikel von Michael Spence „Die Dreigliederung des sozialen Organismus - unser Versäumnis“ in „Was in der Anthroposophischen Gesellschaft vorgeht“, Beilage zu „Das Goetheanum“ Nr.1/1994

4 Dies heißt nicht, dass Institutionen des geistigen Lebens nicht weiterhin geschenktes Geld brauchen.

5 GA 192, „Geisteswissenschaftliche Behandlung sozialer und politischer Fragen“, Vortrag vom 21. April 1919 (Seite 27)

6 Hier ist das Recht nicht mit dem Staat gleichzusetzen. Das Thema wurde vom Autor ausführlich dargestellt in: „Recht und Gerechtigkeit. Von der zweifachen Mitte des sozialen Organismus.“ In „Das Goetheanum“ 48/2002.

7 GA 83, „Westliche und östliche Weltgegensätzlichkeit“, Vortrag vom 11.6.1922

8 Von Steiner ausführlich begründet in GA 340, „Nationalökonomischer Kurs“, 12. Vortrag.

GRUNDEINKOMMEN UND SOZIALE DREIGLIEDERUNG

Christoph Strawe

Bei unserem Thema geht es nicht um einen müßigen theoretischen Streit um die Interpretation der Dreigliederung, sondern um das bessere Verständnis eines Problems, das nicht zuletzt seit Hartz IV immer mehr Menschen ganz existenziell berührt. Die Not ist groß - und die Frage ist, wie der Arbeitsansatz der Dreigliederung bei dem praktischen Versuch, sie zu lindern, hilfreich sein kann.

Zu Hartz IV ist an anderer Stelle im Heft vieles gesagt, was hier nicht wiederholt werden muss. Allenfalls sind einige Bemerkungen am Platz, die den Kontext verdeutlichen, in dem die Hartz-Reformen stehen.

Seit den 90er Jahren erleben wir einen Paradigmenwechsel: Menschen werden nur mehr als Kostenbelastung der Wirtschaft gesehen. Man schämt sich der hohen Sozialkosten, während man noch in den 80ern stolz auf den Wohlfahrtsstaat war. Das wichtigste Argument für einen „Sachzwang“ zur Senkung der Sozialkosten ist die Globalisierung - genauer müsste man sagen: die neoliberale Globalisierung - und die von ihr ausgelöste Konkurrenz der Standorte. Sozialkosten, die den Unternehmen über Lohnnebenkosten oder Steuern abverlangt werden, gehen in die Verkaufspreise auf dem Weltmarkt ein und verschlechtern die Wettbewerbssituation des Herstellers. Sind sie zu hoch, so wird argumentiert, zwingt das zur Arbeitsplatzverlagerung in Gebiete mit niedrigen Steuern und Soziallasten. Diese Situation produziert wachsenden Druck auf die Sozialsysteme.

Dieses Argument kann - auch wenn es propagandistisch aufgebauscht wird und die Wettbewerbsnachteile übertrieben werden, um ohnehin beabsichtigte soziale Kahlschläge zu begründen - nicht einfach abgetan werden. Denn ein Stück weit entspricht es ökonomischer Realität. Die Situation ist um so dramatischer, als wir es mit einer neuen Qualität des Problems der Arbeitslosigkeit zu tun haben, bei der sich rasante Produktivitätsentwicklung, ökologische und ökonomische Grenzen des Wachstums und das Drängen von immer mehr billigen Arbeitskräften auf den Weltarbeitsmarkt verquicken.

Immer weniger Menschen können daher ihr Einkommen durch Erwerbsarbeit generieren¹, immer mehr sind auf Sozialeinkommen angewiesen. Diese Einkommen sind vorhanden: als Früchte derselben Produktivität, die zur Freisetzung von Arbeit führt. Sie müssen nur richtig verteilt werden. Genau diese Umverteilung jedoch wird heute zum Problem, - und nicht nur bei den sogenannten Arbeitslosen, sondern auch bei Rentnern, Kranken, Pflegebedürftigen usw.

Menschenrecht auf Existenz

Die Teilung der ökonomischen Wertschöpfung unter allen Mitglieder einer Gesellschaft ergibt sich aus dem Menschenrecht auf Existenz, das wir als eine Grundlage

unserer Gesellschaften anerkennen und damit garantieren müssen. Seine Umsetzung im einzelnen ist eine Sache des demokratischen Konsenses der jeweiligen Rechtsgemeinschaft, d.h. der Bürgerinnen und Bürger, die in einem (Verfassungs-)staat auf einem bestimmten Territorium leben. Seit den 90er Jahren nun macht sich die Auffassung breit, dass menschenrechtliche Garantien und demokratischer Wille hinter Sachzwängen der Ökonomie zurückzustehen hätten.

Damit wird der Rechtsgemeinschaft die Gestaltungskompetenz in einer Frage entzogen, die eben keine ökonomische, sondern eine rechtliche ist: die Frage, wie zu teilen sei. „Dreigliedrig“ betrachtet, handelt es sich um einen Übergriff der ökonomischen Sphäre auf die rechtlich-politische, der die Menschen entmündigt und dem sozialen Organismus dadurch schweren Schaden zufügt. Und zugleich handelt es sich um eine Verformung der Ökonomie selbst, um ein Abstreifen der Sozialbindung.

Begründet wird das wie gesagt mit dem Wettbewerbsnachteil, den die Ökonomie durch die Sozialeinkommen erleide. Daran ist auch ein Körnchen Wahrheit, - aber nur solange, als es nicht gelingt, diese Einkommen in einer Weise aufzubringen, die sich nicht auf den Wettbewerb auswirkt, „wettbewerbsneutral“ ist.

Gestaltung des Sozialsystems und nachhaltige Finanzierung - zwei Seiten derselben Medaille

Genau hier setzte unser 1999 eingebrachter Vorschlag zur Umfinanzierung des Sozialsystems an, auf den sich auch Opielka bezieht. Das war damals der Versuch, einen Weg zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften aufzuzeigen und den Gestaltungsraum wiederzugewinnen, der durch die Globalisierung verloren zu gehen droht. Es handelte sich also um eine konkrete Anwendung des Dreigliederungsansatzes auf eine konkrete Situation.¹

Die Nutzung dieses Gestaltungsraums war damals nicht unser Thema - allerdings haben wir eine Reihe von Vorschlägen auch hierzu in anderem Zusammenhang gemacht.² Für uns stand damals die Nachhaltigkeit der Finanzierung im Vordergrund, ohne die unter Globalisierungsbedingungen alle Gestaltungsversuche in der Luft hängen würden. Das gilt natürlich auch für ein Grundeinkommen und eine Grundeinkommensversicherung.

Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen ist nun allerdings eine neue Situation eingetreten. Statt die Finanzbasis der Sozialsysteme zu stärken, ist sie weiter geschwächt worden, und darauf wird nun mit einem Patchwork verschiedener Umgestaltungsmaßnahmen reagiert, die nur Abbau- und nicht Umbauschritte des Sozialstaats sein können. Damit sind aber auch die Bedingungen entfallen, unter denen es sinnvoll war, die Diskussion um die Finanzierung von der Erörterung inhaltlicher Neugestaltungen ein Stück weit abzukoppeln. Gegenüber Hartz IV müssen inhaltliche Alternativen artikuliert werden. Zu deren Entwicklung ist Opielkas Grundeinkommensversicherung ein hoch willkommener Beitrag. Auch hier muss nachhaltige Finanzierung garantiert sein. Man sollte eben beides nicht gegeneinander ausspielen, sondern im Zusammenhang sehen.

Es gibt dabei noch einen weiteren „Dreigliederungsaspekt“: Arbeit ist „Produktionsfaktor“, sie schafft ökonomische Güter und leistet Dienste, aber im Kern ist Arbeit keine ökonomische Kategorie, sondern eine Ausdrucksleistung des menschlichen Fähigkeitswesens, also ein Element des Geisteslebens, ein Kulturfaktor. Der Mensch bringt sich mit seinem geistigen Wesenskern in die Arbeit ein. Mit zunehmender Mündigkeitsbeanspruchung will deshalb ein wachsender Teil der Menschen selbstbestimmt arbeiten, d.h. „nicht mehr durch den wirtschaftlichen Zwang an die Arbeit gebracht werden. Er möchte aus Antrieben heraus arbeiten, welche der Würde des Menschen mehr entsprechen“³.

Arbeitszwang, wie er durch Hartz IV geübt wird, ist ebenso eine Beschädigung dieses „Geisteslebens“, wie es eine Kränkung des Menschen darstellt, wenn man ihm mit der Freisetzung aus Erwerbsarbeit nicht zugleich den Zugang zu anderen Formen des Tätigwerdens für seine Mitmenschen eröffnet. Das ist im übrigen eine gesellschaftliche Notwendigkeit: die großen Unterversorgungsprobleme unserer Gesellschaft liegen gerade nicht mehr im Gütermangel, sondern in Defiziten der „Nicht-Ökonomie“ - Sozialwesen, Umweltschutz, Bildung usw.

Wo sich die Geister scheiden

Die menschliche Würde fordert selbstbestimmtes Leistenkönnen. Als Almosenempfänger fühlt sich niemand wohl. Ein Grundeinkommen ermöglicht solches selbstbestimmtes Tätigwerden, ohne Zwang. Opielka führt gute Argumente dafür an, dass ein solcher Ansatz keineswegs naiv ist. Mit dem Gedanken eines Darlehensanteils, der bei gemeinnütziger Tätigkeit nicht zurückgezahlt werden muss (vergl. S. 9 in diesem Heft), zeigt er auch auf, dass Arbeit in der Nicht-Ökonomie nicht auf Minimal-Einkommensniveau stattfinden muss.

An dieser Stelle wird deutlich, dass man darauf zu achten hat, wo sich in der Gestaltung von Grundeinkommensmodellen die Geister scheiden: Auch das berühmte Tittytainment-Konzept des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinskis - er will die tendenziell 80% Arbeitslosen dieser Welt mit Ernährungsprogrammen und billiger Unterhaltung ruhigstellen - ist ja, wenn man so will, ein Grundeinkommensmodell. Das wäre freilich gerade das Gegenteil der von Opielka eingeforderten „Inklusion“ der Menschen in die Sozialität, es wäre die Verstetigung der Ausgrenzung.

Diese Frage der Einbettung der Grundeinkommensforderung geht aber noch weiter. „Wenn Lohnarbeit nicht mehr das Einzige wäre“, so lautet der Titel einer Aufsatzes von Opielka an anderer Stelle.⁴ Wenn sie nicht mehr das einzige wäre, dann würde der Druck vermindert, die Räume für menschenwürdige Existenz und schöpferisches Handeln würden sich erweitern.

Lohnarbeit ergänzen oder überwinden?

Der gleiche Würdegedanke, der zu dieser Perspektive führt, erfordert aber - als weitergehende strategische Vision -, die Lohnarbeit gänzlich zu überwinden. Wenn man sich schon auf R. Steiner beruft, dann muss klar

sein, dass genau dies sein Sichtweise ist. Arbeit kann keine Ware sein!

Lohnarbeit, d.h. Verwarenformung der Arbeit, hängt aber daran, dass die Unternehmen - und ihr Ertrag - eigentümlich den Kapitalgebern zugeordnet werden, die die Arbeit von außen zukaufen. Die Entlohnung erscheint so als Abzug vom Ertrag, nicht als dessen Bestandteil.

An die Stelle dieser Arbeitsbezahlung müsste eine Ertragsteilung treten, über die sich die Mitarbeiter eines Unternehmens auf dem Rechtsboden der Gleichheit verständigen (was keineswegs heißen muss, dass alle das Gleiche bekommen).⁵ Einkommen entsteht dann nicht mehr als Bezahlung der Arbeit bzw. als Preis der Ware Arbeitskraft, sondern es wird wie eine Art Kredit zur Verfügung gestellt, der es dem Einzelnen ermöglicht, sich mit seinen Fähigkeiten ganz in eine bestimmte Aufgabe einzubringen.⁶ Der „Arbeitswille“, auf den auch Coiplot abhebt, kann sich auf diese Weise immer mehr vom Erwerbsmotiv lösen, wenn zugleich ein freies geistiges Leben in der Gesellschaft sich entwickelt, aus dem die Sinngebungen kommen, die aus der Ökonomie nicht erwachsen können. Allerdings ist die Ermöglichung selbstbestimmter Arbeit auch selbst schon ein erster Schritt hin zu einem solchen freien geistigen Leben.

Da die Eigentumsverhältnisse die Lohnarbeit immer wieder neu hervorbringen, gehört zu den durch das soziale Hauptgesetz geforderten „Einrichtungen“ zur Trennung von Arbeit und Einkommen in der Gesellschaft eine Umformung der Eigentumsordnung im Sinne eines „operativen“ Eigentums, durch das Betriebe aufhören würden, verkäufliche Vermögensgegenstände zu sein.

Assoziative Organbildung

Noch von einem weiteren Problem muss gesprochen werden, das sich bereits heute zeigt. Es wird auch bei der Bemessung eines Grundeinkommens auftauchen. Letztlich weist es aber auf einen sehr grundlegenden Umformungsbedarf der Gesellschaft hin. Wenn wir Menschen ein Einkommen zusprechen, dann muss das in Kenntnis ihrer realen Lebenslage und im Hinblick auf diese geschehen. Bei der klassischen Sozialhilfe können immerhin individuelle Bedürfnisse geltend gemacht werden, wenn auch unter demütigenden Bedingungen. Würde man an diese Stelle den Ansatz eines rein rechnerisch ermittelten Anspruchs setzen - wie z.B. bei der sogenannten negativen Einkommenssteuer - hätte man zwar das Problem der Bittstellerei bei Behörden beseitigt, dafür aber ein anderes geschaffen. Bei Hartz IV taucht z.B. das für die reale Lebenssituation ganz wesentliche Thema der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten im Osten und Westen Deutschlands auf.

Wer kümmert sich um solche Fragen der Bemessung? Sind basisferne politische Gremien dafür der angemessene Ort? Braucht es dafür nicht ganz neue Organe? Wo entstehen Realurteile über solche Fragen? Das ist die große Frage nicht nur für das Grundeinkommen, sondern für alle Einkommensbildungen. Und da letztlich alle Einkommen als Teile der Wertschöpfung über Preise entstehen, läuft das auf das Thema des assoziati-

ven Preisgesprächs hinaus, das die Wirkungen der Preisbildung auf die Lebenslage der Betroffenen berücksichtigt.

Das heißt aber, dass man letztlich um die „ordnungspolitische“ Frage nicht herumkommt, ob man Preisbildung allein anonymen Marktkräften überlassen will, oder ob man Märkte durch assoziative Zusammenarbeitsorgane ergänzen, durchdringen und ordnen will, - was jedem Marktfundamentalisten als Angriff auf sein Allerheiligstes gilt. Bei manchen Marktfundamentalisten ist der Grundeinkommensansatz vor allem deshalb so beliebt, weil man davon erhofft, von den lästigen Fragen der sozialen Gestaltung entlastet zu werden und die Wirtschaft als solche darum um so ungefährdet dem Spiel der Marktkräfte überlassen zu können. Abgesehen davon, dass man - wie auch Opielka kritisch anmerkt - meist von einer Grundsicherung auf möglichst niedrigem Niveau ausgeht.

Und ein letzter Punkt: Was die nachhaltige Finanzierung von Gemeinaufgaben angeht, wird man nicht außer Acht lassen dürfen, dass eine wesentliche Ursache irrelaufender Umverteilungsprozesse in der mangelnden Demokratieförmigkeit der Geld- und Bodenordnung liegen. Themen wie die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden und die Alterung des Geldes dürfen daher nicht ausgeklammert werden.

Grundeinkommen als Einstiegspunkt

Es ist wohl gemerkt kein Einwand gegen ein Grundeinkommen, dass es für sich allein die angesprochenen Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht löst. Entscheidend ist, ob es ein Einstiegspunkt sein kann für eine Entwicklung in die richtige Richtung.

Meine eigene Antwort auf diese Frage lautet eindeutig: Ja, das kann es sein. Und es ist wichtig, gerade diesen Einstiegspunkt zu nutzen, weil eine Bewegung gegen den Sozialkahlschlag entweder resignieren oder in fruchtlosen Aktionismus verfallen müsste, wenn sie nicht eine Alternative hätte, für die die Zeit reif scheint, - auch was das Bewusstsein der Betroffenen angeht.

Zu einem solchen Einstiegspunkt wird der Kampf um das Grundeinkommen allerdings nur dann werden, wenn wir gleichzeitig die geistige Auseinandersetzung um seinen Stellenwert führen und verhindern, dass es zu einem Stabilisierungsinstrument für eine bestehende Ordnung umfunktioniert wird, die der notwendigen sozialen Dreigliederung entgegensteht.

Zwei Nachträge

Zwei mehr aphoristische Ergänzungen seien noch angefügt. Die erste bezieht sich auf **Rudolf Steiner**. Explizit hat sich Steiner meines Wissens nirgends für ein Grundeinkommen ausgesprochen, auch nicht - wie gelegentlich behauptet wird - dagegen. Opielka überinterpretiert in diesem Punkt das soziale Hauptgesetz meines Erachtens. Das spricht allerdings nicht gegen das Konzept „Grundeinkommen“. An dieser Stelle leuchtet mir nun wieder die Argumentation Coiplots überhaupt nicht ein. Dahinter liegt das methodische Dilemma, aus Aussagen R. Steiners von 1905/06 oder 1919 nicht

schlicht ableiten zu können, was heute richtig ist. Was Bernhard Steiner über das Verhältnis von „Hauptsache“ und illustrierenden Beispielen schreibt, teile ich voll. Man muss sich eben auch klarmachen, worin die Verhältnisse heute sich von denen unterscheiden, unter denen Steiner damals wirkte, um beides auseinander halten zu können. So hat z.B. die Arbeitslosigkeit eine völlig andere Qualität als damals. Manche Aussagen über Finanzierungsmodalitäten, z.B. hinsichtlich des von Steiner vorgeschlagenen Erziehungseinkommens, gehen von der Voraussetzung aus, dass es gelingen werde, eine bis ins Institutionelle gehende Selbstorganisation der drei Funktionskreise des sozialen Organismus zu erreichen. Daraus für heute abzuleiten, ein Erziehungseinkommen dürfe nicht über den Staat generiert werden, wäre absurd. In den Vorträgen Steiners von 1922, die Opielka zitiert, gibt es die Aussage, man müsse jetzt über die sozialen Dinge anders reden, als er, Steiner, es noch 1919 getan habe. Das ist keine Distanzierung von den „Kernpunkten der sozialen Frage“ von 1919, sondern ein wichtiger methodischer Hinweis. Die Dreigliederung ist vor allem ein heuristisches Instrument, mit dem man nur dann etwas anfangen kann, wenn man sich mit seiner Hilfe auf die gegenwärtige Wirklichkeit einlässt.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den **Sozialausgleich** bzw. die **Ausgabenbesteuerung**. Opielka ist der Ansicht, es handle sich bei der von uns vorgeschlagenen Umfinanzierung der Sozialausgaben um eine Steuer. Wir sprechen aber bewusst nicht von Mehrwertsteuer, sondern von einem verbrauchsorientierten Sozialausgleich, dessen technische Ausgestaltung der Mehrwertsteuer gleicht. Über die Verwendung von Steuereinnahmen, selbst wenn die Steuer mit einer bestimmten Zweckbindung eingeführt wird, verfügt immer der Staat bzw. politische Mehrheiten. Es wäre aber für die Akzeptanz wichtig, dass eine Umwidmung ausgeschlossen ist.

Dass wir Hardorps Konsumsteueransatz im Kern völlig teilen, habe ich verschiedentlich verdeutlicht, nicht zuletzt auch durch eine Darstellung im Rundbrief.⁷ Es gibt nur einen Punkt, an dem ich Hardorp nicht folgen kann. Und zwar handelt es sich dabei um die Einbeziehung von Geldanlagen in eine Ausgabenbesteuerung, wie sie in einer von Hardorp als vermutlich fehlerhaft betrachteten Mitschrift der sogenannten Januar-Gespräche auftaucht, bei denen die Dreigliederungsbewegung des Jahres 1919 vorbereitet wurde. Die Stelle lautet: *Zwischenfrage nach der Gestaltung der Steuern.* „Die Steuerfragen stehen heute auf ganz verkehrten Füßen. Wenn man heute von Ausgabensteuern spricht, so denken alle an indirekte Steuern. Ich denke aber an Ausgaben-Besteuerung. Die wichtigsten Lebensbedürfnisse sind gering zu besteuern. Die weniger wichtigen stärker. Das Bankdepot ist Ausgabe.“⁸

Wie dies technisch funktionieren könnte, kann hier nicht diskutiert werden. Es würde aber die auch von Opielka angesprochene Gerechtigkeitslücke der Ausgabensteuer schließen, die dadurch zustande kommt, dass nur Geringverdiener alles für Konsum ausgeben.

Bei Steiner ist, wie man sieht, die Ausgabensteuer gestaffelt gedacht, so dass durch die unterschiedlich hohe Besteuerung verschiedener Warenkategorien eine ähnliche Wirkung erzielt wird, wie sie die Progression der Einkommensbesteuerung hervorbringt.

Damit würde zwar ein Argument Opielkas für eine Mischfinanzierung entfallen. Aus einem anderen Grund bietet sich eine solche aber dennoch an: Nur eine schrittweise Umgestaltung wird unter heutigen Bedingungen die nötige breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. Übrigens haben wir auch beim Sozialausgleich eine solche schrittweise Form vorgeschlagen, indem erst einmal mit der Arbeitslosenversicherung begonnen werden sollte. Natürlich könnte man auch stattdessen jährlich z.B. 5 Prozent aller Versicherungsleistungen mehr umfinanzieren.

Generell ist zu sagen, dass eine Steuerfinanzierung der Sozialkosten allemal besser ist als eine Finanzierung über Lohnnebenkosten, weil sie eine breitere Basis hat. Was die Herstellung von Wettbewerbsneutralität angeht, ist meines Erachtens eine verbrauchsorientierte Erhebung überlegen. Das kann jedoch an dieser Stelle aus Platzgründen nicht ausgeführt werden.

Anmerkungen

- 1 Vergleiche Herrmannstorfer, Udo/Spehl, Harald/Strawe, Christoph, 2003 (zuerst Rundbrief 1/1999), Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung, www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm
- 2 Vergl. z.B. meine Aufsätze: Arbeitslosigkeit - Krise und Chance (www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Arbeitslosigkeit.pdf) und: Arbeitszeit - Sozialzeit - Freizeit. Ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit (www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Arbeitszeit_Sozialzeit_Freizeit.pdf)
- 3 Rudolf Steiner: Arbeitsfähigkeit, Arbeitswille und dreigliedriger sozialer Organismus, in: GA 24, Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage (1915 - 1921), Dornach 1961
- 4 Freitag, 41, 1.10.2004, www.freitag.de/2004/41/04410601.php
- 5 Diese Vereinbarungen würden allerdings, worauf Coiplet zu recht hinweist, innerhalb bestimmter gesamtstaatlich-demokratisch zu bestimmender Rahmenbedingungen, z.B. hinsichtlich Arbeitszeit, Minimalentlohnung etc. Staatlicher Rahmen, Arbeitszeit usw., erfolgen.
- 6 Vgl. auch: Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft, Stuttgart 3. Aufl. 1997. Kapitel: Das Soziale Hauptgesetz - Der Altruismus als soziale Gestaltungskraft. Ursprünglich ein Beitrag für den von Opielka zitierten, von Stefan Leben herausgegebenen gleichnamigen Reader. Siehe außerdem meinen Aufsatz: Bedürfnislohn oder Leistungslohn? Zur Auflösung einer falschen Fragestellung. Rundbrief Dreigliederung 1/1994.
- 7 Dreigliederung und Steuerreform. Rundbrief Heft 4/1996.
- 8 Roman Boos (Hrsg.): R. Steiner, Sozialwissenschaftliche Texte. Studienmaterial zur Sozialwissenschaft. Freiburg i.Br., o.J.

Betrachtungen und Berichte

WEM GEHÖRT DIE ERDE, WEM GRUND UND BODEN?

Bettina Kalambokis // Michael Rist

*Johannes Kreyenbühl Akademie in Zusammenarbeit
mit dem Konsumentenverein Zürich*

„Die Erde ist das ursprünglichste Erbe der gesamten Menschheit“¹

In vorangegangenen Betrachtungen sind wir der Frage nachgegangen, wem der „Rationalisierungserfolg“ gehöre. Es wurde bemerkt, dass ein wesentlicher Teil in die Löhne fließt, so dass diese eigentlich „paritätisch“ sein sollten. Ein anderer Teil fließt in die Zinsen der Kapital-eigner, weshalb dieser *nur* den mit der Kapitalverwaltung verbundenen Aufwendungen entsprechen sollte. Ein drit-ter und wohl der beachtlichste Teil fließt über die „Boden-rente“ als leistungsloses Einkommen den Verkäufern von Bauland zu, womit sich die nachfolgenden Ausführungen befassen.

Wir haben auch immer wieder auf die Faktoren Naturgrundlage, menschliche Arbeit und menschliche Intelligenz hingewiesen, von denen alles Wirtschaften ausgeht. Lässt sich doch jede wirtschaftliche Tätigkeit auf diese drei vorwirtschaftlichen Grundlagen zurück-führen.

Die *Ergebnisse*, welche durch die wirtschaftlich pro-ductive Tätigkeit *der Menschen* mittels dieser drei Grund-lagen entstehen, nennt man Waren und Dienstleistungen. Nur diese können, indem sie über Kauf und Ver-kauf zwischen den Menschen zirkulieren, etwas kosten. Hingegen dürfte die noch nicht bearbeitete Natur d. h. die Erde insgesamt, wozu die Bodenschätze, die natur-gegebene Bodenfruchtbarkeit, aber auch Sand, Steine, Wasser und Luft gehören, nichts kosten, so dass der Boden - auf dem die Mehrzahl der wirtschaftlichen Tä-tigkeiten, aber auch das Wohnen stattfindet - als sol-cher nichts kostet.

Erst durch die Erschließung mit Verkehrswegen samt den Strom-, Gas- und Wasserleitungen sowie der Ab-leitung der und Reinigung des Abwassers wird mens-chliche Arbeit und Intelligenz aus der arbeitsteiligen Wirt-schaft aufgewendet, für die als Gegenleistung andere Wirtschaftswerte erbracht werden müssen und so ein berechtigter „Boden“-Preis entsteht.

Wir wissen jedoch alle, dass heute reine Bodenprei-se von Fr. 500,- pro Quadratmeter und mehr bezahlt werden, die dann in Form von Hypotheken auf die Mie-ten oder die Produktionskosten überwältigt werden. So

bezahlt heute z. B. ein Mieter in der Schweiz oft nur die Hälfte seiner Miete für die beim Hausbau tatsächlich aufgewendete Arbeit und Intelligenz und die andere Hälfte für Grund und Boden, auf dem das Haus steht. Man verteidigt diesen heutigen Zustand meist mit der Auffas-sung, Angebot und Nachfrage würden den Preis be-stimmen, sodass es nicht verwunderlich sei, wenn bei steigender Nachfrage, insbesondere bei dem nicht ver-mehrbaren Gut (*Boden*) die Preise steigen.

Durch die Raumplanung mit der Unterscheidung von Wohnzonen, Industrie- und Gewerbe-zonen sowie Landwirtschaftszonen versuchte man diese Bodenspe-kulation einzudämmen. Aber trotzdem kann z. B. ein Bauer, indem sein Land aus der Landwirtschaftszone in die Bauzone umgezont wird, über Nacht zum Millionär werden.

Nun hat die „Initiative für natürliche Wirtschaftsord-nung“² (INWO CH) eine interessante Idee lanciert, dass nämlich der Erlös der nicht mehr als notwendig angese-henen Goldreserven der Nationalbank dazu benützt wird, das Land zurückzukaufen und den Gemeinden zur Ver-fügung zu stellen. Diese verkaufen dann nicht mehr das Land, sondern vergeben es nur noch in Bau- oder Pacht-recht z. B. für die Dauer von 99 Jahren an die Interes-senten. Dadurch würde tatsächlich die Bodenspekulati-on d. h. ein wirtschaftlich leistungsloses Einkommen und somit die Stauung des Kapitals im Boden³ gestoppt.

Es gibt aber noch eine andere Möglichkeit, die z. B. vom ersten Berater der biologisch-dynamischen Land-wirtschaft in der Schweiz realisiert wurde. Er hat seinen Betrieb „Rollirain“ in eine Stiftung umgewandelt, so dass dieser Boden nur dem jeweils Fähigsten zur Verfüg-ung gestellt wird. Der Konsumentenverein Zürich hat nun einem benachbarten Betrieb ein zinsloses Darlehen ge-währt mit der Möglichkeit, dass wenn dieser Betrieb auch in eine Stiftung eingebracht wird, dieses zinslose Dar-lehen nicht zurückbezahlt werden muss, sondern in eine Schenkung umgewandelt wird. Auf diese Weise kann jeder Landbesitzer sein Land der Bodenspekulation ent-ziehen, wodurch die Waren und Dienstleistungen sowie das Wohnen verbilligt würden.

Literatur

- 1 *Mill, John Stuart* (1807 - 1873): englischer Nationalökonom.
- 2 *INWO (2004)*: Bodenkampagne - eine Aktion der INWO Schweiz. Initiative für natürliche. Wirtschaftsordnung. Postfach, CH-5001 Aarau.
- 3 *Steiner, R. (1922)*: Nationalökonomischer Kurs, 5. Vortrag, Phil.-Anthroposophischer Verlag am Goetheanum, Dornach 1931.

DAS 5. WELTZOZIALFORUM IN PORTO ALEGRE

Christoph Strawe

(Der Artikel stützt sich unter anderem auf den Bericht, den Carol Bergin (Initiative Colibri/Tübingen), Ortrun Rehm (Initiative Colibri/München), Johannes Lauterbach (Attac/Tübingen), Kai Lamparter (ver.di-Jugend/Stuttgart) und Reinhard Koppel (Brot für die Welt/Stuttgart) in einer öffentlichen Veranstaltung im Forum 3 in Stuttgart über ihre Erfahrungen und Erlebnisse in Brasilien abgaben.)

Mit einem klaren Bekenntnis zu horizontalen Formen der Zusammenarbeit hat das 5. Weltsozialforum, vom 26.-31. Januar in Porto Alegre, die Sozialforums-idee wieder einen Schritt weitergebracht. Rund 155.000 TeilnehmerInnen aus über 130 Ländern, 2.500 Veranstaltungen und ein riesiges Zeltlager des Jugendforums (35.000 TeilnehmerInnen!) zeigen, dass die Bewegung weiterhin wächst.

Dreimal hatte das WSF in Brasilien stattgefunden, im letzten Jahr hatte sich die globale Zivilgesellschaft dann in Indien getroffen, - und in zwei Jahren plant man ein Welttreffen in Afrika. Im nächsten Jahr sollen drei bis vier simultane Events auf verschiedenen Kontinenten stattfinden, um noch mehr Menschen die Teilnahme am Weltsozialforumsprozess zu ermöglichen.

Vor 2 Jahren in Brasilien hatte eine gewisse Dominanz der großformatigen und zentral organisierten Veranstaltungen eine Debatte ausgelöst, bei der z.B. von einem der Mitbegründer des WSF, Chiko Whitaker, der Open-Space-Charakter des WSF betont worden war.

Dieser Ansatz war für die diesjährige Veranstaltung prägend. Das war um so wichtiger, als es zum Beispiel beim Europäischen Sozialforum in London deutliche politische Majorisierungs- und Instrumentalisierungsversuche gegeben hatte. Die Veranstalter konzentrierten sich darauf, die von den einzelnen Initiativen angebotenen Workshops und Diskussionsforen in elf Themenbereichen zu bündeln und den organisatorischen Rahmen für sie zu schaffen. Man hatte am stillgelegten Kai des alten Hafens und den angrenzenden Uferwiesen eine riesige Zeltstadt errichtet, in der die Workshops stattfanden. Eine halbe Stunde war man vom einen bis zum anderen Ende unterwegs.

So wichtig und interessant die Präsentation von Inhalten auch war - die Entwicklung ging verstärkt in Richtung Vernetzung und gemeinsamer Aktionsplanung. Z.B. traf man sich im Rahmen des „Our World is not for Sale“-Netzwerks mit Vertretern der Hong Kong People's Alliance, um über die dort im Dezember stattfindenden WTO-Ministerkonferenz zu beraten. Wichtige Impulse gingen so vom diesjährigen WSF unter anderem gegen Krieg und Besatzung, gegen die Unterdrückung marginalisierter Bevölkerungsgruppen wie der indischen „Unberührbaren“ (Dhalits), gegen die Welthandelsorganisation, für Alternativen zum neoliberalen Welthandelssystem, für eine Beseitigung der Schulden-

krise und gegen die Kommerzialisierung der Wasserversorgung aus.

In der Berichterstattung der Medien kam das alles vielfach nicht zum Ausdruck. Man konzentrierte sich auf die spektakulären beiden Großveranstaltungen - außerhalb des Programms! - mit den Präsidenten Lula (Brasilien) und Chavez (Venezuela). Wobei Lulas Glanz seit seinem Auftreten vor 2 Jahren angesichts ausbleibender Erfolge im Kampf gegen die Armut und auch seines problematischen Pro-Gentechnik-Kurses deutlich verblasst war. Chavez hingegen wurde bejubelt.

Ganz praktisch gab es diesmal mehr „andere Welt“ als in früheren Jahren: Linux auf den Forumscomputern, mehr Lebensmittel aus „kooperativer und solidarischer Wirtschaft“ und eine Alternativwährung namens Txai, die allerdings nur teilweise Akzeptanz fand. Im Kontrast dazu hatte die lokale Hotellerie diesmal mit den Preisen in ziemlicher ärgerlicher Art hingelangt.

Auch diesmal gab es wieder eine Reihe von Veranstaltungsangeboten von Menschen, die der sozialen Dreigliederung verbunden sind. Für die Initiative Colibri, Teil des Global Network for Social Threefolding, gaben Carol Bergin und Johannes Lauterbach einen Workshop „Vom Widerstand zur Transformation“, in dem sie vor allem die inneren Aspekte zivilgesellschaftlichen Engagements darstellten, - gestützt auf die Arbeiten von Nicanor Perlas zu diesem Thema. Außerdem waren sie vor allem engagiert bei den Strategietreffen des „Our World is not for Sale“-Netzwerks und Mitorganisatoren eines insgesamt 6 stündigen Workshops dieses Netzwerks, bei dem in 2 Sitzungen „Alternativen zur ökonomischen Globalisierung“ behandelt wurden und der 220 Menschen anzog. Ulrich Rösch von der Sozialwissenschaftlichen Sektion in Dornach hatte mit Thomas Stöckli zusammen ein „3Pulse Threefold Project“ gestartet und war mit einer Schülergruppe nach Porto gereist. Man war mit einem eigenen Stand vertreten, und verschiedene Freunde, darunter Ute Craemer, berichteten über Projekte für eine andere Welt in Landwirtschaft, Pädagogik, Bankwesen und Sozialarbeit.

Der Vorstoß von 19 prominenten Intellektuellen, am Ende ein Manifest mit 12 Forderungen einzubringen und als Ergebnis des 5. WSF zu präsentieren, blieb umstritten. Chico Whitaker nannte es einfach einen Vorschlag unter Hunderten anderer. Die Kritik war nicht primär inhaltlich, sondern ging vom Charakter des Weltsozialforums aus: Dessen Charta schließt aus, dass das Weltsozialforum im Namen einer Mehrheit der Mitwirkenden Stellung nimmt. Jeder spricht für sich selbst, niemand verfügt über andere. Gerade dadurch ist das WSF ein Ort wirklich freier Kultur.

Mit das wichtigste, aber schwer in Worte zu fassende Resultat des WSF sei die innere Energiezufuhr, die das Zusammentreffen mit so vielen Menschen, die für eine gerechtere Welt arbeiten, mit sich bringe - so Carol Bergin in ihrem Bericht nach der Rückkehr. Diese Energie hängt wohl mit dem Charakter des Forums als offener Raum des Austauschs und der Begegnung zusammen.

EU - GLOBAL-FATAL?!

Europa-Konferenz, Stuttgart 4./5. März 2005

Christoph Strawe

Während vordergründig das Image eines demokratischen, sozialen und friedliebenden Europas kultiviert werde, marschiere die EU „mit Riesenschritten in ein neues weltpolitisches Selbstverständnis“, so hatte es in der Einladung zu einer Konferenz geheißen, zu der sich schließlich an die 200 TeilnehmerInnen im Stuttgarter Gewerkschaftshaus versammelt hatten.

„Parallel geschaltete Vorhaben wie der ‘Verfassungs’vertrag mit der Verpflichtung zur permanenten Aufrüstung, die Lissabon-Strategie, mit der die EU bis 2010 zur ‘wirtschaftlichen Führungsmacht’ aufsteigen will, sowie die Ausweitung von Territorium und Einflussphäre der EU sind Elemente dieses Selbstverständnisses. Über die meisten EU-Strategien und Richtlinien wird die Öffentlichkeit kaum aufgeklärt, weshalb Gewerkschaften und Zivilgesellschaft oftmals verspätet und ratlos darauf reagieren“, hatte es im Einladungsflyer weiter geheißen. Ziel der Konferenz war es, Informationen zu vermitteln, Hintergründe auszuleuchten, Gegenstrategien zu diskutieren und offene Räume für Austausch, Kreativität und Vielfalt zu bieten.

Veranstaltet wurde der Kongress von einem breiten Bündnis, das von Attac über Kairos Europa, den ver.di Bezirk Stuttgart, die dfg-vk BaWü, DEAB, das Forum 3, das Städtebündnis Wasser in Bürgerhand bis zu Pax Christi Rottenburg-Stuttgart reichte.

Rund fünfundzwanzig ReferentInnen aus Deutschland, Österreich, Polen, Ungarn, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, Ghana und Tansania diskutierten in den verschiedenen Workshops mit dem TeilnehmerInnen. Am ersten Abend hatte Elke Schenk von Attac Stuttgart den Event mit einer Einführung in die Problematik der EU-Verfassung eröffnet. Bei einer von Annette Groth moderierten Podiumsdiskussion ging es um das Thema „Europa von unten“. Nicola Andersson von der Gewerkschaft SUD in Avignon sprach darüber, dass die EU-Verfassung in der französischen Öffentlichkeit viel zu wenig diskutiert werde. Gleiches wurde aus anderen europäischen Ländern berichtet. Polen lebe im Schock, so Stanislaw Ruzka. Die großen Erwartungen nach dem Zusammenbruch des Sozialismus seien der Ernüchterung gewichen, ausgelöst beispielsweise durch hohe Verschuldung beim Internationalen Währungsfonds und hohe Arbeitslosigkeit. Interessant auch die Informationen über die Aktivitäten in Österreich zur Einforderung einer Volksabstimmung über die Verfassung.

„Ein Staatstreich“

Der Samstag Vormittag wurde durch den Heidelberger Theologieprofessor Ulrich Duchrow geprägt, der in einem mitreißenden Eröffnungsbeitrag die geplante Implementierung der EU-Verfassung als „Staatstreich“ bezeichnete. In seiner Argumentation nahm er Bezug

auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Dieses schreibt die Sozialbindung des Eigentums fest (Art. 14), ermöglicht in Art. 15 die Überführung von Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft und erklärt in Art. 20 (1) die Bundesrepublik zum sozialen und demokratischen Bundesstaat. Wird nun die neoliberal orientierte Marktwirtschaft in den Verfassungsrang erhoben, was in der EU-Verfassung in zahlreichen Formulierungen geschieht, dann werden dadurch Grundrechte im Wesensgehalt angetastet, was aber Artikel 19 (2) GG ausdrücklich verbietet („In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“)

Daraus leitete Duchrow die Frage ab, ob durch die EU-Verfassung nicht das in Art. 20 (4) des Grundgesetzes garantierte Recht auf Widerstand greifen könnte. Ein weiterer Punkt ist die Aushebelung von Artikel 26 [Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges; Kriegswaffenkontrolle] durch die EU-Verfassung. Vollkommen unmöglich sei es, eine so fundamentale Veränderung der Rechtsgrundlagen durch die für 12. Mai im Bundestag vorgesehene Ratifizierung vornehmen zu wollen, ohne den Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit zu geben, in einem Referendum selbst zu entscheiden.

Das Workshop-Programm war so reichhaltig, dass nur einige Beispiele genannt werden können: Boris Lechthaler von der Friedenswerkstatt sprach über die „EU - eine Großmacht im Werden“. Andreas Wehr, PDS-Abgeordneter im EU-Parlament, berichtet über Interna aus der Arbeit des „Verfassungs“-Konvents. Eric Wesselius, „Corporate Europe Observatory“, beschrieb die Wirksamkeit der Konzernlobby auf die Politik in Brüssel. Thomas Rupp berichtete von der „European No Campaign“ und ich selbst habe über zivilgesellschaftliche Alternativen zur EU-Verfassung gesprochen und dabei nicht nur Inhalte, sondern auch das Wie der Entstehung einer authentischen europäischen Verfassung von unten thematisiert. Dabei habe ich auch auf die verschiedenen von der Initiative Netzwerk Dreigliederung gemachten Vorschläge hingewiesen.

Besonders gelungen war die von dem Kabarettisten Winfried Zimmermann mit TeilnehmerInnen erarbeitete Theaterperformance, die am Abend im Großen Saal des Gewerkschaftshauses aufgeführt wurde.

Die Konferenz endete mit einer „Stuttgarter Erklärung“ für ein anderes Europa (siehe Kasten S. 22), der Text kann heruntergeladen werden unter www.attac.de/stuttgart/dokumente/eu/stuttgarter_erkl.htm

EU-VERFASSUNG: SINKENDE ZU- STIMMUNG MIT WACHSENDEM WISSEN

Aus einer im Auftrag der Europäischen Kommission zwischen Ende Oktober und Ende November letzten Jahres vorgenommenen „Eurobarometer“-Umfrage unter 25.000 Bürgern in allen EU-Ländern geht hervor, dass jeder dritte EU-Bürger nichts von der Existenz des europäischen Verfassungsvertrags weiß.

Stuttgarter Erklärung der Europa-Konferenz „EU global - fatal ?!“

„FÜR EIN ANDERES EUROPA, FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA“ NEIN ZU DIESER EU-„VERFASSUNG“*

1.

Die Teilnehmer/innen der Europa-Konferenz in Stuttgart lehnen den Entwurf der EU-Verfassung aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Er bedeutet in mehrfacher Hinsicht einen Systemwechsel gegenüber den Festlegungen des Grundgesetzes:

- Der Verfassungsentwurf höhlt das grundgesetzlich garantierte Sozialstaatsprinzip entscheidend aus, die Sozialstaatsverpflichtung wird den privatkapitalistischen Gewinninteressen auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert.
- Die grundgesetzliche Beschränkung des Militärs auf Landesverteidigung wird ausgehebelt zugunsten einer militärisch-expansiven Interventionsfähigkeit zur weltweiten Sicherung der EU-Wirtschaftsinteressen. Damit schiebt sich die EU an, in Konkurrenz zu den USA, selbst zu einer imperialen Weltmacht zu werden und fällt so zurück in die imperialen Traditionen der Kolonialreiche.
- Das im Grundgesetz vorgeschriebene Zustimmungsrecht des Parlaments für Militäreinsätze wird in der EU-Verfassung abgeschafft und zu einem reinen Anhörungsrecht des EU-Parlaments degradiert.

Unsere Kritik richtet sich nicht allein gegen dieses Verfassungsprojekt, sondern darüber hinaus gegen den neoliberal-kapitalistischen Charakter der Europäischen Union. Schon die Festlegung auf den EU-Binnenmarkt 1993 und die Orientierung der Wirtschafts- und Währungsunion vorrangig auf das Ziel der Preisstabilität gingen zu Lasten der sozialen Sicherheit großer und zunehmender Teile der Bevölkerung. Auch die expansive Politik der Steigerung des Wirtschaftswachstums (siehe Lissabon-Strategie) geht massiv auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen.

2.

Das Europa, das wir wollen, setzt auf die weltweite Entwicklung demokratischer und sozialer Rechte und die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und ordnet wirtschaftliche Interessen den Lebensinteressen der Menschen unter. Wir setzen uns für ein friedliches Europa ein, das militärisch und atomar abrüstet. Dieses Europa wird nur durchzusetzen sein mit einem breiten Bündnis der sozialen Bewegungen.

An die Stelle einer von den herrschenden Eliten formulierten und ohne die direkte Beteiligung der Bevölkerung verabschiedeten EU-Verfassung setzen wir ein Europa von unten, ein solidarisches Europa aller Menschen. Unsere Vision eines demokratischen Europas knüpft an die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte an. Wir fordern:

- den Verzicht auf die Privatisierung der Daseinsvorsorge (u.a. in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Bildung). Stattdessen fordern wir neue Formen demokratischer Kontrolle von Eigentum an Produktionsmitteln.
- die Durchsetzung von Steuergerechtigkeit anstelle weiteren Steuerdumpings zugunsten der Unternehmen und Vermögenden,
- eine solidarische Umverteilung der Erwerbsarbeit mit radikaler Arbeitszeitverkürzung sowie eine Angleichung der Lohn- und Sozialstandards nach oben,
- den Ausbau von Instrumenten und Institutionen ziviler Konfliktlösungen

3.

Wir rufen auf zu einem breiten sozialen und politischen Widerstand gegen diese EU-Verfassung. Wir fordern in Deutschland die Aussetzung der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat und die Vorbereitung und Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag. Wir unterstützen in anderen Ländern, in denen es Referenden gibt, jene Kräfte, die für ein **solidarisches und soziales Nein** eintreten. Wir rufen auf zur Teilnahme am europaweiten Aktionstag gegen die EU-Verfassung am 19. März 2005 in Brüssel!

Stuttgart, den 5. März 2005

* Verabschiedet vom Plenum der Konferenz. Veranstalter waren: Attac, Kairos Europa, ver.di Bezirk Stgt, dfg-vk BaWü, PDS-Kreisverband Stuttgart, Stgt, Gesellschaft Kultur des Friedens, DEAB Stgt, Forum 3 Stgt, Städtebündnis Wasser in Bürgerhand, Wasserforum Stgt, IG Bau Stgt, Pax Christi Rottenburg-Stgt. Die Veranstaltung wird u.a. unterstützt vom Rosa Luxemburg Forum für Bildung und Analyse in BaWü, Stgt, und vom Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB), Stgt

56 Prozent der Befragten haben von dem Vertrag gehört, geben aber an, dass ihnen der Inhalt weitgehend unbekannt sei. Nur elf Prozent sagen, die Verfassung und ihr Inhalt sei ihnen in groben Zügen bekannt.

Mehr erklärte Gegner als Befürworter der Verfassung fand man in Großbritannien. Im EU-Durchschnitt erreicht der Anteil der Zustimmung zur Verfassung 49 Prozent. Nur 16 Prozent der Befragten sprachen sich dagegen aus. 35 Prozent zeigten sich unentschieden.

Je mehr der Verfassungsinhalt bekannt wird, um so mehr sinkt offenbar die Zustimmung. Im Januar gaben nur noch 57 Prozent der Franzosen an, für die Verfassung zu sein. Im September vergangenen Jahres waren es noch 64 Prozent. Anfang Februar hat sich überraschenderweise und gegen den ursprünglichen Willen ihrer Führung die einflussreiche Gewerkschaft CGT entschieden, die Franzosen dazu aufzurufen, mit Nein zu stimmen.

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2005, Seite 5; Europa digital vom 21.2.05, www.europa-digital.de/aktuell/dossier/verfassung/spanienerg.shtml; LabourNet Deutschland, www.labournet.de/internationales/fr/cgteu2.html

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF - SPEERSPITZE DES MARKTFUNDAMENTALISMUS

Durch die Implementierung der Europäische Verfassung würde der in Luxemburg angesiedelte europäische Gerichtshof (EuGH) noch mehr Einfluss erhalten. Würde er doch in vielen strittigen Fragen, die mit Widersprüchen in der Verfassung zusammenhängen, angerufen werden und das letzte Wort erhalten. Alle bisherigen Erfahrungen mit dem EuGH zeigen, dass die Luxemburger Richter nur eines fest im Visier haben: die Durchsetzung des Konkurrenzprinzips („freier Wettbewerb“). Zwei Urteile der letzten Zeit machen das erschreckend deutlich:

1. Der EuGH entschied, dass öffentliche Stellen und Unternehmen ohne Ausschreibung keine Aufträge mehr an eigene Tochterfirmen vergeben dürfen, an denen auch Private beteiligt sind. Das EU-Vergaberecht sei hier zwingend anzuwenden. Dem Verfahren vor dem EuGH war ein Rechtsstreit zwischen der Stadt Halle und einer privaten Arbeitsgemeinschaft zum Betrieb einer Restabfall- und Energieverwertungsanlage vorangegangen. Die Stadt hatte einen Dienstleistungsauftrag im Bereich der Abfallentsorgung ohne öffentliche Ausschreibung an ein Unternehmen vergeben, an dem die Stadt zu 75,1 Prozent beteiligt ist; das restliche Viertel hielt eine private GmbH.

Eine freie Vergabe an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen ohne Ausschreibung widerspreche dem „Ziel eines freien und unverfälschten Wettbewerbs“ sowie den „Grundsatz der Gleichbehandlung der Interessen beeinträchtigen“. (Quelle: Der Standard, Print-Ausgabe, 25.1.2005)

In einer weiteren Entscheidung urteilte der EuGH, dass private Betreiber von Glücksspielen oder Geldspielgeräten von der Mehrwertsteuer befreit werden müssen, wenn staatliche Anbieter diese für vergleichbare Dienstleistungen nicht zahlen müssen. Geklagt hatten die Spitzenverbände der deutschen Unterhaltungsmaschinenwirtschaft. Abschließend muss nun der Bundesfinanzhof entscheiden. Dass staatliche Lotterieuunternehmen den Gewinn gemeinnützigen Zwecken nutzbar machen, begründet nach Auffassung des EuGH nicht die Ungleichbehandlung gegenüber privaten Spielhöhlen. In Kommentaren zu dem Urteil in der deutschen Presse wurde die Befürchtung geäußert, dass private Spielhallenbetreiber im Hinblick auf das Urteil die Rückzahlung der abgeführten Mehrwertsteuer verlangen und Milliarden Euro vom Fiskus einklagen könnten.

VIA BRÜSSEL ZUM GLÄSERNEN MENSCHEN?

Zur „Erleichterung des Kampfes gegen den Terrorismus“ sollen Telefon- und Internetverbindungs-Daten sowie E-Mail-Adressen aller EU-Bürger bis zu einem Jahr lang zentral gespeichert werden können. Nachdem Innenminister Schily und Justizministerin Zypries mit einer Gesetzesvorlage in Deutschland gescheitert sind, versuchen sie jetzt offensichtlich eine entsprechende EU-Rahmenvereinbarung herbeizuführen und über diesen Umweg doch zum Ziel zu kommen. Nach einem Bericht von „Bild am Sonntag“ finden bereits Gespräche mit Telekommunikationsunternehmen über die technische Umsetzung statt.

Bayerns Innenminister Beckstein unterstützte die Initiative ausdrücklich. Datenschützer und auch Wirtschaftsverantwortliche wehren sich dagegen. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Jerzy Montag, sagte, die Datenspeicherung sei „technisch unausgegoren, unvorstellbar teuer und völlig ungeeignet zur Terrorbekämpfung“. Man würde „in einem Datenmeer ersaufen, weil kein Computer solche Mengen verarbeiten kann“.

Quelle: Spiegel online vom 13. März 2005, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,346209,00.html

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT PRÜFT EUROPÄISCHEN HAFTBEFEHL

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am 13. und 14. April über die Vereinbarkeit des europäischen Haftbefehls mit dem Grundgesetz. In der für Karlsruher Verhältnisse ungewöhnlich aufwendigen Verhandlung geht es um eine Verfassungsbeschwerde des Hamburger Kaufmanns Mamoun Darkazanli, dessen Auslieferung

an Spanien das Karlsruher Gericht im Dezember gestoppt hatte. Die Anwälte des Deutsch-Syrers beanstanden, dass auf Grund des europäischen Haftbefehls Deutsche auch dann ausgeliefert und im Ausland verurteilt werden können, wenn ihre Tat in Deutschland nicht strafbar ist.

(Quelle: Hamburger Abendblatt, 24. Februar 2005, <http://www.abendblatt.de/daten/2005/02/24/402917.html>)

WAS VERBIRGT SICH HINTER DER „LISSABON-STRATEGIE“ DER EUROPÄISCHEN UNION?

(Es handelt sich bei diesem Text um eine jüngst veröffentlichte Basisinformation von Attac Stuttgart und Region. Textentwurf: Annette Groth.)

EU soll wirtschaftliche Führungsmacht werden

Im Jahr 2000 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel in Lissabon, die EU „bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Diese Lissabon-Strategie hat den gleichen Stellenwert als Motor für die europäischen Integrationsprozesse wie die Errichtung des Binnenmarktes, die Einführung des Euro und die EU-Erweiterung. Aus diesem Grund ist sie von herausragender Bedeutung.

Im Dezember 2004 versprach EU-Kommissionspräsident Barroso der UNICE, der europäische Vereinigung von Industrie- und Arbeitgebern und einer der bedeutendsten Lobbyverbände in Brüssel, das Vorantreiben der Lissabon-Strategie sei höchstes Ziel der von ihm geleiteten Kommission. So sieht das auch der neue Handelskommissar Peter Mandelson.

Und EU-Industrie-Kommissar Verheugen erklärte bei seiner Anhörung im EU-Parlament, er wolle sämtliche Instrumente einsetzen, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie „auf dem Weltmarkt mithalten können“.

In seiner Generaldirektion Industriepolitik sind vier neue Abteilungen eingerichtet worden, die alle Gesetzesvorhaben der übrigen Kommissare (vor allem im Umwelt-, Verbraucher- und Sozialbereich) auf ihre Vereinbarkeit mit den Wachstumszielen von Lissabon überprüfen sollen.¹ Kanzler Schröder möchte im Interesse der Wachstumsziele die Fusionskontrolle lockern, um die Bildung europäischer Konzernriesen zu erleichtern. Und die Industrie verlangt in dem Zusammenhang ein „Moratorium“, also einen Stop bei der EU-Sozialgesetzgebung.

„Halbzeitstudie“: der Masterplan zur Umsetzung

Im November 2004 wurde die Halbzeit-Studie der Lissabon Strategie „Die Herausforderung annehmen“ publiziert. Sie ist nicht nur eine Bilanz der bereits eingeleiteten Schritte auf dem Weg zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“, sondern mehr noch ein Masterplan zur Erreichung dieses Ziels. Diese Empfehlungen, verfasst von einer 13-köpfigen Sachverständigengruppe unter Leitung des ehemaligen holländischen Ministerpräsidenten Wim Kok, in der auch der Vize-Präsident von Nokia und der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) mitwirkten, sollen im März 2005 anlässlich des nächsten EU-Gipfels von den Staatschefs verabschiedet werden.²

Um die Ziele der Lissabon-Strategie zu realisieren, soll unter anderem die Erwerbstätigenrate auf europaweit 70% ansteigen. Dass dieses Ziel trotz der anhaltend großen Arbeitslosigkeit in der EU bei gleichzeitiger Verlängerung statt Verkürzung der Arbeitszeiten so angepeilt wird, lässt tief blicken. Denn nicht einmal der größte Wachstumsillusionist kann glauben, dies sei ohne drastische Lohnsenkungen möglich. Diese können zwar statistisch die Arbeitslosigkeit eindämmen, faktisch führen sie zu einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften, die nicht besser gestellt sind als ein großer Teil der Arbeitslosen heute. Demgegenüber erfordert dann das „Lohnabstandsgebot“, die Arbeitslosen wiederum deutlich schlechter zu stellen als heute.

Es ist zu befürchten, dass Arbeitssuchende zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden und dass Hartz IV und die Ich-AG's erst der Anfang einer Entwicklung sind, bei der die Länder mit den niedrigsten Sozialstandards in Europa beispielgebend für die anderen EU-Mitgliedsstaaten werden.

Damit „sich Arbeit wieder lohnt“, werden europaweit die Sozialleistungen bis unter das Existenzminimum gedrückt. Man erweckt den Eindruck, dass die tendenzielle Angleichung der Löhne nach unten die einzige Möglichkeit sei, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu können. Das nennt man dann: die „Wettbewerbsfähigkeit“ steigern.

„Reform“konzept Sozialabbau

Um die Akzeptanz der Lissabon-Strategie zu erhöhen, sollen Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen „konstruktiv“ an den „Reformen“ mitarbeiten. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen „nationale Programme ausarbeiten, mit denen sie sich zur Durchführung von Reformen verpflichten und Bürger und Stakeholder (betroffene Interessengruppen) in den Prozess einbinden.“

Damit sind die „Renten-, Gesundheits- und Sozialreformen“ gemeint, die bei uns in dem nicht zuletzt neue Armut produzierenden Hartz-IV-Programm gipfeln. Agenda 2010 und Hartz IV sind Teil einer europäischen „Reform- und Wachstumsstrategie“, die zwar den Konzernen Riesengewinne beschert, jedoch Arbeitsplätze eher vernichtet als schafft - und Kosten für Alters- und Gesundheitsversorgung zunehmend den Einzelnen aufbürdet.

ZEITAFEL DER ENSCHEIDUNGEN ÜBER DIE RATIFIZIERUNG DER EU-VERFASSUNG

11. November 2004: Litauen ratifiziert den Verfassungsvertrag.

20. Dezember 2004: Ratifizierung durch das ungarische Parlament.

12. Januar 2005: Ratifizierung durch das Europäische Parlament.

25. Januar 2005: Das italienische Abgeordnetenhaus stimmt zu, zur endgültigen Ratifizierung ist noch das Votum des Senats erforderlich.

1. Februar 2005: Ratifizierung durch das Parlament Sloweniens.

20. Februar 2005: Konsultatives Referendum in Spanien (76,7 pro, 17,3 Prozent contra, Beteiligung 42,3 Prozent).

12. Mai 2005: vorläufiger Termin für die geplante Ratifizierung im Deutschen Bundestag. In Deutschland wird es voraussichtlich keine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung geben, nachdem sich die SPD hinter der Ablehnung der Union versteckt.

29. Mai 2005: Referendum in Frankreich.

Mai oder Juni 2005: Referendum in den Niederlanden.

10. Juli 2005: Referendum Luxemburg.

Herbst und Winter 2005: Referendum in Polen, zusammen mit den Präsidentschaftswahlen. Referendum in Irland. Referendum in Belgien wird voraussichtlich abgesagt.

März, eventuell auch erst September 2006: Referendum in Großbritannien.

Juni 2006: Referendum in der Tschechischen Republik

2. Jahreshälfte 2006: Referendum in Dänemark. Ratifizierung durch das schwedische Parlament, evtl. Referendum.

Quelle: <http://www.europeannocampaign.com/12.html>

Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten Voraussetzung des Inkrafttretens der Verfassung*

Artikel IV-446 Geltungsdauer

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel IV-447 Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die hohen Vertragsparteien im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

(2) Dieser Vertrag tritt am 1. November 2006 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des zweiten auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.

* Auszug aus Teil IV Allgemeine und Schlussbestimmungen des im Amtsblatt der EU veröffentlichten Textes des Verfassungsvertrags <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/JOhtml.do?uri=OJ:C:2004:310:SOM:DE:HTML>

Aufgrund eines ruinösen Wettbewerbs um die niedrigsten Steuern für Unternehmen, nochmals verschärft durch die EU-Erweiterung, haben Staat und Kommunen immer weniger Einnahmen. Statt ernsthaft nach Wegen zur nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben unter Globalisierungsbedingungen zu suchen und aus der Zivilgesellschaft hierzu gemachte Vorschläge ernsthaft zu prüfen, hat man „Reformen“ auf den Weg gebracht, deren Kern in drastischen Kürzungen im Sozialbereich besteht. Die Gewerkschaften hat man bereits erfolgreich in die Defensive gedrängt. Erpressung gewerkschaftlicher Zustimmung zu Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung durch die Drohung, Arbeitsplätze zu verlagern, kommt immer mehr in Mode.

Die Liberalisierung - und das heißt in der Realität die immer weitere Kommerzialisierung - des Dienstleistungsbereichs und die Deregulierung der Finanzmärkte werden als geeignete Mittel empfohlen, um die Lissabon-Ziele zu erreichen. Dies obwohl namhafteste Ökonomen bereits seit langem „gezeigt haben, dass die früher behauptete Effizienz vollständig deregulierter und deshalb sich selbst überlassener Finanzmärkte mehr als fraglich ist.“³

Welche Wirtschaft wird gefördert?

Darüber hinaus wird appelliert, das Klima für Unternehmen zu verbessern und „Hindernisse abzubauen“. Man lasse sich nicht täuschen: Hier geht es nicht um die Schaffung der Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige, strukturell und regional ausgewogene sozialverantwortliche Wirtschaft - die auch den Mittelstand und die lokale Geschäftswelt sichern würde. Daran müsste jedermann ein Interesse haben. Die Lissabon-Strategie fördert jedoch gezielt weltweit tätige Großkonzerne und baut die Sozialbindung der Wirtschaft ab, das heißt vor allem auch die Möglichkeiten der Menschen, Rahmenbedingungen für die Ökonomie demokratisch zu entwickeln.

Man schaue doch den Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie im Binnenmarkt an und man wird sehen, was konkrete Umsetzung der Lissabon-Strategie bedeutet: In Zukunft sollen „Dienstleistungserbringer“ nicht mehr den Regeln des Landes unterliegen, in dem sie tätig sind, sondern allein denen ihres „Herkunftslands“. Wenn diese Richtlinie Gesetz wird, können sich Großunternehmen durch Sitzverlagerung oder durch simple Gründung einer Briefkasten-Firma im EU-Ausland lästiger inländischer Auflagen entledigen. Örtliche Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen, Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz könnten auf einfache und billige Weise unterlaufen werden. Sie sind offenbar nur „Wettbewerbshemmnisse“, die im Rahmen der Lissabon-Strategie abgebaut werden sollen, um dauerhaft die Standortkonkurrenz gegenüber den USA und Asien gewinnen und zu einer „wirtschaftlichen Führungsmacht“ zu werden (Halbzeitstudie, S. 9).

Muss Europa Weltmacht werden?

Ganz unverhohlen wird ein Weltmachtanspruch angemeldet. Für Kommissar Verheugen ist das „Gebot der Stunde“, „dass sich Europa etablieren muss als eine Weltmacht, die einen Gestaltungsanspruch erhebt. (...) Wir wollen eine Weltmacht anderen Typs sein - aber schon eine, die ihre Interessen und ihren Gestaltungswillen bei der Lösung globaler Probleme notfalls mit robusten Mitteln schützen kann.“⁴ Entspricht dies wirklich den Lehren aus der Geschichte eines Kontinents, der doch wie kein anderer jeder Form der Machtpolitik gegenüber skeptisch geworden sein sollte?

Grenzen von Wachstum und Wettbewerb

Die EU-Verantwortlichen singen das Hohe Lied von Wachstum und „Wettbewerbsfähigkeit“. Es wird gefordert „den Pro-Kopf-Output anzuheben“, das Arbeitskräftepotential besser zu nutzen „durch eine Steigerung der Beschäftigung und durch eine Erhöhung der Zahl der im Verlauf des Erwerbslebens geleisteten Arbeitsstunden“ (Halbzeitstudie, S. 18). Damit suggeriert man sich und anderen, dass Wachstum Arbeitsplätze schafft. Dies entspricht jedoch schon lange nicht mehr der Realität, für die „jobless growth“, Wachstum ohne neue Arbeitsplätze, charakteristisch geworden ist. Steigende Aktienkurse und Unternehmensgewinne gehen nicht mit mehr Beschäftigung einher, sondern sind oft gerade die Folgen von Arbeitsplatzvernichtung. Auch lässt in vielen Bereichen die materielle Versorgung mit Gütern eine Steigerung kaum mehr zu. Vor allem aber stößt materielles Wachstum an die Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt. Luftverschmutzung und Lärmbelastung durch zunehmenden Auto- und LKW-Verkehr mögen als Stichworte für die Senkung der Lebensqualität durch diese Art des Wachstums genügen.

Gewiss gibt es gerade im Bereich des Umweltschutzes und der Steigerung der Ressourcenproduktivität noch sinnvolle Wachstumsziele. Die zunehmende Steigerung der Arbeitsproduktivität, die ermöglicht mit immer weniger Menschen immer mehr zu produzieren, verlangt jedoch nach einer Form der Umverteilung, die es Menschen durch ein anständiges Einkommen möglich macht, sich Aufgaben in der Nicht-Ökonomie zu suchen. Nur so kann die Unterversorgung in Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und ähnlichen Bereichen überwunden werden. Nur so kann die kulturelle Kreativität der Menschen wirksam werden, ohne deren Anerkennung das Wort „europäische Identität“ floskelhaft bleiben muss.

Zivilgesellschaftliche Alternativen zur Lissabon-Strategie

Angesichts des umfassenden Charakters der Lissabon-Strategie ist es Zeit, diese in der europäischen Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Tragweite zur Kenntnis zu nehmen. Dies um so mehr, als die in der Halbzeitstudie vorgestellten Maßnahmen bereits auf dem nächsten EU-Gipfel im März dieses Jahres „abgesegnet“ werden sol-

len. Dann würden weitere „Reformen“ eingeleitet und Einschnitte in die Sozialsystemen vollzogen werden. So wichtig es ist, dass viele Gewerkschaften, Attac und selbst etliche Arbeitgeberverbände in ganz Europa gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie protestieren: diese Richtlinie ist nur Ausdruck eines größeren Projekts, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Zu diesem Projekt sollte die europäische Zivilgesellschaft eine ebenso umfassende Alternative entwickeln:

- Nachhaltige Finanzierung von Gemeinaufgaben statt weiterer Sozialabbau
- Eine Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben und neue selbstbestimmte Arbeit ermöglicht, - an Stelle von Hartz IV und ähnlichen Programmen
- Eine effektive und gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkünften, Spekulationsgewinnen und Erbschaften, - ein EU-Steuersystem, das Steuerdumping nicht zulässt, - die Austrocknung aller Steueroasen
- Entwicklung eines modernen öffentlichen Sektors, der auf der Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher gemeinwesenorientierter Träger basiert, statt weiterer Kommerzialisierung von Dienstleistungen
- Förderung neuer Formen des Umgangs mit Geld und Kapital, die Wachstumszwänge durch Zinseszins-effekte beseitigen, - statt Förderung der Finanzspekulation und Deregulierung der „Finanzmärkte“
- Konsequente Orientierung der europäischen Politik an den individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechten und am Subsidiaritätsprinzip, das der Selbstorganisation der Beteiligten und Betroffenen den Vorrang vor Reglementierung durch Bürokratie oder Marktmechanismen

Anmerkungen

- 1 Handelsblatt, 27.12.04.
- 2 Vergl. „Die Herausforderung annehmen“, Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, S. 6, http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/2004-1866-DE-complet.pdf
- 3 Wolfgang Filc: Die Sozialbindung des Kapitals - Grenzen des Freien Kapitalverkehrs. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/2002. Filc verweist darauf, dass die Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften der Jahre 2001 und 2002 - George Akerlof, Michael Spence und Joseph Stiglitz bzw. Daniel Kahnemann und Vernon Smith für Forschungen ausgezeichnet wurden, die bereits vor langer Zeit zu eben jenem Ergebnis gekommen seien.
- 4 „Europa muß Weltmacht werden!“, Interview mit Günther Verheugen in der Zeitschrift „Internationale Politik“, Jan.2005, S. 34)

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG: BLICK AUF DIE GEISTIGE VERFASSUNG EUROPAS

Wilhelm Neurohr

Weit über 60.000 Menschen aus allen EU-Staaten demonstrierten am 19. März 2005 in Brüssel, viele Tausende weitere vor Ort in den einzelnen Ländern. Im Oktober 2004 auf dem Europäischen Sozialforum in London war dieser Aktionstag von der „Versammlung der sozialen Bewegungen“ beschlossen worden. Im Mittelpunkt der Aktionen stand der europaweite Sozialabbau, für den die EU den Bezugsrahmen darstellt, sowie die umstrittene EU-Dienstleistungsrichtlinie zur Handelsliberalisierung und vor allem die EU-Verfassung, die die Defizite in der geistigen Verfassung Europas zutage treten lassen. Da diese bei den alles überlagernden ökonomischen und staatspolitischen Themen in dem sich formierenden Europäischen Einheitsstaat kaum im Blick sind, wollte die Zivilgesellschaft am 19. März die Aufmerksamkeit nicht zuletzt darauf lenken.

In der Strategie von Lissabon wurde im Milleniumsjahr 2000 das Ziel formuliert, die EU mit dem europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum“ auf dem Weltmarkt zu machen. Dazu dient auch der heftig umstrittene Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie - nach dem zuständigen EU-Kommissar und Verfasser auch „Bolkestein-Direktive“ benannt - die in Europa noch weitreichender wirken wird als das weltweite GATS-Abkommen über den internationalen Handel mit Dienstleistungen.

Nach dieser Gesetzesvorlage sollen die Anbieter von Dienstleistungen fast aller Branchen im Wesentlichen nur den gesetzlichen Vorschriften ihrer Herkunftsländer unterworfen sein. Damit wird nicht nur die Abwärtsspirale bei den sozialen Standards einschließlich der Tarif- und Lohnstandards weiter vorangetrieben, sondern auch der „wettbewerbshemmende“ Umweltschutz, Verbraucherschutz und Arbeitsschutz nach jeweiligem nationalem Recht sollen durch diese Direktive regelrecht ausgehebelt werden, so befürchten die Kritiker.

Der deutsche Bundespräsident Gerhard Schröder hat deshalb die Auseinandersetzung um die von Wirtschaftsminister Clement uneingeschränkt befürwortete EU-Dienstleistungsrichtlinie zur „Chefsache“ erklärt, weil er Lohndumping in Deutschland befürchtet und damit eine Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit durch billige Arbeitskräfte aus Süd- und Osteuropa. Seit der EU-Osterweiterung im Mai vergangenen Jahres haben bereits allein 26.000 Beschäftigte in der deutschen Fleischindustrie ihre Arbeitsplätze an Billigkonkurrenz aus Osteuropa verloren. Innerhalb weniger Monate sei ein Milliarden-Markt mit mafiösen Strukturen, Lohndumping und moderner Sklaverei entstanden, sagten Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten.

Der Wettkampf um die niedrigsten Löhne, die schwächsten Umwelt- und Sozialstandards und den wirkungslosesten Verbraucherschutz als Gemeinschaftsprinzip?

Bundesregierung und Gewerkschaften sowie Wirtschaftsverbände befürchten gemeinsam ähnliche Effekte in anderen deutschen Wirtschaftszweigen wie Handwerk und Gesundheitswesen. Durch das sogenannte „Herkunftslandprinzip“ würde die EU-Dienstleistungsrichtlinie von Bolkestein es ermöglichen, dass deutsche Unternehmen sich als Briefkastenfirmen auch im europäischen Ausland niederlassen, um dann nach den niedrigsten Gesetzesstandards und Tarif- und Umweltstandards anderer Länder ungehindert im Inland die nationalen Gesetze und Rechtsverordnungen auszuhebeln. Künftig würden dann nicht die Arbeitsplätze ins billigere Ausland abwandern, sondern die billigeren Arbeitskräfte im Inland zu andersartigen und inakzeptablen Bedingungen arbeiten. Darum hat Bundeskanzler Schröder mit EU-Kommissionspräsident Barroso über umfangreiche Ausnahmeregelungen für Deutschland verhandelt.

Kann es aber Sinn des europäischen Zusammenschlusses sein, dass alle nach Vorteilen für das jeweils eigene Land streben, anstatt wirtschaftlich und sozial zu kooperieren und auszugleichen? Ist Konkurrenzkampf und Marktfundamentalismus im europäischen Binnenmarkt geeignet, eine soziale und wirtschaftliche Gemeinschaft voran zu bringen? Ist das im Interesse der Menschen in Europa, und welche Geisteshaltung liegt dem zugrunde? Auf welchem Weg begibt sich Europa in die gemeinsame Zukunft?

Diese Themen und Fragen hat die Zivilgesellschaft deshalb in den Mittelpunkt des Europäischen Aktionstages am 19. März gestellt, zusammen mit der Kritik an der EU-Verfassung. Darin werde nach mehrheitlicher Auffassung auch die seit über 10 Jahren forcierte Militarisierung der EU festgeschrieben, indem die Länder per Verfassung auf Mindestmilitärausgaben und deren Steigerungen festgelegt werden sollen. Durch die Eskalation im Irak würden sich solche Strategen gestärkt fühlen, die Europa als militärisches Gegengewicht zu den USA positionieren wollen. „Der wirtschaftliche Riese soll einen starken militärischen Arm bekommen“, heißt es in einem Flugblatt der Kritiker. Vor diesem Hintergrund sei auch der strittige Vorstoß des deutschen Bundeskanzlers zur Reform des Transatlantischen Militärbündnisses anlässlich der jüngsten NATO-Konferenz zu sehen.

Solidarische und rechtliche Grundlagen für eine andere Politik - wo bleibt der europäische Beitrag zur Erfüllung der UN-Resolutionen zur Armutsbekämpfung?

Die Menschen in Europa, so hoffen die Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Bewegung als Organisatoren des Europäischen Aktionstages, sollen „aufstehen gegen die Fortführung der neoliberalen Politik auf europäischer Ebene und in der Welt, um die Grundlagen für eine

andere Politik zu schaffen - für ein Europa der Rechte und der Solidarität unter den Völkern in internationaler Vernetzung". Stattdessen leisten Länder Europas wie z. B. Belgien zweifelhafte Beiträge zum Frieden etwa in Afrika: Belgische Firmen mit Interessen im Kongo haben die Lizenz zum Bau einer Munitionsfabrik im Nachbarland Tansania, unweit von der Kriegsregion Burundi, erworben. Eine weitere Munitionsfabrik besitzen die Belgier bereits in Kenia. Trotz Protesten von Amnesty international und Pax Christi erfolgt von dort aus die Verbreitung von Kleinwaffen in Afrika, wie kürzlich bekannt wurde. Anlaß für eine Neubesinnung der europäischen Auslands- und Weltpolitik?

Nachdem am Jahresbeginn 2005 wieder im brasilianischen Porto Alegre zum fünften Mal das „Weltsozialforum“ der Zivilgesellschaft stattfand - als Gegenveranstaltung zu dem seit 31 Jahren veranstalteten „Weltwirtschaftsforum“ der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite in Davos - wird bei kritischer Nachbetrachtung beiden zentralen Großveranstaltungen vorgehalten, mittlerweile an die Grenzen ihrer Sinnhaftigkeit gestoßen zu sein. Einzig erwähnenswert sei in diesem Jahr, dass mit Chirac und Schröder erstmals zwei Regierungschefs des reichen Nordens die Frage nach internationalen Steuern (Tobin-Steuer als Abgabe auf Spekulationsgewinne an den internationalen Finanzmärkten) zur Finanzierung dringender globaler Aufgaben zugunsten ärmerer Länder unterstützten, wie seit Jahren durch Globalisierungskritiker von Attac gefordert. Doch bislang konnten sich die beiden Staatschefs nicht einmal gegen die Bedenken und Widerstände der eigenen Wirtschafts- und Finanzminister und der Banken durchsetzen.

Die selbst eingegangenen Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe - Bereitstellung von 0,7% ihres jeweiligen Bruttosozialproduktes - werden nur von vier EU-Ländern erfüllt. Dies stellten die EU-Wirtschaftsminister bei ihrem informellen Treffen in Luxemburg über den europäischen Beitrag zu den von den Vereinten Nationen festgelegten Jahrtausend-Zielen fest. Die Ziele sollten eigentlich bis 2015 erreicht werden. Tatsächlich aber lässt die Hilfe der EU-Mitgliedsstaaten nach einem in Brüssel veröffentlichten, ernüchternden Bericht der Nichtregierungsorganisationen so zu wünschen übrig, so dass sie die Ziele kaum erreichen können.

Deutschland als die stärkste und reichste Wirtschaftsnation Europas liegt mit gerade einmal 0,28% seines Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe an sechstletzter Stelle in der EU. Auch die Bilanz beim Schuldenerlass für die Entwicklungsländer sieht betrüblich aus: Bisher hat Deutschland statt 42 nur 6 afrikanischen Ländern die bilateralen Schulden erlassen. Stattdessen setzen die europäischen Staaten als ehemalige Kolonialmächte ihren politischen Schwerpunkt in der Liberalisierung der Handelspolitik und erklären mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie auch die zwischenmenschlichen Dienstleistungen zu einer bloßen Handelsware.

Orientierung an Rendite statt am Menschen: Freihandel als Unterbietungswettbewerb lässt die soziale Verantwortung der Wirtschaft zum Lippenbekenntnis verkommen

Der Freihandel ist jedoch nicht die beste Rezeptur gegen das Elend in den Entwicklungsländern, denn die Menschen in den armen Staaten brauchen keine Almosen, sondern eine gerechte und gesunde Ordnung der Weltwirtschaft - im Geiste der sozialen Dreigliederung. Was trägt Europa aus geistiger Sicht dazu bei? Gäbe es nicht die zivilgesellschaftlichen Initiativen, würde von offizieller staatlicher und wirtschaftlicher Seite reichlich wenig dazu beigetragen. Insbesondere die deutsche Wirtschaft betätigt sich stattdessen als „Exportweltmeister“ und damit als Beschleuniger des Unterbietungswettbewerbes, bei dem nicht mehr der Mensch, sondern fast nur noch die Rendite zählt.

Auf den Konferenzen in Davos und Brüssel ist die soziale Verantwortung oftmals nur noch ein Lippenbekenntnis, denn auch die sozialen und ökologischen Faktoren werden in dieser Denkweise zunehmend ökonomisiert. Es geht vorrangig um Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung in Form von Kommerzialisierung, gemäß dem neoliberalen Credo des Washington-Konsenses von 1989, der die Marktliberalisierung mit dem Standortkonkurrenzkampf zum Patentrezept erkoren hat.

Die „Hilfe“ für Entwicklungsländer reduziert sich auf Marktöffnung und Wirtschaftswachstum, weil Entwicklung und Freihandel gleichgesetzt werden und die Rolle des Staates darauf beschränkt wird, Freihandelsbedingungen zu verbessern - als das angeblich beste Rezept gegen das Elend in der Welt, trotz vielfach gegenteiliger Wirkungen. Gerade hat der Wettbewerb wieder einmal den neoliberalen Marktmythos bestätigt, dass die Liberalisierung des Agrarhandels der Schlüssel zur Armutsbekämpfung sei, obwohl dadurch lediglich die reichen Länder und die großen Lebensmittelkonzerne immer reicher werden. Fairer Handel bekommt keinen Vorrang vor freiem Handel, auch wenn dadurch die Menschenrechte der UN-Konvention für die Menschen in den Verlierer-Ländern unter die Räder geraten.

Die Beeinflussung der EU-Verfassung von einseitigen Wirtschaftsinteressen und neoliberalen Denken statt durch den europäischen Geist der Zivilgesellschaft - sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt oder Rückschritt?

Da die Ernährung der Armen durch den Agrarhandel weder sicherer noch reichhaltiger geworden ist, stellt sich die Frage, welchen Zwecken die Liberalisierung ohne Kurskorrektur am Welthandels- und Finanzsystem dient. Die Sicherung von Rahmenbedingungen für den fragwürdigen Freihandel, in dem nun auch der Dienstleistungshandel inbegriffen sein soll, ist kein Thema. An einer gerechten, brüderlichen Verteilung des global geschaffenen Reichtums ist die EU nicht wirklich interes-

siert - im Gegenteil: Die EU-Verfassung ist in weiten und entscheidenden Teilen von dem neoliberalen Gedankengut und damit gerade nicht von europäischem Geist und Rechtsverständnis geprägt, wie es die Zivilgesellschaft einfordert.

Um so spannender sind die bevorstehenden Volksabstimmungen über die Europäische Verfassung in zehn Mitgliedstaaten, denn ohne Ratifizierung in allen Ländern kann sie im November 2006 nicht in Kraft treten. Während Litauen, Ungarn und Slowenien den Verfassungsvertrag bereits durch parlamentarische Abstimmung ratifiziert haben, hat Spanien gerade die Volksabstimmung hinter sich gebracht - bei niedriger Wahlbeteiligung. In Polen und Tschechien ist wohl ebenfalls mit einer mehrheitlichen Zustimmung zu rechnen. Ob die europakritischen Briten nächstes Jahr ihre Zustimmung verweigern und ob die zur Abstimmung aufgerufenen Franzosen zustimmen, darauf blickt nun ganz Europa. Droht andernfalls der Zerfall der europäischen Staaten- und Wirtschaftsgemeinschaft und damit der EU?

In Frankreich braut sich vielleicht eine knappe Volksmehrheit gegen die Verfassung zusammen, so befürchten Beobachter, woraufhin Präsident Chirac eine zeitliche Abkürzung der Diskussionen erwogen hat. Die Stimmung in mehreren Ländern droht umzukippen, teils wegen der nationalen und egoistischen Sichtweisen, teils auch wegen der negativen sozialen Folgen der Konkurrenzwirtschaft innerhalb des Binnenmarktes und der daran orientierten EU-Politik, die von den Menschen vielfach als sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Rückschritt statt als Fortschritt erlebt und empfunden wird. In Deutschland hat man gar nicht erst die Volkssouveränität bei einer Verfassungsgebung zugestanden.

Wäre jedoch eine Vielstimmigkeit statt Einstimmigkeit im europäischen Einheitsstaat tatsächlich das Ende Europas? Würde nicht vielmehr der von einseitiger Wirtschaftsdominanz und Binnenmarktorientierung geprägte Staatenbund endlich zu einer bisher vernachlässigten, dringend nachzuholenden Diskussion mit der Zivilgesellschaft gelangen, wie es denn eigentlich um die geistige Verfassung dieses vereinten Europa bestellt ist?

Wie ist eigentlich das gemeinsame Leitbild von der Rolle und Aufgabe Europas in der Welt, jenseits wirtschaftlicher und machtpolitischer oder militärischer Interessen? Da gibt es auch in der Verfassung vieles zu verbessern und nachzuarbeiten, wenn sich die Menschen in Europa aus ihrem Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden und vor ihren kulturellen Hintergründen und Bedürfnissen mit der EU identifizieren sollen.

Deshalb wird die eigentliche Diskussion um die EU-Verfassung nicht bis 2006 abgeschlossen sein, sondern dann erst richtig beginnen.

DIE WAHL UND DIE BILDUNG - DAS SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE DENKMAL*

Henning Kullak-Ublick

„Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.“ Diese Worte schrieb der preussische Minister und weltberühmte Universitätsgründer Wilhelm von Humboldt vor mehr als 200 Jahren an seinen Kabinettschef Uhden. Vor dem Hintergrund der Wahl in Schleswig-Holstein bekommen sie eine fast gespenstische Aktualität: Zwei Abgeordnete werden - falls sich nicht doch wider Erwarten eine große Koalition bildet - in dem nördlichsten Bundesland darüber entscheiden, ob sich die rot-grünen oder die schwarz-gelben Konzepte in der Bildungspolitik durchsetzen können.

Ein Verlierer steht jetzt schon fest: Es ist der so gern bemühte Wählerwille, denn wer immer sich bei diesem Machtgerangel durchsetzen wird, er repräsentiert nur jene Minderheit, die erstens gewählt hat und zweitens die Schulpolitik der regierenden Koalition unterstützt. Muss das so sein? Ist es ein hinzunehmender Kollateralschaden der repräsentativen Demokratie, dass die Bildung als wichtigste aller öffentlichen Aufgaben von solchen Zufällen wie dem Ausgang dieser Wahl geprägt wird? Gehört die Zukunft unserer Kinder überhaupt zum Territorium parteipolitischer Interessen?

Gerade jene drei Länder, die bei der PISA-Studie ganz vorne lagen - Finnland, Schweden und die Niederlande -, zeigen, dass es auch ganz anders geht. Schon vor Jahren machte man dort Schluss mit dem pädagogisch völlig unsinnigen staatlichen Schulmonopol, das in Deutschland noch immer weit gehend das Denken der Bildungspolitiker prägt. Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft führen in diesen Ländern eine selbstverständliche und friedliche Koexistenz. Sie arbeiten unter absolut gleichberechtigten Bedingungen und folgen damit der einfachen Erkenntnis, dass ein Raum nicht dunkler wird, wenn man mehrere Lichter in ihm anzündet.

Schulvielfalt und der Wettbewerb um pädagogische Konzepte wird in diesen Ländern nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen. Es gehört ganz einfach zum Selbstverständnis dieser an der individuellen Förderung orientierten Schulsysteme, die eigenen Ideen mit den Erfahrungen der Konkurrenz zu bereichern. In Finnland machen die freien Schulen bereits ein Viertel der Schullandschaft aus, in den Niederlanden haben sogar 75% der Schulen nichtstaatliche Träger. Das Ergebnis gibt ihnen, wie nicht nur PISA gezeigt hat, Recht.

In Deutschland wird die Frage nach dem „richtigen“ Schulsystem dagegen mit einer ideologischen Härte geführt, die sich nur damit erklären lässt, dass hier um eines der letzten Bärenfelle gekämpft wird, welche den Politikern noch zum Verteilen übrig geblieben sind. Seit 1794 das „Allgemeine Preussische Landrecht“ mit dem Satz: „Die Schule ist eine staatliche Veranstaltung“ klar stellte, dass der Staat den Kirchen einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das private Leben seiner Un-

tertanen abzunehmen gedachte, war das deutsche Schulwesen in nicht weniger als fünf Staatsformen Spielball der jeweiligen politischen Interessen: Auf die Kaiserzeit folgte die Weimarer Republik, danach die Nazidiktatur, der wiederum die Bundesrepublik und die DDR, bis die deutsche Einheit jedenfalls für die BürgerInnen der DDR einen weiteren Regimewechsel mit sich brachte. In jüngster Zeit machte die neu aufgeflamte Föderalismus-Debatte deutlich, dass die an sich sehr fruchtbare Idee der Subsidiarität im Schulwesen ad absurdum geführt wird, wenn sie zu sechzehn Landes-Zentralen führt, die von den Interessen der jeweils regierenden Parteien abhängig sind. Hier zeigte sich - von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen - besonders deutlich die Phantasielosigkeit einer auf den schulpolitischen Obrigkeitsstaat abgerichteten Politikerkaste, die nicht etwa das Subsidiaritätsprinzip bis hin zur einzelnen Schule weiter dachte, sondern statt dessen auf noch mehr Vereinheitlichung und Zentralismus verfiel.

Noch einmal Wilhelm von Humboldt: „Man muss so viel Freiheit lassen als möglich. In Schulsachen muss das Regieren so viel als möglich ganz eingehen (im Sinne von aufhören, Anm. d. Verf.)“. Was könnte das für Schleswig-Holstein bedeuten? Eine wirklich zivilgesellschaftlich-demokratische und dabei auch salomonische Lösung der ideologisch aufgeheizten Debatte um die Zukunft des Schulwesens im Lande könnte darin bestehen, nach niederländischem und skandinavischem Vorbild dafür zu sorgen, dass Schule auch in Deutschland endlich eine Angelegenheit der mündigen Bürgerinnen und Bürger wird. Konkret hieße das:

- Weit gehende wirtschaftliche und rechtliche Selbstständigkeit der einzelnen Schulen,
- Verantwortung der einzelnen Schulen für die Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Konzepte,
- Grundfinanzierung der Schulen über Schülerkopfpauschalen, also nach tatsächlicher Schülerzahl (wobei sozial benachteiligte Standorte mit zusätzlichen Mitteln gefördert werden könnten),
- Gleichberechtigung der Schulen in freier Trägerschaft und Abschaffung der Wartefristen bei Neugründungen,
- Qualitätsentwicklung und Evaluierung der Schulen durch unabhängige, aber sorgfältig akkreditierte Institutionen eigener Wahl.

Die Kombination der hier skizzierten Maßnahmen würde die Initiative wieder dorthin verlegen, wo sie alleine fruchtbar sein kann: in die einzelne Schule vor Ort. Wem schadet es, wenn sich das dreigliedrige und ein Gemeinschaftsschulwesen parallel entwickeln und die Eltern bzw. die älteren Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden, welchem System sie sich anvertrauen wollen? Der Gewinn durch die subsidiäre Verlagerung der Verantwortung zu den pädagogisch Handelnden wäre mit Sicherheit dem Vertrauensverlust und der Frustration vorzuziehen, die uns aus den Parteizentralen erwarten, wenn Programme durchgesetzt werden.

Johann Wolfgang von Goethe: „Welche Regierung die Beste sey? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren!“

(Der Text ist entnommen aus dem elektronischen Rundbrief der Aktion Mündige Schule vom 26.2.05. Der Rundbrief kann bestellt werden unter info@freie-schule.de, www.freie-schule.de)

SCHUTZ KULTURELLER VIelfALT

Vom 1. bis 12. Februar fanden in Paris Verhandlungen über das geplante UNESCO-Abkommen zum Schutz kultureller Vielfalt statt. Sie sollen voraussichtlich im Mai fortgesetzt werden. Die UNESCO-Generalversammlung soll das Abkommen dann im Oktober ratifizieren. Experten aus 190 Staaten hatten darüber diskutiert, wie kulturelle Güter und Dienstleistungen von normalen Handelsgütern abgegrenzt werden können. Viele beteiligte Staaten hoffen, das Abkommen als völkerrechtlich verbindliches Instrument gegen die Kommerzialisierung der Kultur und zur Verteidigung ihrer Kulturpolitik bei den GATS-Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO verwenden zu können. Damit wollen sie die Aufhebung von Quotenregelungen in der Filmwirtschaft entgegenreten und die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie Subventionen für Theater, Opernhäuser, Bibliotheken und Museen verteidigen. Letztlich geht es auch, wie Mark Siemons in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (vom 01.02.2005, S. 35) schreibt, um „eine neue Art Gewaltenteilung zwischen den internationalen Organisationen“.

Jedoch sind keineswegs alle Länder für das Abkommen. Man vermutet, dass die USA nach 19 Jahren Abwesenheit vor allem deshalb der UNESCO wieder beigetreten sind, um es zu verhindern. 2003 haben sie mit Großbritannien, Australien und Dänemark zusammen ein Gegenpapier vorgelegt, das dem umfassenden Freihandel mit Kultur das Wort redet. Die deutsche Kulturstatsministerin Christina Weiss warnte dagegen davor, kulturelle Waren und Dienstleistungen „allein durch die Brille des Handelsrechts“ zu sehen. Auch der französische Premierminister Jean-Pierre Raffarin ist dafür, der UNESCO zum Schutz kultureller Vielfalt neue Aufgaben zu übertragen. Präsident Jacques Chirac unterstützt die Initiative.

Dieses Verhalten widerspricht freilich in vieler Hinsicht der Position, die Deutschland und Frankreich im Rahmen der EU bei den WTO-Verhandlungen bezogen haben, und es läuft auch der stärkeren Bindung an die WTO zuwider, die in der EU-Verfassung formuliert wird. Gleiches gilt auch für die Ankündigung die Kulturminister aus Deutschland, Frankreich und Polen, die in einer gemeinsamen Erklärung Ende November 2004 die Paraphierung einer Europäischen Charta für Kultur angekündigt haben, über die im Frühjahr in Paris weitere Gespräche unter den europäischen Kulturministern geführt werden sollen. Diese Erklärung war bei einer Konferenz unterzeichnet worden, die unter dem Titel „Europa eine Seele geben“ in Berlin stattfand und zu der 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur gekommen waren. Weitere EU-Kulturminister haben bereits ihre Unterstützung der Initiative angekündigt.

GERALD HÄFNER ERHÄLT DEN NATIONAL LEADERSHIP AWARD IN DER KATEGORIE „VERBESSERUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS“

Für sein Engagement für die direkte Demokratie wurde Gerald Häfner am 18. Februar mit dem National Leadership Award des Economic Forum Deutschland (EFD) ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte im Rathaus Schöneberg im Rahmen des jährlich vom EFD ausgerichteten Wirtschaftsgipfels durch Prof. Dr. Gerd Habermann.

„Gerald Häfner bekommt den National Leadership Award für seine Verdienste zur Reform der deutschen Demokratie“, so Habermann in der Laudatio. „Mit ihm zeichnen wir auch seinen großartigen Verein ‚Mehr Demokratie e.V.‘ aus.“. Häfner, Jahrgang 1956, ist nicht nur Mitbegründer von Mehr Demokratie, sondern auch der Initiative Netzwerk Dreigliederung und Mitautor der Vorschläge der Initiative zur europäischen Verfassungsentwicklung. In seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen setzte er sich zuallererst für die Verankerung von Volksabstimmungen im Grundgesetz ein. Durch einen von ihm initiierten Gesetzentwurf gelang es im Jahr 2002 erstmals, im Bundestag eine Mehrheit für die Einführung der Volksabstimmung zu gewinnen, auch wenn das Gesetz die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit verfehlte.

Das EFD versteht sich als eine überparteiliche Plattform mit dem Ziel, den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik und die Umsetzung innovativer Konzepte zu fördern, was auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland stärken soll. Mit dem Preis werden herausragende Leistungen in bestimmten Wirtschafts- oder Politikbereichen, Zivilcourage und unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung gewürdigt.

BADEN-WÜRTTEMBERG: DEMOKRATIE-BÜNDNIS LEGT GESETZENTWURF VOR

Mit einem eigenen Gesetzentwurf will das Bündnis „Mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ den Weg für bessere Bürgerentscheide frei machen.

Der Entwurf, der am 24. Februar der Öffentlichkeit präsentiert wurde, sieht die Anpassung der gesetzlichen Regelungen an das bürgerfreundliche bayerische Vorbild vor. Falls die Landesregierung nicht auf den Vorschlag eingeht, will das Bündnis im Sommer die Unterschriften für den Zulassungsantrag eines Volksbegehrens sammeln.

Den Gesetzesentwurf nebst Presseerklärung und weiteren Informationen findet man unter www.mitentscheiden.de

GANZHEITLICHE ENTWICKLUNG SICHERT DIE NACHHALTIGKEIT

Der erste ägyptische Wettbewerbsbericht

Christina Boecker

Seit letztem Jahr hat sich für SEKEM verstärkt die Möglichkeit geboten, sich im öffentlichen Leben in Ägypten zu engagieren und die eigenen Ideen in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Besonders durch den Alternativen Nobelpreis und durch die Auszeichnung durch die Schwabstiftung zum „Outstanding Social Entrepreneur“ wurde ein ganz neuer Gesellschaftskreis in Ägypten aufmerksam auf die Ideen und Konzepte von SEKEM. SEKEM´s Stimme bekam ein neues Gewicht. Im November wurde der erste Erfolg sichtbar von der Arbeit des Egyptian National Competitiveness Council (etwa: Ägyptischer Nationaler Rat für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes), dessen Gründung auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos beschlossen und maßgeblich von Helmy Abouleish gefördert wurde.

Der Rat hat den ersten ägyptischen Wettbewerbsbericht herausgebracht, in dem nach wissenschaftlichen Maßstäben der Entwicklungsstand des Landes dargestellt wird. Außerdem hat der Rat eine Vielzahl von detaillierten Vorschläge erarbeitet, die zusammen mit dem Bericht der ägyptischen Regierung vorgelegt wurden.

Für interessierte Leser kann der gesamte Bericht auf der Webseite des Rats in englischer Sprache eingesehen werden unter www.encc.info. Als wichtigste Erkenntnis konnte durch den Bericht dargestellt werden, dass Ägypten sich im Wettbewerb mit den anderen Ländern der Welt nur dann nachhaltig entwickeln kann, wenn jede Anstrengung unternommen wird, eine ganzheitliche Entwicklung zu fördern. So wurde anhand vieler Daten deutlich, dass speziell die Bereiche Forschung, Kultur, Gesellschaftsentwicklung und Demokratisierung sowie Bildung und Berufsausbildung nicht zugunsten von einseitiger Wirtschaftsförderung vernachlässigt werden dürfen, wenn die ägyptische Volkswirtschaft in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen will.

Eine wichtige Erkenntnis, die die vielen exakt ausgearbeiteten Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich ergänzt. Die Arbeit im Egyptian National Competitiveness Council bietet die Chance, dass SEKEM viele seiner Ideen und Konzepte wichtigen Entscheidungsträgern der ägyptischen Gesellschaft darlegend und aktiv an der Arbeit für eine bessere Zukunft Ägyptens mitwirken kann - auf einer breiteren Ebene als zuvor. Der Bericht wurde in Ägypten mit Interesse aufgenommen und in den entsprechenden Kreisen lebhaft diskutiert. Speziell die Minister für Finanzen, für Investitionen und für Außenhandel und Industrie haben die Arbeit von Beginn an wohlwollend unterstützt und arbeiten in ihren Ministerien bereits an der Umsetzung der Empfehlungen.

(Entnommen aus: SEKEM Insight, Ausgabe 31, Dezember 2004)

DIE KARANGALAN-KONFERENZ AUF DEN PHILIPPINEN - EIN GROßER ERFOLG

Nicanor Perlas

Übersetzung aus dem Englischen C. Strawe

Vorbemerkung der Redaktion: „Karangalan“ kann frei übersetzt werden mit „Würde besitzen“. Um ein menschenwürdiges Leben ging es bei der großen nationalen Konferenz und dem Festival, das vom 21.-23. Januar unter dem Motto „Alle Fähigkeiten mobilisieren, um die Philippinen zu erneuern“ stattfand. Tausende Teilnehmer, darunter weltweit bekannte Aktivisten der Zivilgesellschaft wie Nicanor Perlas und Walden Bello, kamen zusammen, - mit dem Ziel, die Hoffnungslosigkeit im Land zu überwinden und die lebendigen und schöpferischen Kräfte freizusetzen, die bereits begonnen haben, eine bessere Gesellschaft zu schaffen. Aberdutzende Netzwerke, Bewegungen und Gruppen unterstützten die Konferenz.

In der Einladung war zu lesen: „Eine Nation ohne Vision, ohne Ziel und Errungenschaften, die nur immerzu jammert über ihre Misserfolge und die geradezu süchtig an ihren Schwächen und ihrer Verzweiflung hängt, wird rasch in die Vergessenheit versinken. Ihr Pessimismus wird zu einer sich selbst erfüllenden Prognose werden. Aber eine Bevölkerung mit einer Vision und mit Engagement, die sich in aller Bescheidenheit ihrer Errungenschaften und der schöpferischen Essenz bewusst ist, die ihre herausragenden Taten beiseht, wird ihre Gegenwart und Zukunft verändern und einen positiven Beitrag zur allgemeinen Entwicklung der Welt leisten.“

Helfen Sie uns, die Botschaft zu verbreiten, dass - in all den Herausforderungen, vor die wir gestellt sind, - bereits eine andere, faszinierende philippinische Gesellschaft sich aus unserer Mitte heraus entwickelt. Das sind Philippinen von moralischer und visionärer Kraft, mit Mut, Initiative, Leidenschaft, Integrität, politischem Willen, gemeinwesenorientiertem Wirtschaften, künstlerischer Kompetenz, sozialem Unternehmertum, mit großen Leistungen und Fähigkeiten.“ Die folgenden Betrachtungen hat Nicanor Perlas unmittelbar nach dem Ereignis zu Papier gebracht:

Viele fragen. Nach all den Vorbereitungen und Erwartungen: Wie war das Ergebnis der Karangalan Konferenz. Hören wir erst einen Extrait aus den persönlichen Kommentaren Dutzender Teilnehmer, die die Organisatoren persönlich oder per SMS vom ersten Tag der Konferenz an erreichten.

Überwältigender Erfolg

„Mit dieser Konferenz beginnt es! Aber heute ist schon ein Tag, um eine Gänsehaut zu bekommen ... Diese Konferenz haut mich um! ... Ich bin vollgetankt mit Energie!“

„Was für eine Sache ... Es war großartig ... Es ist ein Start! ... Die Energie war so positiv and wirklich hoffnung-

weckend. Gerade das, was wir alle in dieser Zeit brauchen ... Ich freue mich schon auf die nächste Konferenz ... ich bin so gespannt und so bewegt ... Das Glück war unbeschreiblich!“

„Glückwunsch zum Erfolg von Karangalan. Es hat großen Eindruck auf uns gemacht, und - da bin ich sicher - auf viele andere. Meine intensivste und bleibende Reaktion ist, dass ich von einer Klausur komme (obwohl ich 40 Jahre an keiner Klausur teilgenommen habe), gereinigt und neu aufgeladen. Meine Freunde empfinden es so, dass die Konferenz und das Festival eine Art Therapie für die philippinische Seele waren.“

„Ich kann nicht aufhören an das Ereignis zu denken. Um 3 Uhr diesen Morgen kam eine sehr interessante Idee in mir hoch ... Ich bin so aufgeregt darüber ... Jetzt sind Taten notwendig! Es gibt kein Zurück! ... Träume werden wahr, weil die Träumer den Mut haben, an ihrem Traum festzuhalten!“

„Das Schiff verlässt das Dock zu seiner Mission, die dorthin führt, wo noch keine anderen Schiffe waren. Wie aufregend, ein Teil der Crew bei dieser Entdeckungstour zu sein. Wie gut, den Geist des Unternehmens zu sehen. Sein Potential ... Vorwärts zu neuen Ufern.“

„Wir empfinden es als wichtig, die Früchte der Konferenz mit denen zu teilen, die nicht anwesend sein konnten ... Es war umwerfend!“

Die Kommentare sprechen für sich selbst. Das Karangalan-Ereignis übertraf die Erwartungen. Sicherlich war es nicht perfekt. Es gab ein paar organisatorische Probleme, mit denen man sich sicherlich vor dem nächsten Event beschäftigen wird. Aber das hatte keine Auswirkungen auf den letztlich erreichten Effekt der Freisetzung der schöpferischen Energie der mehr als 2000 TeilnehmerInnen, - Energien, die auf die soziale Transformation der Philippinen zielten. Selbst diejenigen, die nicht dabei waren, werden angesteckt durch den Enthusiasmus derer, die von dem Ereignis beflügelt sind.

Elemente des Erfolgs

Was waren die Elemente des Erfolgs? Es gibt viele, aber einige stechen besonders hervor.

Zunächst die Vielfalt der TeilnehmerInnen. Sie kamen aus allen Lebensbereichen. Sie bildeten eine Art Mikrokosmos der philippinischen Gesellschaft. Die Vielfalt verstärkte den Eindruck, dass wir viele erreicht haben, die nicht zu den schon Überzeugten gehörten. Da war z.B. eine große Delegation von 28 Kommunalpolitikern vom Escalante City, angeführt von ihrem Bürgermeister. Sie mischten sich mit Künstlern, Studierenden, Journalisten und anderen. Die Vielfalt gab ein starkes Gefühl, dass das Engagement für eine bessere Welt eine kritische Masse erreichen wird, über die Konferenzteilnehmer hinaus. Man konnte häufig Menschen sagen hören: „Wahrhaftig, die Zeit ist reif!“

Das zweite war die kraftvolle Verbindung von brillanten Vorträgen und ausgezeichneten künstlerischen Darbietungen. Daran gibt es keinen Zweifel: Wenn Herz und Geist zusammenklingen, wird das Unmögliche er-

reichbar. Und nicht nur allgemein erreichbar, sondern real in Handlungen umsetzbar. Das Wort, „das Herz der Revolution ist die Revolution des Herzens“, erreichte hier ein höheres Sinnniveau. So sehr, dass es völlig klar wurde, dass eine friedliche Kulturrevolution dem Prozess einer sozialen Transformation im großen Maßstab vorangehen, sie unterstützen und verstetigen wird.

Das dritte war die Spannung zwischen harten Realitäten und Zukunftsherausforderungen und den umfassenden herausragenden Fähigkeiten in so vielen Gesellschaftsschichten, durch die diese Herausforderungen bewältigt werden können, - Herausforderungen, die sonst das Land in die Bedeutungslosigkeit herunterziehen würden. Es gab so viele Berichte über die Bewältigung großer Herausforderungen unter schwierigen Bedingungen, dass die Menschen begannen, ein besseres Land vor sich zu sehen, das sie zusammen schaffen können.

Da war die Geschichte von Naga City - einer Stadt, in der das Pro-Kopf-Einkommen 115% höher liegt als im Landesdurchschnitt, und wo es eine weitaus höhere Lebensqualität gibt als in der Hauptstadt Manila.

Man konnte leicht sehen, dass die Philippinen sich wandeln, wenn die städtischen Zentren, einschließlich Manila, sich an Naga City ein Beispiel nehmen würden.

Da gab es die Geschichte von Schulen auf dem Lande, wo wegen schlechter Straßen keine Autos hinkommen, wo aber dennoch die Leistungen der besten Schulen der Hauptstadt in Englisch, Naturwissenschaften und Mathematik übertroffen werden. Den Teilnehmern trat unmittelbar die Bedeutung eines „begründeten Optimismus“ vor Augen, der Konzentration auf herausragende Leistungen für die Bedürfnisse des Landes.

Nicht zuletzt ist der Erfolg den fast 200 freiwilligen Helfer aller Art geschuldet. Ihre selbstlose Hingabe war für viele eine Quelle der Inspiration. Viele arbeiteten im Hintergrund, aber ihr Einfluss auf die ästhetische Kohärenz des Events war groß. Ohne sie hätte es Karangalan nicht gegeben. Sie sind das Symbol dafür geworden, was nötig ist, um eine Wende im Land zu erreichen: selbstlose Hingabe für einen höheren Zweck - über die Suche nach der unmittelbaren Befriedigung hinaus, die in der uns umgebenden dekadenten Kultur so verbreitet ist.

Die Zukunft von Karangalan

Die Karangalan Konferenz wurde eine Brutstätte für Dutzende neuer Initiativen. Es wird weitere regionale Karangalan Meetings geben, die das nächste nationale Meeting Ende Januar 2006 ergänzen werden. Es sind bereits Pläne ausgearbeitet worden für eine Karangalan Gipfelkonferenz über Bildung. Diskussionen über ein Netzwerk alternativer Medien, das annähernd eine Million Menschen erreichen könnte, wurden begonnen. Ein globaler Karangalan Fonds ist in Vorbereitung. Es gibt bereits zwei Karangalan-Veranstaltungen über die Ausrottung der Armut. Ein auf fünf Jahre angelegter landesweiter Prozess kreativer und visionärer Dialoge wurde ins Leben gerufen - mit starker Unterstützung der Teilnehmer. Und das ist nicht alles.

Ugat Cogon

Karangalan sendet diese Botschaft aus: Es wird kein „ningas cogon“, kein Strohfeuer sein. Es wird ein „ugat cogon“ sein, ein Netzwerk relativ stiller und für die Augen der großen Medien relativ unsichtbarer Initiativen sein, die die philippinische Gesellschaft aus neuer Fundamenten heraus radikal verändern werden.

Die Reise in eine bessere philippinische Gesellschaft hat begonnen. Und von Zeit zu Zeit werden wir über die weitere Entwicklung berichten.

Es geschieht! Bleiben wir dran!

Weitere Informationen unter www.truthforce.org

KONFERENZ VON TRÄGERN DES ALTERNATIVEN NOBELPREISES IN MÜNCHEN

15 Träger des Alternativen Nobelpreises, trafen sich vom 8. bis 11. März in München zu einer Konferenz unter dem Titel: „Die Alternative - Ausblick auf eine andere Globalisierung“. Veranstalter war das „Forum Goethe-Institut“ in Zusammenarbeit unter anderem mit der Stadt München und der Schweisfurth-Stiftung. Anlass war das 25-jährige Jubiläum des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award), dessen Stifter Jakob von Uexküll ebenfalls anwesend war. Unter den anwesenden Preisträgern waren auch Nicanor Perlas und Ibrahim Abouleish.

Rainer Metzger führte für die Tageszeitung taz anlässlich der Veranstaltung ein Interview mit den Preisträgern Manfred Max-Neef aus Chile, Topio Mattlar aus Finnland und Nicanor Perlas, das in der Ausgabe vom 12. März unter dem Titel „Die Armen sind kolossal kreativ“ erschien. Einige kurze Auszüge:

Nicanor Perlas: Es stimmt, die Nationalstaaten haben ihre Entscheidungsfindung an die transnationalen Konzerne abgeben. Diese Konzentration der Macht ist allerdings nicht nachhaltig. Deshalb wird das System zusammenbrechen. [...] Das gegenwärtige System der Globalisierung muss sich doch einigen wirklich großen Fragen stellen: 1. Das Phänomen „big oil“, die Abhängigkeit vom Öl. Wir kommen bald zum Punkt, wo die Nachfrage größer wird als das Angebot. Das wird ein großer Schock. Denn der Aufbau der kapitalistischen Strukturen der vergangenen zweihundert Jahre beruhte auf dem billigen Nachschub an Energie und Öl. 2. Die globale Erwärmung. Sie kommt viel schneller, als die Leute dachten. Das jetzige globale System ist aber auf der heutigen Klimaverteilung aufgebaut. 3. Zum ersten Mal erkennen die Massen, wer das Finanzsystem kontrolliert und warum. Es gibt zunehmend Kritik - nicht nur in den USA, sondern auch in Europa, Asien und Lateinamerika - gegenüber dem Projekt des „Global Empire“, des kapitalistischen Weltreichs. [...] Es geht auch ohne die Art von Organisation, die für die sozialen Bewegungen der vergangenen 200 Jahre charakteristisch war. Es wird viel diskutiert in den Bewegungen über die Eigenschaften von horizontalen Netzwerken, über Strategien. Es ist aber ein Kampf mit der Zeit, eine

Art Notsituation. Die neuen sozialen Initiativen erwachsen aus sehr dezentralen Organisationen. Die Frage ist: Wird sich ihre Kraft schnell genug entwickeln, um den Kollaps des Systems auszugleichen? Noch dazu, wo der drohende Kollaps die Unterdrückung erst einmal verstärken wird.

[...] Es gibt auf den Philippinen und in anderen Ländern Asiens ein weit verbreitetes System von Mikrofinanzierung für Arme, von Kleinstkrediten über wenige Dollar. Die Hälfte der philippinischen Wirtschaft ist informell, taucht also in irgendwelchen Bilanzen überhaupt nicht auf. Wir organisieren die Wirtschaft der Armen ganz anders. Wir leihen nicht nur Geld, wir verbinden auch die einzelnen Kleinbanken. Wir schaffen ein sich selbst erhaltendes System für die Genossenschaften, anstatt eine kleine Version des Kapitalismus nachzubauen.

Manfred Max-Neef: Ein Merkmal der Armen ist, dass sie kolossal kreativ sind. Wir haben in Chile die Wirtschaft der Armen erforscht und klassifizierten allein

in einer Stadt über 200 Arten von Überlebensjobs. Fantastische Sachen. Aber diese Dinge genießen keinerlei Unterstützung vom Staat. Der erste Schritt müsste doch sein: hinausgehen und sehen, was da an Kreativität da ist. Und dann diese existierende Kreativität unterstützen. Und nicht in einem Ministeriumsbüro ein Programm für die Schöpfung von Jobs aushecken. [...] Müssen wir wirklich mit denen [den großen Konzernen, CS] untergehen? Was die treiben, ist manchmal einfach unausstehlich. Nehmen Sie zum Beispiel das neue Saatgutgesetz der US-Verwaltung für den Irak: Alle Bauern im Irak sind demnach gezwungen, ihr Saatgut zu verbrennen. Sie dürfen Saatgut nur noch beim US-Konzern Monsanto kaufen. Das steht wörtlich so im Gesetz. Und das bringt Monsanto einen Schritt näher an sein Unternehmensziel: Monsanto hat nämlich den bescheidenen Anspruch formuliert, in 20 Jahren den Weltmarkt für Saatgut zu 100 Prozent zu beherrschen. Das ist alles, nur 100 Prozent. Die arbeiten daran, und viele bemerken es nicht.

Ankündigungen und Initiativen

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH - DIE ZIVILGESELLSCHAFT AN DER SCHWELLE

Veranstaltungen mit Chico Whitaker in Stuttgart

Freitag, 6. Mai, 20.00 Uhr: Um Outro Mundo é Possível! - Eine andere Welt ist möglich! Der Impuls des Weltsozialforums von Porto Alegre

Podium mit Chico Whitaker, Mitbegründer des Weltsozialforums, Porto Alegre, Brasilien; Angela Klein, Initiative für ein Sozialforum in Deutschland, Berlin; Martin Zeis, Offene Arbeitsprozesse in der Region Stuttgart. Englisch mit Übersetzung.

Ort: Forum 3, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21. Eintritt frei.

Samstag, 7. Mai, 09.00 - 19.00 Uhr: Die Zivilgesellschaft an der Schwelle. Welche Schritte sind erforderlich, um die aktuellen und langfristigen Herausforderungen zu bewältigen? Mit Chico Whitaker.

Das Weltsozialforum hat der globalen Zivilgesellschaft einen entscheidenden Impuls zu weltweiter Vernetzen und Entwicklung wirksamer Handlungsstrategien für eine gerechtere Welt gegeben. Aber sein Erfolg und seine weltweite Ausstrahlung haben auch viele Fragen aufgeworfen: Wie kann das Forum weiterentwickelt werden, um von dem Nebeneinander zu mehr Kommunikation unter den beteiligten Initiativen zu kommen? Wie kommt man aus einem offenen, horizontalen Forum zu unterschiedener gemeinsamer Handlung, ohne in hierarchisch-zentralistische Entscheidungsformen zurück zu

fallen? Sollte das Weltsozialforum nicht doch auch ein Prozess gemeinsamer Willensbildung sein? Kann der direkte persönliche und gleichberechtigte Kontakt zwischen Menschen ein Schlüssel zur Überwindung sozialer Hindernisse werden? Inwieweit brauchen selbstverantwortliche und Initiativkraft entwickelnde Individuen für ihre Zusammenarbeit gerade ein offenes Forum, um im Zeitalter der Globalisierung die Verhältnisse mitgestalten zu können?

Ort: Forum 3, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21. Richtsatz: EUR 18,-; Menschen mit geringem Einkommen EUR 9,-; Menschen mit höherem Einkommen gerne auch mehr.

Chico Whitaker (Francisco Whitaker Ferreira) ist ein führender brasilianischer Aktivist und eine der Gründungspersönlichkeiten des Weltsozialforums in Brasilien. Er ist Geschäftsführer des Brasilianischen Komitees für Gerechtigkeit und Frieden (Brazilian Committee of Justice and Peace); aktiv in den radikalen Bewegungen innerhalb der Katholischen Kirche - und in der Arbeiter-Partei, über deren Liste er zum Ratsmitglied/Beigeordneten gewählt wurde. Er ist Mitglied im Brasilianischen Organisationskomitee (Brazilian Organising Committee) und im Internationalen Rat (International Council) des Weltsozialforums. Sein Artikel „Das Weltsozialforum als Offener Raum“ erschien in deutscher Sprache erstmalig im Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1 / 2004.

Diese Veranstaltung wird gemeinsam getragen (Stand 5.3.05) von: Initiative Colibri - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Forum 3 - Attac-Stuttgart.

BÜRGERBETEILIGUNG UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IN DER REGION

3. Kongress Regiogeld, 5.-8. Mai 2005, Prien am Chiemsee, Großer Kursaal

Donnerstag, 5. Mai: 09.00 Kongressbüro / Anmeldung und Kongresskarten. 11.00 Eröffnungsfeier mit Musik

12.00 Was ist Regiogeld? Eröffnungsvortrag: Prof. Dr. Ulrich Scheiper. 12.45 Pause. 14.30 Regiogeldprojekte in Deutschland und Österreich. Cornelia Zahrt, Klaus Starke, Gernot Jochum-Müller. 16.00 Pause. 16.30 Chiemgauer 2005. Mirjam Fochler, Christian Gelleri, Klaus J. Kopp. 18.00 Pause. 20.00 Geld - Kunst - Demokratie. Der Geldbegriff und die Soziale Plastik. Vortrag: Johannes Stüttgen

Freitag, 6. Mai: 09.00 Die Arbeit des Regionetzwerks. Berichte von Klaus Starke, Muriel Herrmann, Prof. Dr. Margrit Kennedy. 10.30 Pause. 11.00 Vielfalt Regiogeld - Themen und Projekte mit Vertretern unterschiedlicher Regiogeldprojekte. Moderation: Cornelia Zahrt und Ralf Becker. 12.30 Pause. 14.30 Arbeitsgruppen I. 16.00 Pause. 16.30 Arbeitsgruppen II. 18.00 Pause. 20.00 Themenabend zum Kongressmotto: Bürgerbeteiligung und nachhaltiges Wirtschaften in der Region. Impulsreferat: Thomas Seltmann. Expertenrunde mit Prof. Dr. Margrit Kennedy, Ute Vieting, Landrat Albert Löhner, Th. Mayer. Moderation: Gabi Toepsch, Bayerischer Rundfunk

Ausflug nach Wörgl am Freitag, 6. Mai, 13.30 Uhr bis 19.30 Uhr. Busfahrt parallel zu den Arbeitsgruppen I + II: Führung durch Wörgl mit Erläuterung des dortigen Währungsexperiments Anfang der dreißiger Jahre (max. 45 Personen - vorherige Anmeldung notwendig - 12,- Euro pro Person für den Bus).

Samstag, 7. Mai: 09.00 Arbeitsgruppen III. 10.30 Pause. 11.15 Zwei Jahre Chiemgauer. Öffentliches Podiumsgespräch mit Teilnehmern am Chiemgauer Wirtschaftskreislauf. 12.30 Pause. 14.15 Chiemseeagenda - Gemeinden - Bürgerbeteiligung. Wirtschaftliche Kreisläufe in der Region - Chiemgauer für Bürger. Marlene Berger-Stöckl, Chiemseeagenda. 15.00 bis 19.00 Chiemgauer Markt: Bauernmarkt, Stände, Präsentation von regionalen Agenda-Projekten, Omnibus für Direkte Demokratie, Kinderprogramm, Regiofest, Musik, Rahmenprogramm. Ort: Priener Marktplatz / Kleiner Kursaal. 20.30 Festliches Abendprogramm im Großen Kursaal

Sonntag, 8. Mai: 09.00 Performance. 09.20 Kultur und Kreativität beim Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft. Vortrag: Dr. Harrie Salman. 11:00 Pause. 11.30 Abschlussplenum. Fragerunde, Resümee und Ausblick. 13.15 Kongressende

Arbeitsgruppen werden angeboten zu den Themen Regiogeld, Regiogeldprojekte, Wirtschaft, Elektronisches Zahlungsmittel, Regionalentwicklung, Bürgerbeteiligung, Schülerunternehmen, Demokratie, Kultur, Kreativität, ... (Eintragung in Listen während des Kongresses)

Teilnahmebeitrag: Gesamtkarte: 90,- EUR/Chiemgauer, ermäßigt (Nachweis): 60,- EUR/Chiemgauer.

Information, Anmeldeunterlagen & Kongressorganisation: Marc Berghaus, Latschenweg 6 - 83209 Prien am Chiemsee, Telefon (08051) 968 303 - Telefax (08051) 968 313, E-Mail: berghaus@chiemgauer.info

FRIEDRICH SCHILLER UND DIE SOZIALE FRAGE IM 21. JAHRHUNDERT

Arbeitstagung, 6. (20.00 Uhr) - 8. (13.00 Uhr) Mai 2005, Weimar

Vorträge und Gespräche u.a. mit Thomas Brunner, Thomas Keil und Sascha Scholz. Ort: U-Boot e.V. Nähere Informationen: Thomas Keil, Tel. 035936/37786

2005: 60 JAHRE FRIEDEN IN EUROPA - BAUSTELLE EUROPA

In Stuttgart wird vom 7. bis zum 13. Mai 2005 eine Internationale Jugendtagung stattfinden, die sich der Frage nach der Aufgabe Europas widmet. Die Idee zu dieser Tagung entstand schon im Jahr 2000, als wir bemerkten, dass im Jahre 2005 zwei wichtige Daten zusammenfallen werden.

Nämlich der 60. Jahrestag nach dem Ende des Krieges in Europa und der 200. Todestag von Friedrich Schiller. Sechzig Jahre nach dem schrecklichsten aller Kriege bedeutet, es leben noch viele Menschen, die dieses Ende als Kinder oder als Jugendliche miterlebt haben. Wir erwarten also, dass noch einmal ein wichtiges Gedenken sein wird, zu dem wir mit unserer Tagung einen Beitrag geben können. Es ist bis heute so, dass über die eigentlichen Hintergründe der nationalsozialistischen Katastrophe nur sehr ungenaue Vorstellungen vorhanden sind. Ja, man kann es so ausdrücken, dass der geistige Nationalsozialismus noch lange nicht genügend überwunden ist. Dazu etwas beizutragen, soll unser Bemühen sein. Schiller hat mit seinen Europa-Dramen (Deutschland, Italien, England, Frankreich, Russland) und in seinen Geschichtsvorlesungen und Schriften zeitlich um die Frage nach der Aufgabe Europas gerungen. Nachdem er lange Zeit in Deutschland populär war wie kein anderer Dichter, ist er nach der Hitlerzeit für viele in Vergessenheit geraten, weil alles Deutsche in Verruf geraten war. Jetzt im Zugehen auf seinen 200. Todestag ändert sich der Blick, Schiller wird wieder entdeckt.

Veranstalter: Christengemeinschaft, Bund der Freien Waldorfschulen, Jugendseminar Stuttgart, Jugendsektion Goetheanum. Das Tagungsbüro ist per e-mail unter Baustelle-Europa@web.de erreichbar, <http://cgjugendtagung.de>; die Postanschrift lautet: Laurens Hornemann, Herrenberger Straße 40, 72070 Tübingen.

EUROPAWEITE GLOCKENSINFONIE

Dieter Hornemann

Für die Realisierung einer weiteren Idee wird noch Hilfe gebraucht. Ich hatte die Möglichkeit, für die Minuten vor der Sonnenfinsternis am 11. August 1999 eine „Sinfonie für Kirchenglocken“ zu schreiben, die dann durch die Kirchen der Stuttgarter Innenstadt zur Aufführung gebracht wurde. Damals war schon deutlich, wie es in einem Zeitungsartikel formuliert wurde: „Das Ganze hört nur der liebe Gott“.

So dachte ich schon damals daran, dass es ruhig einmal eine Glockensinfonie über ein großes Gebiet hin geben könnte, bei der gar nicht darauf gerechnet wird, dass irgend ein Mensch an irgend einer Stelle das Ganze hört.

So haben wir jetzt ein „Europäisches Glockenrequiem“ verfasst, das am 8. Mai zu einer bestimmten Stunde über ganz Europa - im Andenken an die Opfer - erklingen könnte. Der Plan ist folgender: Die von uns hergestellte CD mit einer Komposition mit Glockenklängen aus Kirchen in ganz Europa (Dauer 12 Minuten) wird zu einer bestimmten Stunde (z. B. 15 Uhr) über die europäischen Rundfunksender ausgestrahlt. Im Anschluss daran sind alle Kirchengemeinden, Pfarrer, Messner, die mitmachen wollen, aufgefordert, selbst Hand anzulegen und frei improvisierend zwölf Minuten lang (in Entsprechung zu den 12 Jahren Schreckensherrschaft) im Andenken an die Opfer der größten Menschheitskatastrophe ihre Glocken zum Erklingen zu bringen. Dies über ganz Europa hin, könnte ein wahrhaft großes, erlösendes Ereignis sein. Außerdem wäre es eine gute Gelegenheit, dass sich das christliche Europa durch ein gemeinsames Tun zu Wort meldet.

Möglich wird es aber nur, wenn sich genügend Menschen dafür begeistern lassen. Darum die Frage: Wer hat Verbindungen zu Mitarbeitern in den großen Kirchen und bei den Medien, die für einen solchen Plan vielleicht zugänglich wären?

Mitteilungen per E-mail an: Dieter@Hornemann.de.
Postanschrift: Dieter Hornemann, Gröben 10a, 82233 Bernau.

DIE AUFGABE DER JUGEND IN DER HEUTIGEN WELT

Anthroposophische Jugendtagung, Kiew, 29. April bis 6. Mai 2005

Themen: - *Die individuellen Lebensziele und Aufgaben des gegenwärtigen Menschen:* Die Suche nach eigenen Lebensaufgaben - die fortwährende innere Arbeit an sich selbst. Eine Arbeit, die mir niemand anderer abnehmen kann. Dieses Thema werden wir mit Hilfe der Künste erleben. - *Beispiele von verschiedenen Jugendaktivitäten:* Das Finden der individuellen Lebensaufgaben ist eng verknüpft mit dem Bewusstmachen der

Aufgabe der heutigen Jugendgeneration. Dieser Frage werden wir uns anhand einer Betrachtung der einzelnen Jugendbewegungen im letzten Jahrhundert nähern. Hier entstehen viele Fragen: Warum konnten diese Jugendbewegungen gerade im 20. Jahrhundert entstehen? Wie wird die Jugend im Leben der Gesellschaft aktiv? Als ein Protest gegen die etablierte Ordnung? Gegen die offizielle Ideologie? Ein Schrei nach einer wahren Zivilgesellschaft? - *Die Entwicklungstendenzen der heutigen Welt:* Wir werden vor allem die sanften Revolutionen der neueren Zeit anschauen - in Georgien, Tschechien, Jugoslawien, Rumänien und anderen Ländern wurden diese zu Wendepunkten im Leben ihrer Bürger. Was führt die Menschen dazu, einen aktiven Anteil am Staatsleben zu nehmen? Wie beeinflussen diese Ereignisse das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben?

Es hat sich gezeigt, dass diese Fragen mit den neuesten Ereignissen in der Ukraine eng verknüpft sind - in der „orangenen Revolution“ waren die jungen Menschen unter den aktivsten. Die Kiewer Konferenzen sind durch ihre freie Organisationsform bekannt. Ihr könnt selbst die Richtung der Arbeit an den oben erwähnten Themen bestimmen. Deshalb seid Ihr herzlich eingeladen, eigene Vorträge, Referate, Präsentationen, künstlerische Auftritte usw. zu vorbereiten. Das wird unsere Betrachtung der „Aufgaben der Jugend in der heutigen Welt“ sicher schön bereichern.

Anmeldeunterlagen bei der Kiewer anthroposophischen Jugendgruppe unter youth@michaeltimes.org. Kontaktpersonen: (044) 562 4549 (Alyonka, Victor) 8 (066) 734 7080 (Olga)

ZUKUNFTSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT UND GENTECHNIK IN DEN PHILIPPINEN

Vicky Lopez und Voltaire Tupaz (SIBAT, Philippinen, www.sibat.org) auf Vortragsreise in Deutschland und Österreich

Die Veranstaltungstermine von Vicky Lopez: Do., 15. 9.: abends Witten-Herdecke // Fr., 16. 9.: ab Nachmittag Wuppertal. Dort bis 18.9. beim Kongress MiniMcPlanet. Mo., 19. 9.: abends Dortmund. Di., 20. 9.: abends Essen. Mi., 21. 9.: Mittags Witten-Annen, nachmittags und abends Witten. Do., 22. 9.: abends Marburg/Lahn.

Die Termine von Voltaire Tupaz: Do, 15.9.: abends Dresden. Fr, 16.9.: abends Berlin. Sa, 17.9.: abends Hannover. So, 18.9.: abends Kassel-Witzenhausen. Mo, 19.9.: nachmittags und abends 4160 Schlägl (Oberösterreich). Die, 20.9.: abends 73728 Esslingen, Mi, 21.9.: nachmittags und abends Tübingen.

Do, 22.9.: nachmittags und abends Bad Vilbel. Am Fr, 23.9. sind beide Vortragende in Bonn. Die Vortragsreihe wird organisiert von Attac Wuppertal in Zusammenarbeit mit örtlichen Mitveranstaltern.

Weitere Informationen bei Dr. Wolfgang Wiebecke, Agrargruppe von attac-Wuppertal, Meckelstr. 9, 42285 Wuppertal, Tel/Fax: 0202-6480966. E-Mail: kigwa.ww@web.de

ÖKOLOGISCHER MARSHALLPLAN

Vortragsveranstaltung am 27. Mai 2005 zwischen 19.00 und 20.00 Uhr. Evangelischer Kirchentag - Hannover im Rahmen des Programms „Themenhalle Globalisierung“

Die Global Contract Foundation wurde im Januar 2002 von 22 Unternehmern, Wissenschaftlern und Studenten mit Sitz in Hamburg errichtet. Ihre Gründung erfolgte aus der Überzeugung, dass eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts darin liegen wird, dem Gedanken der Nachhaltigkeit in seiner ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimension bestmögliche Wirkung zu verschaffen. In der Veranstaltungsankündigung heißt es dazu: „Hierzu ist die Gestaltung besserer globaler Rahmenbedingungen erforderlich. Zweck der Stiftung ist deshalb die Förderung und wissenschaftliche Analyse von weltweiten Verträgen zwischen den relevanten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften zur Etablierung eines nachhaltigen Global Governance Systems. „Der globalisierten Wirtschaft fehlen global gültige und durchsetzbare Spielregeln für fairen Wettbewerb sowie wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Für die gesamte Menschheit geht es im 21. Jahrhundert um zwei riesige Herausforderungen: um eine zukunftsfähige Entwicklung im Sinne ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit sowie um Friedensfähigkeit im Sinne einer fairen Weltordnung als Voraussetzung für ein friedliches Miteinander der Völker und Kulturen auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Toleranz.“

Auskunft: Coordination Office International - Global Marshall Plan Initiative, Andrea von Lehmden, Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 822 90 420, Fax: +49 (0)40 822 90 421, E-Mail: andrea.lehmden@global-contract.org, global marshall plan

WALDORFPÄDAGOGIK UND SELBSTVERWALTUNG

Veranstaltungen des Friedrich von Hardenberg-Instituts für Kulturwissenschaften Heidelberg

Freitag, 15. April 2005: Reale Träume, geträumte Realität. Über die Bilderwelten von Computerspielen und Filmen. Vortrag von Uwe Buermann (Hamburg). In Zusammenarbeit mit dem Schüler-Eltern-Lehrer Forum (SELF) der Freien Waldorfschule Heidelberg. Freie Wal-

dorfschule Heidelberg, Mittelgewannweg 16, Heidelberg-Wieblingen, Musiksaal, 20.15 Uhr. Kostenbeitrag: 6,- EUR, ermäßigt: 3,- EUR.

Samstag, 16. April 2005: Produktivität und Empfindlichkeit. Von den inneren Bedingungen der Selbstverwaltung in Waldorfschulen. Tagesseminar für verantwortlich Tätige mit Karl-Martin Dietz.

Das Prinzip der kollegialen Selbstverwaltung in Waldorfschulen geht zurück auf den Entwurf eines „freien Geisteslebens“ im Rahmen der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ (1919). Die Krise, in die die Selbstverwaltung an vielen Stellen seit einiger Zeit geraten ist, legt es nahe, sich auf ihre Grundlagen zu besinnen. Hinzu kommt die Erfahrung, dass die üblich gewordene Arbeit an „Strukturfragen“ die auftretenden Schwierigkeiten in der Regel nur vorübergehend mildert. Das Seminar wird von Praxisfragen ausgehen und diese im Blick behalten.

Ort: Rudolf Steiner Haus, Heidelberg, Klingenteichstraße 8, 10-18 Uhr, Kostenbeitrag 50,- EUR (einschließlich Verpflegung). Beschränkte Teilnehmerzahl. Anmeldung erforderlich bis 4. April 2005 bei:

Hardenberg-Institut, Hauptstraße 59 · 69117 Heidelberg, Telefon 06221-2 85 85, Telefax 2 16 40, info@hardenberginstitut.de, www.hardenberginstitut.de

Vorankündigung: **Samstag, 4. Juni 2005:** Tagesseminar mit Karl-Martin Dietz. Eltern und Lehrer an der Waldorfschule. Grundlagen einer dialogischen Zusammenarbeit. Näheres unter der oben angegebenen Adresse.

MUT ZUR WUT

Statt Hartz IV und 1-Euro-Jobs jetzt für 10-Euro-Jobs und ein vergleichbares Grundeinkommen streiten

Peter Grottian

Die folgenden Strategieüberlegungen, aus denen wir hier Auszüge veröffentlichen, wurden von Prof. Peter Grottian, FU Berlin, für die Sitzung des Montagsdemonstrations-Aktionsbündnisse am 22.01.2005 im Gewerkschaftshaus Leipzig zu Papier gebracht, im Internet verbreitet (www.nadeshda.org/foren/cl.initiativen.jugendumweltbewegung/p146s162a20.html) und u.a. in der Zeitschrift „Junge Welt“ vom 22.1.2005 publiziert.

Die Attacke auf die Arbeitsämter - als Zurichtungsanstalten zu disziplinierender Menschen - war mit der Aktion „Agenturschluß“ (3.1.) und den vorhandenen Kräften ein Achtungserfolg. Aber auch die Defizite sind offensichtlich: Keine sichtbaren programmatischen Alternativen, keine Massenmobilisierungspotentiale, keine zureichenden Allianzen von Attac, lokalen Protestbündnissen, linker Szene und Gewerkschaftsbasis, keine zuspitzenden Formen des zivilen Ungehorsams. Die Betroffenen waren nur schwach zu mobilisieren. Die

Defizite auf der rot-grün-schwarz-gelben-Herrschaftsseite sind aber auch unverkennbar: Die programmierte Erfolglosigkeit der Agenda 2010 im Sinne eines täuschenden Wachstums-, Beschäftigungs-, Einspar- und menschlichen Betreuungsversprechens. Die Menschen sind weiter tief verunsichert - sie misstrauen mehrheitlich den angeblich positiven Wirkungen von Hartz IV, aber sie glauben auch nicht mehr an die Veränderungskraft von Latsch-Demonstrationen. Hartz IV ist entgegen der Meinung der politischen Klasse mitnichten „durch“. Nach seinen selbst gesetzten und verfehlten Zielen müsste Clement vermutlich ab Mai/Juni seine Koffer packen.

Die Sozialprotest-Initiativen werden aus ihrer Defensive nur herauskommen, wenn sie ein einheitsstiftendes Protestziel entwickeln und damit unterschiedliche Protesttypen verbinden. Sie müssen die Chance haben, Teile der Gewerkschaftsbasis, der Montagsdemonstrierenden, der Basisgliederungen von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen im Protest zu binden.

Nach wie vor sind die unorganisierten, aber höchst betroffenen Menschen unsere wichtigsten Adressaten - denen wir aber auch etwas anbieten müssen und Raum für lokale, regionale und bundesweite Aktivitäten des Eigensinns lässt. Folgende vorläufige strategische Orientierung könnte angemessen und mit intensiver Vorbereitung bis zum Mai 2005 auch realisierbar sein:

10-Euro-Jobs - als gesellschaftlich sinnvolle Arbeit oder als Grundeinkommen

Die Betroffenen eint die Perspektive, dass sie entweder ohne Erwerbsarbeit menschenwürdig leben oder mit gesellschaftlich einigermaßen sinnvoller Arbeit materiell ohne Existenzangst und Zwang arbeiten wollen. Das ist nur gegeben, wenn wir für diese doppelte Option menschenwürdigen Lebens kämpfen: Existenzabsichernde, möglichst selbstbestimmte Arbeitsplätze und ein Grundeinkommen, das seinen Namen im Sinne einer Freiheit von Angst und bürokratischer Zurichtung verdient.

Die Forderung nach 10-Euro-Jobs in dieser doppelten Perspektive wäre ein Projekt, das Hartz IV-Betroffene, 1-Euro-Jobber und „Hungerlöhner“ verbinden könnte. Es wäre wohl die einzig mögliche Kampfansage an einen sich brutalst entwickelnden Niedriglohnsektor, bei dem bereits Stundenlöhne von 2-Euro gezahlt werden. 10-Euro-Jobs wären schon jetzt ganz überwiegend zu finanzieren, wenn die 500-Euro-Prämie für die 1-Euro-Träger fast ausschließlich den Menschen zugute kämen. Von wegen kein Geld! Diese Forderung nach 10-Euro-Jobs wäre aber auch eine Herausforderung an die Gewerkschaften, in deren Reihen ein „vernünftiger Mindestlohn“ von einer Minderheit propagiert wird. [...] Schließlich wäre die 10-Euro-Forderung zwischen den verschiedenen Protestgruppen im Prinzip konsensfähig. Der wichtigste Punkt aber wäre: die Protestierenden hätten ein ganz konkretes Protestziel, das sie als gerecht und angemessen halten können: Eine selbst gesuchte Arbeit ohne Zwang, mit Arbeitsfeldern nach gesellschaftlichem Bedarf und zu Sozialstandards, die menschenrechtlich vertretbar sind.

Streik der 1-Euro-Jobber zur NRW-Landtagswahl

Es spricht einiges dafür, dass sich das positive Image der 1-Euro-Jobs bald verflüchtigen wird. Die jetzt in den Medien vorgeführten „glücklichen 1-Euro-Jobber“ haben bisher ihre Tätigkeiten relativ frei wählen können. In diesen Wochen setzt eine fallmanagergesteuerte, nach neuen Zumutbarkeitskriterien operierende Zwangs-1-Euro-Job-Vermittlung ein, die mit den Arbeitswünschen der Betroffenen wenig zu tun haben werden. Deshalb ist es notwendig, die Selbstorganisationsversuche der 1-Euro-Jobber zu unterstützen, Beratungs- und Infrastrukturleistungen anzubieten. Mit ihnen ist zu klären, ob eine gezielte Arbeitsniederlegung mit der Forderung nach einem 10-Euro-Job von ihnen getragen werden kann.

Eine solche Arbeitsniederlegung wäre knapp vor der Landtagswahl in NRW (22.5.) mit dem 20.5. gut platziert. Natürlich ist gründlich und verantwortlich über die Arbeitsniederlegung und die zu erwartenden Repressionen (Rausschmiss) nachzudenken. Es spricht einiges dafür, dass eine mehrstündige Arbeitsniederlegung nicht mit harten Repressionen geahndet werden wird. Die Lehmanns und Hubers der beiden Kirchen können einen solchen inneren Konflikt kaum riskieren. Die Basis murrst ohnehin wegen des kirchlichen Agenda-2010-Gehorsams. [...]

Lidl-Aktionen: „Lidlschluß“

In diesen Zusammenhang gehört auch, Widerstandsfähigkeit gegen jene Unternehmen und Dienstleister aufzubauen, die mit den sozialen Grundrechten ihrer Mitarbeiter/innen „wie die Sau“ umgehen.

Das verdienstvolle von ver.di herausgegebene Schwarz-Buch über Lidl eröffnet eine erste Argumentations- und Materialbasis, auf der sich provozierend-gehaltvolle Aktionen gegen Lidl, WalMart oder Aldi aufbauen könnten: Störungen, freundliche Übernahmen oder sogar richtige Schließungen. Solche Aktionen werden auch erhebliche Widersprüche und Gegenreaktionen hervorrufen („wir wollen billig einkaufen“). Aber „Billig“ auf Kosten der Beschäftigten hat eine menschenrechtliche Zumutbarkeitsgrenze wie die 1-Euro-Jobs.

Peter Grottian (Berliner Sozialforum),
pgrottia@zedat.fu-berlin.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

Eine Einführung in den Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus

Ein-Tages-Blockseminar für Einsteiger

Samstag, 23. April 2005

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173

Stuttgart - mit Christoph Strawe

- Geschichtliches zur Dreigliederung
- Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagesgliederung:

- Öffnung des Tagungsbüros 9.30 Uhr
- Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr
- Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr
- Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr

Die Runden werden jeweils durch Impulsreferate eingeleitet:

Themen:

- Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine Folgen für das soziale Leben
- Individualisierung und Globalisierung - Wie kann die Globalisierung gestaltet werden?
- Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie

Teilnahmegebühr EUR 60,- (ohne Verpflegung). Den Betrag bitte im voraus überweisen an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stgt, BLZ 600 100 70. Kurzfristige Anmeldung und Bezahlung bei Tagungsbeginn bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache.

Geisteswissenschaft und soziale Frage

Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 - Keim für die Zukunft

Seminar, 24. - 26. Juni 2005

Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel

Freitag, 24. Juni

19.15: Öffnung des Tagungsbüros
20.00: Die Keimkraft des Sozialimpulses in Rudolf Steiners Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ - Vortrag Udo Herrmannstorfer

20.00 Die Befreiung der Überschusskräfte - das soziale Hauptgesetz und die Trennung von Arbeit und Einkommen

Samstag, 25. Juni

09.00 - 09.45: Künstlerische Arbeit (N.N.)
09.45 - 11.00: Soziale Frage und soziale Bewegungen in den letzten 100 Jahren - Vortrag C. Strawe
11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit
14.30 - 15.15: Künstlerische Arbeit
15.15 - 16.30: Die Auseinandersetzung mit dem Egoismus als Prüfstein sozialer Entwicklung - Vortrag Dr. Michael Ross
17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit

Sonntag, 26. Juni

09.00 - 9.45: Künstlerische Arbeit
09.45 - 11.00: Gesprächsarbeit: Perspektiven und Handlungsrichtungen
11.30 - 12.30: Bericht über ein neues Fortbildungsprojekt zum tieferen Verständnis und zur praktischen Ausgestaltung bzw. Umsetzung der sozialen Dreigliederung (berufsbegleitender Studiengang „Anthroposophisch orientierte Sozialentwicklung“; U. Herrmannstorfer, M. Ross, C. Strawe, Prof. H. Spehl) - Für Interessenten besteht nach einer Mittagspause die Möglichkeit weiterer Information.

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung. Gemeinschaftsverpflegung zusätzlich EUR 25,-)

Seminar, Fr, 4. - So, 6. November 2005, Rudolf Steiner Haus, Hugelstr. 67, 60433 Frankfurt am Main

Entwicklung verstehen: Schlüssel sozialer Gestaltung

Schillers *sthetische Briefe und die Gegenwart*

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer, Michael Ross und Christoph Strawe

Die Vorträge werden ergänzt durch Rezitationen (Ulla Herrmannstorfer)

Freitag, 4. November: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Von der Pflicht zur Freiheit - die Bedeutung Kants und Schillers für die Gegenwart (Vortrag Christoph Strawe, mit Aussprache)

Samstag, 5. November: 9.30 - 11.00: Ethischer Individualismus und soziale Dreigliederung. Die Weiterbildung der Ansätze der Schillerzeit durch die Anthroposophie Rudolf Steiners (Vortrag Michael Ross) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Polarität und Steigerung - die Frage nach der schöpferischen Mitte (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Forum: Sozialmodelle ohne Entwicklung: „Neoliberalismus“ und „Teilautonomie“

Sonntag, 6. November: 9.00 - 10.30: Freiheit als Weg zur Selbstverpflichtung (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Arbeitstagung, Fr, 18. - So, 20. November 2005

Universität Trier, Universitätsring 15, D - 54286 Trier, Gebäude A

Konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung

Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Der neue Umgang mit den Gemeinschaftsgütern -

Alternativen zu Bürokratie und Kommerzialisierung

Mit Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl und Christoph Strawe

Freitag, 18. November: 19.30: Öffnung des Tagungsbüro // 20.00 - 22.00: Was heißt heute öffentlich? Die Überwindung des Dualismus Staat-Privat. Beiträge von Prof. Harald Spehl (zur akademischen Diskussion des Themas), Udo Herrmannstorfer (zur historischen Entstehung) und Dr. Christoph Strawe (zur aktuellen Debatte in der globalen Zivilgesellschaft)

Samstag, 19. November: 09.00 - 10.00: Was sind öffentliche Güter? Zur Neuordnung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe (U. Herrmannstorfer, C. Strawe) // 10.00 - 10.30: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 11.00 - 12.00: Wer entscheidet über öffentliche Güter? Bewertungs-, Umsetzungs- und Betriebsfragen (U. Herrmannstorfer) // 12.00 - 12.30: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 14.30 - 15.30: Wer finanziert öffentliche Güter? Investition und Amortisation (H. Spehl) // 15.30 - 16.00: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 16.30 - 17.30: Was nützen öffentliche Güter? Die Frage nach der Sozialbilanz (M. Ross, U. Herrmannstorfer). 19.00 - 21.00: Anwendung der gewonnen Gesichtspunkte in Arbeitsgruppen zu einzelnen Bereichen des öffentlichen Sektors (z.B. Hochschulen und Schulen, Krankenhäuser, Landwirtschaft/Landschaftspflege, Wasserversorgung, Verkehrswesen)

Sonntag, 20. November: 09.00 - 11.00: Berichte aus den Arbeitsgruppen (M. Ross, U. Herrmannstorfer, H. Spehl, C. Strawe) // 11.15 - 12.30: Schlussgesprach: Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 100,- (Studierende EUR 40,-, SchulerInnen EUR 15,-).

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten spätestens ca. 3 Wochen vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils bis 2 Wochen vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Uberweisungsgebuhren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Das Gleiche gilt für Ermäßigungen. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,

Haumannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218, E-

Mail: Institut@sozialimpulse.de // Internet: www.sozialimpulse.de